46. Sitzung

Mittwoch, den 20.04.2016

Erfurt, Plenarsaal

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Möller, AfD	3818
Mohring, CDU	3819, 3819
Emde, CDU	3819
Blehschmidt, DIE LINKE	3819

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Aufarbeitung braucht Anknüpfungsorte – Erhalt der BStU-Außenstellen in Erfurt, Gera und Suhl“ 3819

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
- Drucksache 6/1989 - Neufassung -

Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	3820, 3820
Brandner, AfD	3821
Mitteldorf, DIE LINKE	3822
Wirkner, CDU	3823
Pelke, SPD	3823
Dr. Winter, Staatssekretärin	3824

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Landesregierung muss für Klarheit sorgen – Planungssicherheit für Thüringer Krankenhausstandorte gewährleisten“	3826
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags	
- Drucksache 6/2014 -	
Zippel, CDU	3826
Kubitzki, DIE LINKE	3827
Rudy, AfD	3828
Pfefferlein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	3829
Pelke, SPD	3830
Mühlbauer, SPD	3831, 3832
Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	3832
	3833
c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Konsequenzen für die Thüringer Finanzpolitik aus den Enthüllungen durch die Panama Papers“	3833
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags	
- Drucksache 6/2015 -	
Dr. Pidde, SPD	3833
Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	3834
Kowalleck, CDU	3835
Kießling, AfD	3836, 3837
Huster, DIE LINKE	3837
Taubert, Finanzministerin	3838, 3838
d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Landesgesundheitskonferenz – Stärkung der Prävention und Weiterentwicklung des Gesundheitszieleprozesses in Thüringen“	3840
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags	
- Drucksache 6/2028 -	
Kubitzki, DIE LINKE	3840
Herold, AfD	3841
Pfefferlein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	3841
Zippel, CDU	3842
Pelke, SPD	3844
Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	3845, 3846

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der AfD zum Thema: „Alt und arm! Ein unabwendbares Schicksal für Thüringen?“

3847

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
- Drucksache 6/2040 -

Aussprache

Höcke, AfD	3847
Stange, DIE LINKE	3848, 3849
Holzapfel, CDU	3849, 3849, 3850, 3850, 3850, 3850
Lehmann, SPD	3850
Pfefferlein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	3852
Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	3852

a) Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Feiertagesgesetzes

3853

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 6/1212 - Neufassung -
dazu: Beschlussempfehlung des Innen- und Kommunalausschusses
- Drucksache 6/2035 -
ZWEITE BERATUNG

b) Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Feiertagesgesetzes (Gesetz zur Einführung eines Gedenktages für die Opfer des SED-Unrechts)

3853

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 6/1769 -
dazu: Beschlussempfehlung des Innen- und Kommunalausschusses
- Drucksache 6/2027 -
dazu: Änderungsantrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 6/2061 -
ZWEITE BERATUNG

Die Fraktion der CDU zieht Artikel 1 Nr. 2 § 2 a Abs. 2 ihres Gesetzentwurfs in Drucksache 6/1212 – Neufassung – zurück.

Der Gesetzentwurf in Drucksache 6/1212 – Neufassung – wird in ZWEITER BERATUNG bei getrennter Abstimmung zu Artikel 1 Nr. 2 § 2 a Abs. 1 und 3 bis 5,

- zu § 2 a Abs. 1 in namentlicher Abstimmung bei 83 abgegebenen Stimmen mit 32 Jastimmen und 51 Neinstimmen (Anlage 1),

- zu § 2 a Abs. 3 in namentlicher Abstimmung bei 84 abgegebenen Stimmen mit 34 Jastimmen, 43 Neinstimmen und 7 Enthaltungen (Anlage 2),

- zu § 2 a Abs. 4 in namentlicher Abstimmung bei 83 abgegebenen Stimmen mit 33 Jastimmen und 50 Neinstimmen (Anlage 3) und

- zu § 2 a Abs. 5 in namentlicher Abstimmung bei 83 abgegebenen Stimmen mit 31 Jastimmen und 52 Neinstimmen (Anlage 4)

sowie im Ganzen jeweils abgelehnt.

Der Änderungsantrag wird in namentlicher Abstimmung bei 84 abgegebenen Stimmen mit 34 Jastimmen, 43 Neinstimmen und 7 Enthaltungen (Anlage 5) abgelehnt.

Der Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird in ZWEITER BERATUNG in namentlicher Abstimmung bei 84 abgegebenen Stimmen mit 83 Jastimmen und 1 Neinstimme (Anlage 6) sowie in der Schlussabstimmung jeweils angenommen.

Marx, SPD	3853
Dittes, DIE LINKE	3854
Walk, CDU	3858, 3859
Pelke, SPD	3860, 3861
Brandner, AfD	3861
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	3864
Emde, CDU	3866, 3866
Mohring, CDU	3867
Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE	3867, 3868
Fiedler, CDU	3868
Höcke, AfD	3868

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Bühl, Carius, Emde, Fiedler, Floßmann, Geibert, Grob, Gruhner, Herrgott, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Lehmann, Lieberknecht, Liebetrau, Malsch, Meißner, Mohring, Scherer, Schulze, Tasch, Thamm, Tischner, Dr. Voigt, Walk, Walsmann, Wirkner, Worm, Zippel

Fraktion DIE LINKE:

Berninger, Blechschmidt, Dittes, Hande, Harzer, Hausold, Hennig-Wellsow, Huster, Jung, Kalich, König, Korschewsky, Kräuter, Kubitzki, Kuschel, Lukasch, Dr. Lukin, Dr. Martin-Gehl, Mitteldorf, Müller, Schaft, Dr. Scheringer-Wright, Skibbe, Stange, Wolf

Fraktion der SPD:

Becker, Helmerich, Hey, Höhn, Lehmann, Marx, Matschie, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Rosin, Taubert, Warnecke

Fraktion der AfD:

Brandner, Henke, Herold, Höcke, Kießling, Möller, Muhsal, Rudy

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Henfling, Kobelt, Pfefferlein, Rothe-Beinlich

fraktionslos:

Gentele, Krumpe, Reinholz

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Die Minister Taubert, Prof. Dr. Hoff, Keller, Dr. Klaubert, Dr. Poppenhäger, Werner

Beginn: 14.04 Uhr

Präsident Carius:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Nacht vom 3. zum 4. April ist unser ehemaliger Kollege Günter Grüner im Alter von 74 Jahren verstorben. Günter Grüner gehörte dem Thüringer Landtag in der 2., 3. und 4. Wahlperiode, von 1994 bis 2009, als direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Kyffhäuserkreis I an. Er war unter anderem Mitglied im Bildungsausschuss, im Haushalts- und Finanzausschuss, im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie im Gleichstellungsausschuss, in dem er in der 2. Wahlperiode auch stellvertretender Vorsitzender war. Neben seiner Tätigkeit als Abgeordneter war Günter Grüner tief in der Kommunalpolitik verwurzelt. Von 1980 bis 1994 war er Bürgermeister seines Wohnorts Otterstedt – ein Amt, das er nach seiner Wahl in den Landtag bis 2004 ehrenamtlich weiterführte. Daneben gehörte er dem Kreistag des Kyffhäuserkreises und dem Stadtrat von Großenehrich an.

Mit Günter Grüner verlieren wir einen liebenswerten Menschen und allseits geschätzten Kollegen, der sich durch ausgewiesene Sachkunde und persönliches Engagement hohes Ansehen in allen Fraktionen erworben hat. Er war ein Volksvertreter im besten Sinne des Wortes. Er stand mit beiden Beinen im Leben. Persönlicher Anstand, Verlässlichkeit und Fairness zeichneten ihn aus. Wir werden ihn als Politiker in Erinnerung behalten, der sich um das Wohl unseres Landes und seiner Menschen verdient gemacht hat. Unsere Gedanken und Gebete sind in diesen Tagen vor allem bei seinen Angehörigen. Wir, die Abgeordneten des Thüringer Landtags, werden Günter Grüner ehrend im Gedächtnis behalten.

Lassen Sie uns nun in einer Schweigeminute gemeinsam des Verstorbenen gedenken. Hierzu bitte ich Sie, sich von den Plätzen zu erheben.

Vielen Dank.

Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Sitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne. Ich begrüße auch die Gäste auf der Zuschauertribüne. Für die Plenarsitzung hat als Schriftführer Abgeordneter Tischner neben mir Platz genommen. Die Redeliste führt Abgeordneter Schaft.

Für die heutige Sitzung haben sich eine Reihe von Kollegen entschuldigt: Frau Abgeordnete Engel, Frau Abgeordnete Leukefeld, Herr Abgeordneter Kummer, Herr Abgeordneter Primas, Herr Abgeordneter Wucherpfennig, Herr Ministerpräsident RameLOW, Frau Ministerin Siegesmund und Herr Minister Tiefensee.

Und wir haben ein Geburtstagskind – leider nicht unter uns, aber der Strauß ist da –: Frau Feierabend, herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

(Beifall im Hause)

Seit unserer letzten Sitzung im Monat März hat es eine Veränderung gegeben. Die SPD-Fraktion hat mit Schreiben vom 13. April 2016 mitgeteilt, dass sie Herrn Abgeordneten Helmerich in ihre Fraktion aufgenommen hat. Die entsprechenden

(Beifall AfD)

Umbaumaßnahmen wurden in Abstimmung mit der Fraktion der SPD realisiert und Herr Abgeordneter Helmerich hat seinen Platz eingenommen.

Wie Sie der Plenumseinladung entnehmen können, ist der Ältestenrat übereingekommen, den Tagesordnungspunkt 7 morgen als ersten Punkt und die Tagesordnungspunkte 23 a und b als letzte Punkte am Freitag aufzurufen.

Die verteilten Beschlussempfehlungen haben zu Tagesordnungspunkt 1 a die Drucksachennummer 6/2035, zu Tagesordnungspunkt 1 b 6/2027 und zu Tagesordnungspunkt 2 6/2017.

Zu Tagesordnungspunkt 10 wurde ein Änderungsantrag des Abgeordneten Krumpe in der Drucksache 6/1998 verteilt. Gemäß § 64 Abs. 3 Satz 1 der Geschäftsordnung sind Änderungsanträge zu selbstständigen Vorlagen, die keinen Gesetzentwurf enthalten, nur mit Zustimmung der Antragsteller zulässig. Ich frage daher die CDU-Fraktion. Die Zustimmung ist erteilt. Damit ist der Änderungsantrag zulässig.

Zu Tagesordnungspunkt 28, der Fragestunde, kommen die Mündlichen Anfragen in den Drucksachen 6/1993, 6/2008 bis 6/2013, 6/2016, 6/2025, 6/2026, 6/2034, 6/2038 und 6/2039 hinzu.

Die Landesregierung hat mitgeteilt, zu den Tagesordnungspunkten 10, 17, 18 a, 19, 23 a, 24, 25 und 27 von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 Abs. 2 der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen. Ich frage: Wird der Ihnen vorliegenden Tagesordnung zugestimmt? Es gibt Ergänzungswünsche. Bitte, Herr Möller.

Abgeordneter Möller, AfD:

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich beantrage im Namen der Fraktion der AfD, die Tagesordnungspunkte 12 und 27 in jedem Fall in diesem Plenum zu behandeln, beispielsweise als vorletzten und letzten Tagesordnungspunkt.

Präsident Carius:

Am Freitag? Weitere Wünsche? Herr Abgeordneter Mohring, bitte.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Herr Präsident, namens der CDU-Fraktion beantrage ich, die Drucksache 6/2004, den Antrag der CDU-Fraktion, Stärkung der kommunalen Finanzkraft und Selbstverwaltung – Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich revidieren, am Donnerstag nach der Behandlung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zum Vorschaltgesetz aufzurufen. Da wir im Ältestenrat auf unsere Initiative hin beantragt haben, dass dieser wichtige Gesetzentwurf am Donnerstagvormittag als erster Punkt beraten wird und wir gleichzeitig die Koalition darum gebeten haben, bei der Tagesordnung den Sachzusammenhang von Kürzungen im Kommunalen Finanzausgleich und der vermeintlichen Debatte um eine Gebietsreform herzustellen und dem nicht gefolgt wurde, beantrage ich hier im Plenum, diesen Punkt nach dem Gesetzentwurf aufzurufen.

Präsident Carius:

Danke schön, Herr Mohring. Gibt es weitere Wünsche? Herr Emde, bitte; dann Herr Blechschmidt.

Abgeordneter Emde, CDU:

Herr Präsident, ich möchte des Weiteren beantragen, dass der Tagesordnungspunkt 17 – hier geht es um die Beschulung von Flüchtlingskindern – am Freitag in jedem Fall aufgerufen wird. Denn es ist so, dass sowohl vonseiten der Lehrerschaft, nicht zuletzt durch die Wortmeldung des Thüringer Lehrerverbands, aber auch vonseiten der kommunalen Ebene dieses Thema als sehr dringlich erachtet wird. Wir meinen, dass es Zeit wird, dieses Thema auch im Landtag und in seinen Ausschüssen zu beraten. Das nächste Schuljahr naht. Es gibt nach wie vor große Unsicherheiten und ungeklärte Fragen zur Beschulung von Flüchtlingskindern.

Präsident Carius:

Vielen Dank. Herr Blechschmidt, bitte.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident. Wir schlagen vor, dass die gesamte Anzahl von insgesamt 15 Mündlichen Anfragen in der Fragestunde am morgigen Tag abgearbeitet wird.

Präsident Carius:

Gut. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dafür ist, dass die Tagesordnungspunkte 12 und 27, der Antrag der AfD-Fraktion, in jedem Fall am Freitag aufgerufen werden, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der AfD-Fraktion und der CDU-Fraktion. Gegenstimmen? Aus den Koalitionsfraktionen. Damit für beide Tagesord-

nungspunkte mit Mehrheit abgelehnt. Oder wollen Sie eine Einzelabstimmung? Nein, okay.

Dann kommen wir zum Antrag des Herrn Abgeordneten Mohring, dass die Drucksache 6/2004 am Donnerstag direkt nach dem Vorschaltgesetz, also als zweiter Tagesordnungspunkt, aufgerufen wird. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. CDU-Fraktion und AfD-Fraktion sowie die fraktionslosen Kollegen, die ich, glaube ich, vorhin nicht erwähnt habe. Gegenstimmen? Aus den Koalitionsfraktionen. Damit ist das abgelehnt.

Wir kommen dann zum Antrag der CDU-Fraktion, dass der TOP 17 am Freitag auf jeden Fall aufgerufen wird. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aus den Fraktionen der CDU und der AfD sowie von den beiden fraktionslosen Kollegen. Gegenstimmen? Aus den Koalitionsfraktionen. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Bitte? Herr Mohring.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Gefühlsmäßig würde ich gern nachfragen, ob die Mehrheit wirklich so ist, wie sie vermeintlich dem Präsidium erscheint.

Präsident Carius:

Dann würde ich die Abstimmung – die letzte oder alle? Wir wiederholen einfach die letzte Abstimmung noch einmal. Wer also dafür ist, dass der TOP 17 am Freitag auf jeden Fall aufgerufen wird, den bitte ich jetzt um das Handzeichen – und wir zählen jetzt bitte durch. Danke schön. Gegenstimmen? Vielen Dank. Das waren 44 zu 43 Stimmen. Damit ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen dann zur Bitte des Kollegen Blechschmidt, bei der ich davon ausgehe, dass wir Einvernehmen erzielen, dass die Fragestunde am Donnerstag komplett abgearbeitet wird. Hier sehe ich keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so. Vielen Dank.

Damit rufe ich den **Tagesordnungspunkt 29**, Aktuelle Stunde, auf. Alle Fraktionen haben eine Aktuelle Stunde eingereicht. Jede Fraktion hat in der Aussprache eine Redezeit von 5 Minuten für ein Thema. Die Redezeit der Landesregierung beträgt grundsätzlich 10 Minuten für jedes Thema. Die fraktionslosen Abgeordneten haben eine Gesamtredezeit in der Aktuellen Stunde von 5 Minuten.

Ich eröffne den **ersten Teil der Aktuellen Stunde**

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Aufarbeitung braucht Anknüpfungs-

(Präsident Carius)**orte – Erhalt der BStU-Außenstellen in Erfurt, Gera und Suhl“**

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
- Drucksache 6/1989 - Neufassung -

Das Wort hat Abgeordnete Rothe-Beinlich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben unsere Aktuelle Stunde überschrieben: Gelingende Aufarbeitung braucht Anknüpfungsorte. Sie braucht gleichermaßen Authentizität und Professionalität. Uns liegt seit dem 5. April der Bericht der Expertenkommission zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR vor. In der Drucksache 18/8050 aus dem Bundestag kann diesen jede und jeder nachlesen.

Präsident Carius:

Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich, Entschuldigung, ich bitte die Kollegen, sich im Raum etwas ruhig zu verhalten. Wenn Sie Gespräche suchen, können Sie auch gern nach draußen gehen. Frau Rothe-Beinlich, bitte.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Dafür vielen Dank. – Unser Dank gilt stellvertretend Roland Jahn als Beauftragten beim Bund und natürlich auch Prof. Veen und Dr. Peter Wurschi als Thüringer Mitglieder der Kommission, die an diesem Bericht mitgearbeitet haben.

(Beifall CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Umsetzung des Berichts – und darum geht es jetzt – bedeutet Veränderung, und zwar sowohl im Bund als auch in den Ländern. Das ist auch der Anlass für unsere Aktuelle Stunde. Zum einen werden die Akten nach dem Bericht der zentralen bundesstaatlichen Behörde unterstellt, die für Akten zuständig ist. Diese hat auch bereits Erfahrungen mit der Stiftung „Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“, weil diese bereits im Bundesarchiv angesiedelt ist. Eine wichtige Nachricht ist zudem: Die Akten bleiben hier vor Ort, sie bleiben gesichert. Dass wir die Akten so überhaupt noch haben, verdanken wir den Bürgerinnen und Bürgern der ehemaligen DDR, die es gewagt haben, sich gegen die Stasi zur Wehr zu setzen und die ehemaligen

Stasizentralen zu besetzen – im wahrsten Sinne des Wortes.

Die Regeln des Stasi-Unterlagen-Gesetzes gelten auch weiterhin. Das gilt sowohl für die Zugänglichkeit für die Betroffenen, für diejenigen, die Akteneinsichtnahme beantragen wollen, als auch für die Forschung. Das ist uns unglaublich wichtig. Neu ist laut des Expertenberichts das Profil des Bundesbeauftragten, nämlich als Ombudsmann. Wir begrüßen dieses ausdrücklich, weil er somit noch stärker der Ansprechpartner für die Opfer, für alle, die Interesse an der Aufarbeitung haben, ist.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die bisherigen Mittel für die politisch-historische Arbeit bleiben ebenfalls erhalten, und zwar über die Stiftung Aufarbeitung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt kommen wir zu dem Punkt, der die Länder am meisten berührt, das betrifft die ehemaligen Außenstellen. Im Bericht heißt es, dass je Bundesland mindestens eine solche Außenstelle erhalten bleiben soll. Uns ist es wichtig, dass wir als Land Thüringen in dieser Frage mit einer Stimme sprechen. Wir haben derzeit drei Außenstellen, und zwar an den ehemaligen Bezirksstandorten der Staatssicherheit: in Erfurt auf dem Petersberg, in Gera und in Suhl. Die Anknüpfung an historische Orte ist wichtig, das sagt auch der Bericht. Wir müssen nun als Land Thüringen überlegen, wie wir mit der Aufarbeitung weiter verfahren. Ich sage Ihnen ganz deutlich, meine sehr geehrten Damen und Herren: Uns geht es darum, politisch-historische Bildung und vor allem die zivilgesellschaftlichen Akteure der Aufarbeitung auch in der Peripherie konsequent und dauerhaft zu unterstützen, und das auch jenseits von Vorgaben des Bundes. Trotzdem sind historische Anknüpfungsorte unglaublich wichtig, das wissen wir alle. In Erfurt pflegen wir bereits eine enge Kooperation der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße mit der Außenstelle. In der Gedenk- und Bildungsstätte können bereits jetzt Anträge auf Akteneinsicht gestellt werden. In Gera gibt es den historischen Ort Amthordurchgang, die ehemalige U-Haft-Anstalt, und das Behördenzentrum, wo im Moment die Akten gelagert sind und auch bleiben sollen. Wir meinen, dass diejenigen, die sich um den Amthordurchgang verdient gemacht haben – auch er ist besetzt worden, im Übrigen erst zu Beginn des Januar 1990, Roland Jahn war damals auch mit vor Ort –, Anerkennung und Unterstützung brauchen. Deswegen möchten wir auch diesen wichtigen Ort erhalten. In Suhl ist die ehemalige Untersuchungsanstalt in der Neundorfer Straße ein wichtiger historischer Ort. Dort befindet sich derzeit das Archivdepot. Noch sind dort Freilaufzellen enthalten, wenn auch in schwierigerem Zustand. Wir meinen: Auch in Suhl braucht es dringend in Zukunft einen

(Abg. Rothe-Beinlich)

solchen historischen Anknüpfungsort, braucht es die Unterstützung der Akteure der friedlichen Revolution. Deswegen sagen wir ganz deutlich: Wir müssen gemeinsam überlegen, wie wir in Zukunft Aufarbeitung gestalten und welche Orte wir stärken wollen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir meinen, dass es diese Außenstellen ganz sicher braucht als Orte in der Peripherie, die für die Freiheitsbestrebungen der friedlichen Revolution stehen. Ich sage aber auch: Es sind für uns tatsächlich nicht Institutionen der Freiheit, sondern es sind Orte, an denen die Demokratie, an denen die bürgerbewegten Menschen über eine Diktatur und über die Herrschaft eines Geheimdiensts gesiegt haben, weil sie es gewagt haben, aufzustehen, diese zu besetzen und die Akten zu erhalten. Ich hoffe auf Ihre Unterstützung und meine, dass wir uns gerade als rot-rot-grüne Koalition der Verantwortung voll und ganz bewusst sind und deswegen Aufarbeitung auch und gerade in der Peripherie stärken. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Danke schön, Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich. Als Nächster hat Abgeordneter Brandner für die AfD-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, schönen Gruß auf die Tribüne an die Besucher aus dem Ilm-Kreis und Gotha und Umgebung. Hallo, herzlich willkommen. Schön, dass Sie sich alle mit der blutigen Vergangenheit der führenden Regierungsfraktion beschäftigen wollen.

(Beifall AfD)

Das tun wir alle aufgrund der vom Bundestag eingesetzten Kommission, die ihren Bericht zur Zukunft der Stasi-Unterlagen-Behörde vorgelegt hat. Sie schlägt vor, das Stasi-Unterlagen-Archiv vollständig mit eigenem Namen und mit sichtbarer Eigenständigkeit unter dem Dach des Bundesarchivs weiterzuführen, de facto also die eigenständige Stasi-Unterlagen-Behörde aufzulösen, auch wenn weiterhin die Möglichkeit bestehen soll, dass die Akten für Betroffene, für die Wissenschaft und für die Öffentlichkeit in der herkömmlichen und bewährten Weise zugänglich bleiben sollen. Diese Vorschläge sehen wir skeptisch, denn abgesehen von manch rechtlicher Frage bedeutet ein solcher Schritt, dass der Blick auf das zentrale Unterdrückungs-, Überwachungs- und Drangsalierungsinstrument des SED-Regimes, nämlich das Ministe-

rium für Staatssicherheit mit seinem ekelhaften Spitzelapparat, allmählich verloren ginge. Und damit verlöre sich der Blick auf die widerlichen Eigenarten der zweiten sozialistischen Diktatur auf deutschem Boden, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Gewiss lässt sich die DDR samt der sie führenden Sozialisten und Nationalen Fronten nicht auf die Stasi reduzieren. Wenn aber der Fokus auf dieses Schild und Schwert der SED verloren geht und man sich mehr und mehr und bald nur noch ausschließlich mit dem Alltag in der DDR oder mit sonstigen eher harmlosen Aspekten dieses Regimes befasst, dann bedeutete eben dies eine Geschichtsklitterung und die Verharmlosung eines menschenverachtenden Systems durch die Hintertür. Man wundert sich sowieso, warum das willige Werkzeug, also die Stasi, zu Recht verteufelt wird, der wahre Täter aber, nämlich die SED, die sich heute DIE LINKE nennt, wieder regiert und wieder ein Land in den Abgrund treibt und sich aufspielt, als hätte sie Demokratie und Menschenwürde erfunden, und nicht etwa dazu steht, dass sie 40 Jahre lang auf Flüchtlinge hat schießen lassen wie auf Hasen, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Das ist die historische Realität. Man wundert sich auch darüber, dass unsere Schüler heute kaum noch wissen, wer der Verbrecher Erich Mielke war und gleichzeitig immer öfter hören müssen, wie toll das Schulsystem in der DDR angeblich gewesen sei.

Meine Damen und Herren, der Vorschlag der Kommission, die Stasi-Unterlagen-Behörde in das Bundesarchiv zu übernehmen, ist ein falsches Signal. Schließlich kann man die Formulierung, dass in jedem der fünf betroffenen Bundesländer mindestens eine Außenstelle vorhanden sein sollte, auch so lesen, dass eine Außenstelle pro Bundesland genüge. Wir als AfD-Fraktion sagen hier ganz klar und deutlich: Eine angemessene Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte benötigt auch in der Fläche Orte der Auseinandersetzung.

(Beifall AfD)

Alle drei Thüringer Außenstellen haben sich bewährt. Diese Struktur ist nicht überholt, weder mit Blick auf die Erforschung der DDR-Geschichte noch mit Blick auf die Bildungsarbeit, die auf regionale Verankerung und gute Erreichbarkeit für Schulen in der Region angewiesen ist. Das gilt auch unter dem Gesichtspunkt der Zahl der Anträge auf Einsichtnahme in persönliche Stasi-Akten. 2015 wurden in Gera rund 2.200, in Suhl rund 3.000 und in Erfurt um die 5.000 Anträge gestellt. Da ist viel zu tun; da ist auch noch großes Interesse. Wir als AfD-Fraktion warten noch gespannt auf die eine oder andere Akte, die möglicherweise noch

(Abg. Brandner)

in irgendwelchen Kisten schlummert, Herr Blechschmidt, und sind gespannt, was da dann möglicherweise zutage tritt.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, das alles zeigt, dass es nach wie vor ein erhebliches Aufklärungsinteresse gibt, sodass an der bewährten Struktur nichts geändert werden sollte.

Lassen Sie mich abschließend etwas spekulieren: Wer hätte vor 20 Jahren gedacht, dass sich der Zoll irgendwann einmal mit der Schwarzarbeit beschäftigt. So ist es für uns auch denkbar, dass man sich in diesen Einrichtungen der BStU und deren Infrastruktur demnächst mit den Verbrechen und Vergehen der heutigen sogenannten Antifa und deren Helfershelfern, Zuträgern, Mitläufern aufklärend auseinandersetzen und beschäftigen wird. Ich sehe da viele Gemeinsamkeiten zwischen der Antifa und der Stasi. Herr Ramelow geht noch einen Schritt weiter: Er sieht Gemeinsamkeiten zwischen der Antifa und den Nazis. Jedenfalls ist auch da Aufklärungsbedarf. Sollte also die Arbeit mal ausgehen und alle Stasi-Akten gefunden sein, meine Damen und Herren, tut sich da ein neues Betätigungsfeld für die BStU auf. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Brandner. Als Nächste hat die Abgeordnete Mitteldorf für die Fraktion Die Linke das Wort.

Abgeordnete Mitteldorf, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, wir haben es alle mitbekommen: Erst kürzlich hat die vom Deutschen Bundestag im Juli 2014 eingesetzte Expertenkommission dem Bundestagspräsidenten ihren Abschlussbericht zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR übergeben. Die Empfehlungen der Expertenkommission und die Aufgaben eines zukünftigen Bundesbeauftragten für die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und ihren Folgen wurden von Vertretern aller im Bundestag vertretenen Parteien als ein richtiger Schritt für zukunftsfähige Strukturen zur weiteren Nutzung der Stasi-Unterlagen begrüßt. Dieser Einschätzung kann ich mich grundsätzlich anschließen. Es geht nun darum, dass diese Empfehlungen zügig und schnell umgesetzt werden, denn sie sollen ausdrücklich nicht als ein Schlussstrich unter die bisherige Nutzung der Stasi-Unterlagen und der weiterhin notwendigen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit missverstanden werden. Vielmehr bieten sie die Möglichkeit, die Unterlagen in Zukunft über das dann federführende Bundesarchiv profes-

sioneller für die Forschung und für die weitere Unterstützung der Opfer bei der Suche nach der Wahrheit nutzbar zu machen. Drei Aufgaben werden hierbei aus unserer Sicht, aus der Thüringer Perspektive im Vordergrund stehen:

Erstens, die Überführung der Unterlagen in die Hoheit des Bundesarchivs. Hierfür wird wichtig bleiben, dass, wie von der Kommission empfohlen, alle Unterlagen mit eigenem Namen und mit sichtbarer Eigenständigkeit vollständig und bürgernah zugänglich bleiben. In diesem Zusammenhang hat sich die Kommission dafür ausgesprochen, dass in den ostdeutschen Ländern regionale Außenstellen erhalten bleiben, an denen die Nutzung der Unterlagen erfolgen kann. Bisher gibt es – und das wissen wir alle, es ist hier auch schon mehrfach gesagt worden – in Thüringen mit Erfurt, Gera und Suhl drei solcher Standorte. Die Beurteilung, wie diese drei Standorte sowohl in die zukünftig vorgesehene Nutzung der Unterlagen als auch in die weitere Forschungs- und Bildungsarbeit einbezogen werden, sollte anhand der von der Kommission vorgegebenen Kriterien und in Zusammenarbeit mit der geplanten gemeinsamen Arbeitsgruppe von BStU und Bundesarchiv in Zusammenarbeit mit den Ländern erfolgen. Auch wir sprechen uns für den Erhalt der drei Standorte aus. Dabei sind aus unserer Sicht zwei Kriterien maßgebend: Die vorhandenen historischen Orte – das hatte auch meine Kollegin Astrid Rothe-Beinlich schon erwähnt – sind hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Bildungsarbeit und die Forschung zu erhalten. Für die dezentrale Nutzung der Akten müssen aber die hohen Standards des Bundesarchivs gelten.

Zweitens: Die Empfehlungen der Kommission zur zukünftigen Forschungsarbeit sind aus meiner Sicht mit der geplanten „Forschungsstelle DDR-Staatssicherheit in vergleichender Perspektive“ zu zentral und zu allgemein gedacht. Hier bleibt es aus unserer regionalen Perspektive wichtig, dass wir mit dem Erhalt der historischen Orte einen wichtigen dezentralen Ansatz für Forschung und Aufarbeitung behalten. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch auf den im Februar vorgelegten Bericht der Landesregierung zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur in Thüringen verweisen, welcher mit dem hier etablierten Modell einer dezentralen, zivilgesellschaftlich verfassten Aufarbeitungslandschaft bereits Standards gesetzt hat, die überregional positive Beachtung finden. Dies gilt es auch weiterhin auszubauen. Das ist insbesondere für die nachwachsenden Generationen von Bedeutung, denn historisch authentische Orte sind und bleiben wichtige Bildungsorte.

Auch auf den dritten Punkt ist meine Kollegin Rothe-Beinlich schon eingegangen: Der von der Kommission vorgeschlagene neue Amtszuschnitt des Bundesbeauftragten erlaubt es, den Blick von einer reinen Fixierung auf das MfS hin zur SED-Diktatur

(Abg. Mitteldorf)

in ihrer Gesamtheit zu heben. Weiter wird der Bundesbeauftragte zukünftig noch umfassender als Ombudsperson für die Opfer von DDR-Unrecht tätig werden und sie gegenüber Bundestag, Bundesregierung und den Bundesbehörden vertreten. Dies ist ein begrüßenswerter Schritt hin zu einer besseren Vertretung der Menschen und ihrer Belange, die auch aus meiner Sicht bei der Weiterentwicklung der Aufgaben des thüringischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur berücksichtigt werden und stärker Anwendung finden sollten.

Insgesamt hat die Expertenkommission eine solide und kompetente Grundlage für die jetzt notwendige parlamentarische Arbeit des Bundestags zur Zukunft der BStU geschaffen, die wir aus Thüringen im Sinne der im Koalitionsvertrag von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Linke festgeschriebenen Grundsätze zur Aufarbeitung des DDR-Unrechts konstruktiv und aktiv begleiten werden. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank. Als Nächster hat das Wort Abgeordneter Wirkner für die CDU-Fraktion.

Abgeordneter Wirkner, CDU:

Werter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, werte Gäste auf den Zuschauerreihen, vieles wurde bereits von meinen Vorrednern zum Ausdruck gebracht. Ich möchte es auf einen Satz zusammengefasst formulieren: Die Außenstellen der Stasi-Unterlagen-Behörde in den früheren Bezirksstädten Erfurt, Gera und Suhl müssen erhalten bleiben.

(Beifall CDU, DIE LINKE, AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist die zentrale Botschaft der heutigen Aktuellen Stunde. Das Interesse an der Einsichtnahme in die Stasi-Unterlagen ist, wie jeder, der sich damit beschäftigt, weiß, ungebrochen. Die Verankerung der Außenstelle in ihren regionalen Bezügen ist im Sinne der SED-Opfer und der Bildungsarbeit ein sehr hohes Gut, das wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen dürfen. Die mehr als 510.000 seit 1990 in Thüringen gestellten Anträge zur persönlichen Akteneinsicht sprechen eine deutliche Sprache. Viele Menschen wollen einfach wissen, was war. Die Auseinandersetzung mit dem eigenen Schicksal ist für viele Ausspionierte, Verfolgte und oftmals Drangsalierte nicht allein eine Frage der ganz privaten Aufarbeitung und Bewältigung. Sie ist genauso ein Weg, das unmenschliche Wesen des SED-Unrechtssystems zu begreifen.

(Beifall CDU, AfD)

2015 sind in Erfurt 4.954 Anträge gestellt worden, in Gera 2.175 und in Suhl 2.988. Es sollte niemand daran vorbeisehen, dass sich mit den Anträgen schwere Schicksale älterer, oft auch hochbetagter Bürger verbinden. Diese müssen zunächst einmal die Kraft aufbringen, sich mit dem konfrontieren zu lassen, was sie in den Aktenstücken eventuell erwartet.

Eine wichtige Funktion der Außenstellen besteht auch in der Bildungsarbeit. Die örtliche Nähe zu Taten, Tätern und Opfern ist eine große Chance, auch die Menschen zu erreichen, die von diesem Unrecht nicht betroffen waren oder durch ihr Alter nicht mehr betroffen sein können. Anschaulichkeit kann gerade jungen Menschen helfen, ein Thema zu verstehen, zu dem der zeitliche Abstand immer größer wird. Wir haben viel zu verlieren, wenn es nun auch noch räumlich auf Distanz gehen sollte. Die Auseinandersetzung mit der DDR-Diktatur bleibt ein wichtiges zentrales Thema unserer Fraktion. Sie gelingt mit Anknüpfungspunkten in den Regionen eben besser. Die Archive des Grauens, wie ich sie gern nenne, zu erhalten, muss Aufgabe aller Parteien unseres Parlaments sein. Diese Aktuelle Stunde ist eigentlich auch nicht ausreichend, um das Thema qualitativ noch einmal grundsätzlich zu diskutieren. Daher werden wir parlamentarische Initiativen auf den Weg bringen. Ich bin überzeugt: Wir werden uns – vielleicht sogar parteiübergreifend – zu diesem Thema noch einmal in diesem Plenarsaal treffen. Danke sehr.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Wirkner. Als Nächste hat das Wort Abgeordnete Pelke für die SPD-Fraktion.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, herzlichen Dank auch für die Worte von Ihnen, Herr Wirkner, dass Sie gesagt haben, wir müssen uns zu diesem Thema auch weiter verständigen und dass Sie auch ganz deutlich an dieser Stelle Überparteilichkeit eingefordert haben. Herzlichen Dank dafür.

Der Abschlussbericht der vom Bundestag eingesetzten Expertenkommission zur Zukunft der Stasi-Unterlagen-Behörde enthält aus meiner Sicht, aus unserer Sicht drei wesentliche Empfehlungen, zu denen ich im Einzelnen kommen will. Begrüßenswert ist für die SPD, die Funktion und Aufgabe des bisherigen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen neu zu definieren. Er soll künftig als Bundesbeauftragter für die Auseinandersetzung mit der

(Abg. Pelke)

SED-Diktatur und ihren Folgen wirken. Damit wird er zum zentralen Ansprechpartner und auch zum Ombudsmann der Opfer des SED-Regimes. Er erhält eine herausgehobene Position innerhalb der bundesweiten Aufarbeitungs- und Erinnerungslandschaft und gestaltet in Zukunft auch den internationalen Austausch zu rechtlichen, historischen, forschungsspezifischen und aktuellen politischen Fragen der Aufarbeitung. Damit wird nicht nur die Aufarbeitung der DDR auf Bundesebene institutionell langfristig abgesichert, was für mich – das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich – ein klares Signal gegen die zunehmende Schwamm-drüber-Mentalität bestimmter Kreise ist. Das ist mir an dieser Stelle ganz wichtig. Damit bekommt das Amt des Bundesbeauftragten eine aus meiner Sicht völlig neue Qualität.

Schon vor annähernd drei Jahren hat der Thüringer Landtag mit der Novellierung des Aufarbeitungsbefugengesetzes einen ähnlichen Weg beschritten und dem bisherigen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen dauerhaft neue Aufgaben und Funktionen zugeschrieben, die sich auch symbolisch in der Bezeichnung als Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ausdrücken. Durch diesen Abschlussbericht der Bundesexpertenkommission können wir uns in unserer damaligen Entscheidung auch ein Stück weit bestätigt sehen.

Der zweite Vorschlag ist aus meiner Sicht akzeptabel. Das ist die anvisierte Überführung der Stasi-Unterlagen-Behörde in das Bundesarchiv. Dennoch muss aus meiner Sicht die individuelle Zugänglichkeit der Stasi-Unterlagen auch in der neuen Struktur des Bundesarchivs gewahrt bleiben. Es handelt sich hier nicht einfach um irgendwelche Dokumente. Es geht bei Stasi-Akten um individuelle Schicksale, um die perfide Bespitzelung, Manipulation und oftmals auch massive Schädigung Einzelner oder ganzer Familien.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, AfD)

Wer sich diesen Abgründen bisher bewusst nicht stellen wollte, später aber doch Einsicht nehmen will, dem muss das weiterhin auch im Rahmen des Bundesarchivs möglich sein.

Damit zur letzten Empfehlung der Expertenkommission, die wir am kritischsten beurteilen: Vorgesehen ist, die bisher zwölf Außenstellen deutlich zu reduzieren. Künftig soll es in jedem der neuen Bundesländer nur noch eine Außenstelle geben, weil dies angeblich zu höherer Effizienz führe, und sich damit, so jedenfalls die Kommission, viele Kosten einsparen lassen könnten – die Vorredner sind schon darauf eingegangen. Für Thüringen weise ich diese Argumentation ganz klar zurück. Wir haben derzeit drei Außenstellen und wissen ganz genau, dass keine von ihnen genügend Raumkapazitäten hat, um sämtliche Thüringer Stasi-Akten oder auch nur

die Unterlagen einer weiteren Außenstelle aufzunehmen. Die Konzentration auf einen einzigen Standort würde also unweigerlich dazu führen, dass ein neues Archivdepot gebaut werden müsste und andere Fragen geklärt werden müssten, die zu weiteren zusätzlichen Kosten für den Bund führen und insgesamt auch Mehrkosten mit sich bringen würden, sodass sich die Einsparungsbehauptung der Expertenkommission rasch ad absurdum führen lässt.

Das finanzielle Argument kann aus meiner Sicht aber nur eines von vielen sein. Der Wegfall von zwei Außenstellen hätte zwangsläufig eine schlechtere Erreichbarkeit und Zugänglichkeit für betroffene Bürgerinnen und Bürger zur Folge. Es entfielen zudem die bisherige Einbindung der Außenstellen in die jeweilige regionale Bildungs- und Erinnerungsarbeit, was uns ganz besonders wichtig ist. Anstatt die Aufarbeitung der SED-Diktatur zu stärken, würde die Umsetzung des Kommissionsvorschlages zumindest bei uns in Thüringen zu einer Schwächung bestehender Aufarbeitungsinitiativen führen und den Zugang zu den Akten verschlechtern. Das – so denke ich, da sind wir uns einig – kann nicht in unserem Interesse sein, denn – so ist es auch beschrieben heute in der Aktuellen Stunde – Aufarbeitung braucht Anknüpfungsorte. Die SPD-Fraktion lehnt daher die Streichung von zwei Außenstellen in Thüringen ganz klar und eindeutig ab.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte die Landesregierung im Namen meiner Fraktion, sich im gleichen Sinne beim Bund zu engagieren, denn die Stärkung der Aufarbeitung im Freistaat in Sachen DDR-Unrecht ist ein gemeinsames und, wie ich finde, ein zentrales Anliegen unserer Koalition und auch des gesamten Parlaments. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen vonseiten der Abgeordneten liegen nicht vor, sodass für die Landesregierung Frau Staatssekretärin Winter das Wort erhält.

Dr. Winter, Staatssekretärin:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, im Herbst des Jahres 1989 erzwangen die Menschen in der DDR das Ende der SED-Diktatur. Die Sicherung der Akten der Staatssicherheit begann nicht in Berlin, nein, sie begann in Erfurt und in Suhl – am 4. und 5. Dezember 1989.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Staatssekretärin Dr. Winter)

Erfurt, Gera und Suhl sind Orte von historischer Bedeutung, an denen die Erinnerung an die Ereignisse der friedlichen Revolution lebendig ist. Der bürgerrechtliche Impuls, die Akten des Staatssicherheitsdienstes vor der Vernichtung zu bewahren und sich mit der SED-Diktatur auseinandersetzen zu wollen, mündete unter anderem in der Errichtung der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, BStU, als zeitlich befristete Sonderbehörde. Zentrales Anliegen der Behörde und gleichzeitig ihr größtes Verdienst ist die Öffnung der Akten des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR für die Aufarbeitung, insbesondere der Zugang der Betroffenen zu ihren Akten. Das ist immer noch – man kann es gar nicht oft genug betonen – ein Meilenstein der demokratischen Vertrauensbildung und beispielgebend für andere postdiktatorische Gesellschaften.

Gleichzeitig war und ist die BStU wesentlicher Akteur in der Aufarbeitung und Bildung und hat die Erinnerungskultur zur DDR geprägt. Da sich seit der friedlichen Revolution eine Aufarbeitungslandschaft herausgebildet hat, zu der zahlreiche – gerade auch in Thüringen, das wissen wir – zivilgesellschaftliche Initiativen und auch staatliche Institutionen gehören, ist sicherlich eine Standort- und Perspektivbestimmung sinnvoll und notwendig. Das hat der Bundestag in Auftrag gegeben und das Ergebnis der Expertenkommission liegt jetzt seit zwei Wochen vor. Grundsätzlich ist das Instrument der Evaluation heute Standard und wird in jedem Gesellschafts- und Politikbereich gefordert. Von daher sind eine Bestandsaufnahme und eine Evaluation durch eine Expertenkommission, der ich an dieser Stelle ausdrücklich danke, erst mal sicher gut. Honorarige Menschen aus Thüringen, die darin mitgearbeitet haben, sind gerade von Frau Rothe-Beinlich genannt worden. Denen möchte ich an dieser Stelle auch vonseiten der Landesregierung für ihre Mitarbeit in dieser Kommission danken.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu den Empfehlungen der Kommission, wie sie jetzt vorliegen, kann diskutiert werden, ob, in welchem Maße und wie sie umgesetzt werden. In diesem Prozess fordern die Bundesländer Mitspracherecht und hier wird sich Thüringen vonseiten der Landesregierung aktiv einbringen. Es geht letztlich um zwei Säulen: die Akteneinsicht und die historisch politische Bildung und Aufarbeitung. Die prioritäre Forderung – so hatte ich mich auch schon mal in den Medien geäußert – ist, dass die Akten für die Bürgerinnen und Bürger ohne Einschränkung zugänglich bleiben. Es ist hier gerade schon fraktionsübergreifend deutlich geworden, dass dies auch die Haltung im Landtag ist. Das ist auch die Haltung im Expertengutachten. Die Kommission empfiehlt nun die Integration der Stasi-Unterlagen ins Bundesarchiv. Das bedeutet, die Akten werden zugänglich

bleiben, denn nichts anderes tun Archive. Sie bewahren die Akten und machen sie zugänglich – auch in zehn Jahren, in 20 Jahren, auch in 100 Jahren. Das ist gut so. Ich will an der Stelle schon sagen, dass ich das Minderheitenvotum, das Frau Neubert abgegeben hat, wirklich rückwärtsgerwand und wenig konstruktiv finde.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wissen, ich bin auch für die Archive zuständig. Wenn ich sie da im Minderheitenvotum zitieren: „... [Akten, die in] den Labyrinthen von Archiven versinken“, bin ich doch etwas erstaunt und verwundert, denn wir erleben hier in Thüringen bei unseren Staatsarchiven, wie bürgernah Akten zugänglich gemacht werden. Im Bundesarchiv wie auch hier bei uns in den Staatsarchiven liegen weitere Akten zur DDR: DDR-Akten außerhalb der Stasi, nämlich der SED, Akten des FDGB usw.

Die Expertenkommission sagt auch, die Bestände der Außenstellen bleiben im jeweiligen Bundesland, wobei auf „dezentrale Aufarbeitung zu achten“ ist, so schreibt sie, und „der historische Ort berücksichtigt werden“ soll. Das bedeutet: Die Aktenbestände bleiben in Thüringen. Auch da waren vorher die Befürchtungen, die Expertenkommission könnte eine Zentralisierung im Bundesarchiv an einer Stelle fordern.

Die von der Expertenkommission für die Standortentscheidung empfohlene enge Abstimmung mit den Ländern wird die Thüringer Landesregierung einfordern und deutlich machen, dass die Außenstellen in ihrer dezentralen Verteilung wichtig sind. Ausgangspunkt ist dabei ohne Zweifel der Wunsch nach Erhalt möglichst aller drei Außenstellen. Da habe ich auch den Auftrag hier aus dem Plenum schon klar mitgenommen.

Wir müssen aber auch auf die Realität gucken, was ist, wenn der Bund über seine Bundesbehörde anders entscheiden will und wir uns in die Diskussion einbringen, das aber anders entschieden wird. Dann wird man gucken müssen, über welche Varianten man diskutieren kann. Wichtig ist nämlich die Erreichbarkeit der Akteneinsicht, auch gerade für ältere Menschen, für Menschen in schwierigen sozialen Situationen. Gerade bei Opfern der SED-Diktatur haben wir davon einige.

Das Beispiel Cottbus zeigt, wie es funktionieren kann. Dort hat nämlich die BStU statt einer Außenstelle, wo die Akten lagern, eine Beratungsstelle mit Leseraum eingerichtet. Beraten ist wichtig, Lesen ist wichtig, Betreuung ist wichtig. Wir werden uns also nicht grundsätzlich einer Diskussion mit dem Bund verschließen, wenn er in eine andere Richtung diskutieren will. Ich will aber noch mal betonen: Vorrang hat der Erhalt der Standorte hier in Thüringen.

(Staatssekretärin Dr. Winter)

Die zweite wichtige Säule ist die historisch-politische Bildung – auch das ist hier schon angesprochen worden. Das Wissen um das Leben in der DDR mit allen Facetten, um die Stasi, aber auch um alles, was dazu gehört, ist wichtig und es ist richtig. Wir erleben, dass das Wissen noch nicht überall auskömmlich vorhanden ist. Die Außenstellen der BStU mit ihrer Belegschaft sind wichtige Akteure in dieser Bildungsarbeit. Sie sind gut vernetzt. Sie arbeiten mit im Geschichtsverbund, wo verschiedene Vereine, Verbände, aber auch Institutionen des Landes und auch unsere Grenz Museen teilnehmen.

Roland Jahn, den ich persönlich sehr schätze, mehrmals getroffen habe seit meinem Amtsantritt, fühlt sich Thüringen bekanntermaßen besonders verbunden und hat unter seiner Amtsführung nicht zuletzt durch häufige persönliche Besuche die Nähe zu den Thüringer Akteuren mit der BStU sogar noch verstärkt. Ich finde es also gut, dass die Expertenkommission den Bildungsaspekt der BStU mit einbezieht. Für Thüringen ist es wichtig, dass Lücken, die, sollte der Bund anders entscheiden, als wir es hier wünschen, entstehen könnten, an allen drei Standorten vermieden werden und wenn nötig der Bund dann im Rahmen seiner Möglichkeiten Kompensation leistet. Das gilt ganz sicher für den Standort Suhl, wo wir keine eigene Aufarbeitungs- oder Bildungseinrichtung haben, und auch an den anderen Standorten, wo wir die gerade schon erwähnten Bildungsstätten haben, Andreasstraße und Amthordurchgang. Die müssten in so einem Fall gestärkt werden und das wäre dann eine mindeste Folgeforderung.

Ich will auch zur Bildung sagen: Zum Wissen um die DDR gehört mehr als das Wissen und der Blick auf die Stasi. Der Blick auf die Stasi hatte eine Entlastungsfunktion, letztlich vielleicht auch Entlastungsfunktion weg von SED, von anderen Organisationen. Mir geht es um die Thematisierung der Topografie der Macht derer, die alle in unterschiedlichen Rollen mitgewirkt haben, ein Wissen um die scheindemokratische Parteienlandschaft, der Gleichschaltung und Mitläuferschaft von Blockparteien oder auch den Alltag in der SED-Diktatur. Mir wäre es auch wichtig, gerade im Bundesverbund mitzuwirken, dass das auch in den Westbundesländern mehr noch als Teil einer gemeinsamen Geschichte gesehen wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung wird die Zeit in den nächsten Monaten für die inhaltliche Diskussion in Thüringen und die Diskussion mit dem Bund für den Erhalt der Außenstellen nutzen; für den Erhalt der Bildungslandschaft, landesfinanziert und mit unseren eigenen Gedenkstätten, aber auch mit Unterstützung der BStU für unsere Bildung, für die Aufarbeitung

und für eine weiterhin transparente mögliche Akten-einsicht. Ich danke.

(Beifall DIE LINKE, SPD, AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Frau Staatssekretärin Winter. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit den ersten Teil der Aktuellen Stunde und rufe auf den **zweiten Teil**

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Landesregierung muss für Klarheit sorgen – Planungssicherheit für Thüringer Krankenhausstandorte gewährleisten“

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
- Drucksache 6/2014 -

Das Wort hat als Erster Abgeordneter Zippel für die CDU-Fraktion.

Abgeordneter Zippel, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, in der vergangenen Woche stellte der Verband der Ersatzkassen, der vdek, die Frage, wie viele der Thüringer Krankenhäuser versorgungsnotwendig seien. Die Antwort des vdek – ich zitiere –: „Bei mindestens acht Häusern muss die Bedarfsnotwendigkeit ernsthaft hinterfragt werden.“ Deutlicher gesagt: Mindestens acht Krankenhäuser in Thüringen wurden zum Abschuss freigegeben. Meine Damen und Herren, ich halte das für ein fatales Signal.

(Beifall CDU)

Nur eine Woche, nachdem die Landesgesundheitskonferenz zum ersten Mal tagte – und ich freue mich schon darauf, auch dazu heute noch kritisch ausführen zu dürfen –, wird bereits an der wichtigsten Säule der medizinischen Versorgung gesägt. Unsere Krankenhauslandschaft hat sich über Jahrzehnte bewährt. Eine wohnortnahe medizinische Versorgung ist eine Frage der Lebensqualität, ja, im Notfall ist sie lebenswichtig.

(Beifall CDU)

Aber es geht nicht nur um Gesundheitspolitik. Unsere Krankenhäuser haben auch eine wirtschaftspolitische, finanzpolitische, arbeitsmarktpolitische, kurz: eine strukturpolitische Bedeutung. In nahezu allen Regionen gehören die Krankenhäuser zu den größten Arbeitgebern. Sie stärken die Finanzkraft der Kommunen. Sie sind wichtige Auftraggeber für die lokale Wirtschaft. Sie tragen zum Erhalt von Le-

(Abg. Zippel)

bensqualität gerade auch in strukturschwachen Regionen bei und verhindern so auch Abwanderung. Auf den Punkt gebracht: Unsere Krankenhäuser sind nichts, was man leichtfertig infrage stellen sollte.

(Beifall CDU)

Durch solche Vorstöße wie den des vdek wird nur eines erreicht: Es wird massiv Unsicherheit erzeugt; Unsicherheit bei den Patienten, Unsicherheit beim Klinikpersonal. Und wie oft erreichen uns Klagen aus unseren Wahlkreisen, wie schwer es gerade in den kleinen Krankenhäusern ist, geeignetes Fachpersonal zu finden. Welche Argumente hat denn eine Klinikleitung noch, wenn das Krankenhaus nun auch noch öffentlich angezählt wird? Dass diese Unsicherheit überhaupt entstehen kann, daran trägt die Landesregierung zumindest eine Mitschuld. Je länger der neue Landeskrankenhausplan auf sich warten lässt, desto größer wird die Unruhe.

(Beifall CDU)

Da können Sie gern lachen, aber das ist natürlich so: Zeitverzögerungen stiften immer Unruhe. Versorgungssicherheit braucht Planungssicherheit; Planungssicherheit für die Träger, für die Klinikleitungen und auch für die Mitarbeiter.

Und noch einen Vorwurf kann ich der Landesregierung und den rot-rot-grünen Fraktionen hier im Haus nicht ersparen: Schauen Sie sich die Krankenhäuser an, die auf die Abschlusliste gesetzt wurden. Es trifft vor allem den ländlichen Raum. Nun tritt das ein, wovor wir seit Monaten warnen. Sie haben mit Ihrer Gebietsreformdebatte die Büchse der Pandora geöffnet und nun folgen andere in Ihrem Kielwasser. So ist das!

(Beifall CDU, AfD)

Sie ziehen seit Monaten durchs Land und stellen Kreise und Kreisstädte infrage. Es war nur eine Frage der Zeit, bis andere Ihren Fußstapfen folgen. Jetzt trifft es eben die Krankenhäuser.

(Beifall AfD)

Sie haben eine Strukturdebatte losgetreten. Hier sehen Sie die Folgen dieser Debatte. Ich sage: Das ist kein Zufall. Man muss es so deutlich sagen: Wir erleben derzeit einen Generalangriff auf den ländlichen Raum. Landkreise und Gemeinden sollen zerschlagen werden, angeblich überflüssige Krankenhäuser sollen geschlossen werden. Beides entspricht derselben Denkweise, die da heißt: Thüringen besteht aus drei Großstädten, der Rest ist Pampa, der Rest muss mit dem zufrieden sein, was halt übrig bleibt.

Meine Damen und Herren, das ist nicht unser Bild von Thüringen. Deshalb haben wir diese Aktuelle Stunde beantragt, um Sie aufzufordern: Bekennen Sie sich zu den Thüringen Krankenhäusern ohne

Wenn und Aber. Ich weiß, Sie werden mir gleich Ihren Koalitionsvertrag als Argument entgegenhalten. Nun, in Ihrem Koalitionsvertrag steht vieles, zum Beispiel ein beitragsfreies Kita-Jahr, von dem sich mindestens eine Regierungsfraktion schon innerlich verabschiedet hat und das deshalb auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wurde. Ihren Koalitionsvertrag würde ich deswegen als Argument lieber nicht anführen.

(Beifall CDU)

Deshalb noch einmal: Bekennen Sie sich zu den Thüringer Krankenhäusern, zu allen Standorten, nicht nur mit Worten, sondern mit Taten. Legen Sie die Karten auf den Tisch und forcieren Sie die Arbeit und die Veröffentlichung des überfälligen neuen Landeskrankenhausplans und beenden Sie die Quellen der Unsicherheit für die Krankenhausstandorte, für die Klinikangestellten und für die Patienten. Vielen Dank.

(Beifall CDU, AfD)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Zippel. Als Nächster hat Abgeordneter Kubitzki für die Fraktion Die Linke das Wort.

Abgeordneter Kubitzki, DIE LINKE:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, nach der emotionsgeladenen Rede von Herrn Zippel – in einer Sache muss ich Ihnen Recht geben, Herr Zippel –:

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Es ist wahr gewesen!)

Als ich vorige Woche am Dienstag, dem 12. – ich werde immer um 5.30 Uhr mit dem Wecker geweckt, dann beginnen die Nachrichten –, schlaftrunken vernommen habe, dass acht Krankenhäuser in Thüringen geschlossen werden sollen – ich gebe zu, ich saß im Bett, der Kaffee hat mir nicht mehr geschmeckt. Diese Botschaft, die da über die Sender kam, kann zu Irritationen führen. Aber wir müssen jetzt trotzdem an dieser Stelle sagen: Es ist eine Meldung des Verbands der Ersatzkrankenkassen und keiner von uns hier kann Krankenkassen verbieten, sich in den Diskussionsprozess zur Krankenhausplanung einzubringen. An dieser Stelle, Herr Zippel: Wenn Sie der Landesregierung Verzögerung des Krankenhausplans und dergleichen mehr vorwerfen, muss ich Ihnen sagen – Sie sind neu hier im Haus –, was Ihre Vorgängerfraktionen da gemacht haben. Von Verzögerung der Krankenhausplanung wollen wir heute gar nicht sprechen.

(Unruhe CDU)

Im 5. und im 6. Krankenhausplan wurden Qualitätskriterien, wurde Strukturqualität nicht in den Kran-

(Abg. Kubitzki)

kenhausplan aufgenommen. Auf die Verordnung, wie es in den damaligen Gesetzen steht, warten wir heute noch, Herr Zippel. Sie haben bestimmte Sachen, was Strukturen in Thüringen betrifft, nicht nur die Krankenhäuser, einfach ausgesessen und uns überlassen und wir haben jetzt die Aufgabe, das zu klären. Und ich kann Ihnen versprechen: Wir werden das klären.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie die Aussagen im Koalitionsvertrag anzweifeln, dann möchte ich hier für alle drei Koalitionsfraktionen eindeutig sagen: Wir stehen zu dieser Aussage, dass in Thüringen mit dem 7. Thüringer Krankenhausplan keine Krankenhäuser geschlossen werden. Das ist erst einmal Fakt.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt kein Ausbluten in der Krankenhauslandschaft im ländlichen Raum. Das möchte ich hier noch mal eindeutig auch an die Bevölkerung und an die Menschen in Thüringen sagen, aber

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Es kommt noch ein Aber!)

man wird doch mal Gedankenspiele machen können.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Nein!)

Ein „Weiter so“ wie jetzt, Herr Mohring, weil Sie es ausgesessen haben, kann es natürlich auch nicht geben. Zwei Gründe gibt es dazu: In Thüringen gibt es pro 100.000 Einwohner 746 Krankenhausbetten. Das sind 20 Prozent mehr als der Bundesdurchschnitt. Und wenn wir uns die demografische Entwicklung ansehen, sind bei Rückgang der Bevölkerung Strukturfragen auf der Tagesordnung. Der zweite Grund ist: Die Investitionen, die wir gegenwärtig in Krankenhäuser tätigen, betragen 50 Millionen Euro. Jawohl, da sage ich auch offen: Das ist für die jetzige Krankenhauslandschaft und die Krankenhausstruktur zu wenig. Wir brauchen mindestens 70 bis 80 Millionen Euro, die Landeskrankengesellschaft fordert sogar 120 Millionen Euro, aber

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Setz dich durch bei deiner Fraktion!)

an dieser Stelle, Herr Mohring, war es bisher so: Wenn in Ihrem letzten Doppelhaushalt 50 Millionen Euro für die Krankenhausfinanzierung drinstanden, dann haben 50 Prozent der Investitionskosten dieser Krankenhausfinanzierung die Krankenkassen finanziert und 2015 ist das weggefallen. Diesmal war unsere Landesregierung gezwungen, eigenes Geld für die Krankenhausfinanzierung in die Hand zu nehmen, und das haben wir gemacht. Also ein

bisschen zurückschauen und auf die eigene Nase schauen, Herr Mohring.

(Unruhe CDU)

Worüber diskutiert werden muss: Wenn wir sagen, kein Krankenhaus wird geschlossen, dann müssen wir aber auch die Frage stellen, wie die innere Krankenhausstruktur aussieht. Muss jedes Krankenhaus jede Abteilung vorhalten? Ich sage: Nein, das muss es nicht. Und da möchte ich die Krankenkassen einladen, bevor wieder solche Hiobsbotschaften kommen, sich in diesen Diskussionsprozess einzubringen. Und davor hat sich die Vorgängerregierung gedrückt, vor solchen Fragen. Zum Beispiel die Fragen: Wie groß muss eine Fachabteilung ausgestattet sein? Wie viele Fachärzte muss eine Fachabteilung haben? Was für eine Mindestanzahl zum Beispiel an OPs müssen in einer Fachabteilung stattfinden? Das sind die Fragen, die wir klären müssen. Dazu – das möchte ich an die Landesregierung richten – steht ja im verabschiedeten Thüringer Krankenhausgesetz drin, dass dazu eine Rechtsverordnung erarbeitet wird. Diese Rechtsverordnung wird gegenwärtig erarbeitet und ist im Benehmen mit dem Ausschuss zu behandeln.

Ich möchte abschließend die Landesregierung auch dazu auffordern, dass nicht nur Geriatrie und Psychiatrie betrachtet wird, sondern dass in diese Struktur, in diese Rechtsverordnung alle Planbetten der Stationen der Krankenhäuser einbezogen werden; ich sage noch einmal: alle Planbetten. Danke.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Kubitzki. Als Nächster hat Abgeordneter Rudy für die AfD-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Rudy, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Gäste auf den Tribünen, seit Beginn der Debatte um die Neugestaltung der Krankenhauslandschaft verfolgt die Landesregierung eine widersprüchliche Strategie. Für diese widersprüchliche Strategie müssen am Ende die Patienten den Preis zahlen. Das Ministerium fällt in diesem überaus wichtigen Prozess der Neuausrichtung der Krankenhäuser vor allem durch Passivität auf.

Aufgrund der eindeutigen Aussage des Koalitionsvertrags sind der Gesundheitsministerin sowieso die Hände gebunden. Alles soll bleiben, wie es ist, so kann man die Vereinbarung der Koalitionäre zusammenfassen. Wer sich so fest für den Fortbestand aller Krankenhäuser verpflichtet, wie es die Koalition tut, der muss der daraus erwachsenden Verantwortung nachkommen. Das Land trägt die

(Abg. Rudy)

Pflicht für die auskömmliche Finanzierung der Häuser. Im Rahmen der dualen Krankenhausfinanzierung muss die Landesregierung genügend Haushaltsmittel für die Investitionen zur Verfügung stellen. Wer die Krankenhausinfrastruktur erhalten will, der muss sie auch bezahlen. Aber genau das macht das Land nicht. Im Gegenteil: Seit dem Auslaufen der Artikel-14-Mittel ist die Krankenhausfinanzierung rückläufig. Sie alle kennen die Zahlen. Gerade noch 50 Millionen Euro fließen aus dem Landeshaushalt in die Häuser. Um die hochwertige Versorgung zu erhalten, müsste das Investitionsvolumen aber mindestens auf den Bundesdurchschnitt von 5.951 Euro pro Bett ansteigen. Das wiederum entspräche 80 bis 85 Millionen Euro pro Jahr für alle Kliniken in Thüringen, Herr Kubitzki hatte dies in seiner Rede gerade dargestellt. Stattdessen stellt das Land nur 50 Millionen Euro zur Verfügung. Damit liegt es bei den Ausgaben pro Bett an vorletzter Stelle im Vergleich mit den anderen Bundesländern. Diese Koalition spielt sich als Wohltäter auf, indem sie stets verkündet, dass alle Häuser erhalten bleiben. Zugleich werden aber nicht die Mittel bereitgestellt, die notwendig sind, um die Krankenhausstruktur zu erhalten.

(Beifall AfD)

Es geht nicht beides. Wenn Sie Ihren Worten Taten folgen lassen wollen, dann müssen Sie mehr Geld in den Haushalt einstellen.

(Beifall AfD)

Der Mittelweg, den Sie aber gehen, führt dazu, dass die Häuser unzureichend finanziert sind. Sie geben sich zwar als Wohltäter aus, aber genau das führt zu Planungsunsicherheit bei den Häusern. Sie beweisen keinen Mut, wenn Sie mit Ihrem „Weiter so“ für die nächsten fünf Jahre die jetzige Situation zementieren. Dabei werden jetzt mit dem Krankenhausstrukturgesetz Fördergelder bereitgestellt, um den Anpassungsprozess zu gestalten. Knapp 14 Millionen Euro stehen zur Verfügung. Der Zweck des Strukturfonds ist ja der Abbau von Überkapazitäten, die Konzentration von Standorten sowie die Umwandlung von Krankenhäusern. Die Landesregierung hat schlicht keinen Mut, die notwendigen Schritte zur Anpassung zu gehen. Vielleicht hat die Landesregierung aber auch gar kein Geld dafür, denn die Mittel des Strukturfonds benötigen ja eine Kofinanzierung. Weil das Land an falscher Stelle Prioritäten setzt, fehlt es bei den Krankenhäusern. Mit Ihrer Strategie des „Weiter so“ werden die Krankenhäuser unzureichend finanziert. Damit geht auch eine Belastung des Krankenhauspersonals einher. Sie müssen sich die Kritik gefallen lassen, dass durch die Politik die Investitionen der Häuser auf Kosten des Pflegepersonals finanziert werden.

Aus der gesetzlichen Krankenversicherung fließen jährlich rund 2 Millionen Euro in die Thüringer Krankenhäuser. Es ist längst bekannt, dass ein Teil die-

ser Gelder der Krankenhäuser nicht nur dem operativen Betrieb der Häuser dient. Dieses Geld wird ebenso in den Erhalt der Struktur gesteckt. Damit fehlt es aber bei den Löhnen des Personals. Diese rot-rot-grüne Landesregierung, die sich als besonders sozial bezeichnet, sorgt mit ihrer Gesundheitspolitik für die schlechte Bezahlung und die Überforderung des Pflegepersonals.

(Zwischenruf Abg. Jung, DIE LINKE: So ein Quatsch!)

Eine Strukturreform ist notwendig, nicht allein um die Qualitätskriterien des Krankenhausstrukturgesetzes umzusetzen. Für Qualität sind die Menschen auch bereit, einen längeren Weg auf sich zu nehmen. Wir brauchen die Reform auch, um die Versorgung zukunftsfest zu machen, damit die tatsächliche Finanzierung der Häuser durch den Freistaat mit den benötigten Mitteln übereinstimmt. Damit erhöhen Sie die geforderte Planungssicherheit. Sie ist deswegen ein Gebot der Wirtschaftlichkeit, wie zuletzt der Verband der Leitenden Krankenhausärzte betont hat. Denn wir sollten auch an die Beitragszahler denken. Diese Strukturreform kann außerdem ihren Teil leisten, um die Arbeitsqualität und den Verdienst des Pflegepersonals zu erhöhen. Fangen Sie deshalb jetzt damit an und zeigen Sie damit den Mut, den man zu solch einer Reform braucht! Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Rudy. Als Nächste hat Abgeordnete Pfefferlein für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Abgeordnete Pfefferlein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste! Das Gesundheitswesen an sich und insbesondere das Gesundheitswesen in Thüringen befinden sich inmitten eines Strukturwandels. Die Anforderungen an den Krankenhausbereich sind dabei besonders komplex. Der medizinische Fortschritt, der Wandel in der Bevölkerungsstruktur, veränderte Krankheitsbilder, Fachkräftemangel und für Thüringen die eher ländlich geprägte Struktur stellen unausweichliche Herausforderungen dar. Dazu kommen der verschärfte Wettbewerb der Krankenhäuser untereinander und die Notwendigkeit, Wirtschaftsreserven zu mobilisieren. Spürbar ist außerdem, dass der Abbau von Krankenhausbetten, der Abbau von Krankenhauspersonal, die Auslagerung bestimmter Bereiche und im schlimmsten Fall die Schließung von Krankenhäusern immer wieder in die aktuelle politische Diskussion gebracht werden.

(Abg. Pfefferlein)

Thüringen befindet sich gerade in der Planungsphase zum 7. Krankenhausplan. Diese wird maßgeblich durch den Krankenhausplanungsausschuss geführt. Diese Planungsprozesse gehen natürlich auch mit einem intensiven Meinungsaustausch einher, den ich ausdrücklich begrüße. Die Rahmenbedingungen, die die Politik – damit meine ich die Koalitionsfraktionen – in Form des Koalitionsvertrags vorgegeben hat, will ich hier noch mal besonders ansprechen. Die Gesundheitsversorgung in Thüringen soll qualitativ gestärkt werden. Neue Modelle der sektorenübergreifenden Versorgung wollen wir unterstützen, um so eine möglichst wohnortnahe Patientenversorgung zu gewährleisten. Die Belange und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung und alten Menschen sollen stärker als bisher berücksichtigt werden. Die Thüringer Krankenhäuser, auch im ländlichen Raum, sollen erhalten bleiben und die Krankenhausförderung des Landes angepasst und verlässlich fortgeführt werden. Eine auskömmliche Finanzierung der Thüringer Kliniken wird angestrebt.

Jetzt komme ich zum Krankenhausplan: Im zukünftigen Krankenhausplan werden die Parameter für Strukturqualität für einzelne Fachabteilungen sowie Qualitätsindikatoren des neuen Bundesqualitätsinstituts aufgenommen. Ziel sind die Gewährleistung der flächendeckenden Krankenhausversorgung und der Erhalt der bestehenden Krankenhäuser.

Zwei Punkte, die für uns Grüne besonders wichtig sind: Die Palliativmedizin soll im zukünftigen Krankenhausplan ausgewiesen werden und wir streben einen flächendeckenden Ausbau der ambulanten palliativmedizinischen Versorgung in Thüringen an. Zu diesen beiden Punkten gab es in der letzten Woche im Sozialausschuss eine umfangreiche Anhörung, die genau das bestätigt hat: Wir brauchen in Thüringen einen flächendeckenden Ausbau der ambulanten palliativmedizinischen Versorgung. Dieser muss aber nicht unbedingt mit einer Aufstockung der palliativmedizinischen Betten einhergehen. Es braucht keine Institutionalisierung des Sterbe- und Trauerprozesses. Es braucht aber das professionelle Zusammenwirken aller wichtigen Akteure. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal sehr betonen und auch an alle appellieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uns Grünen, und ich glaube, da rede ich auch für meine Koalitionskollegen und -kolleginnen, ist natürlich klar, dass hier ein immenser ökonomischer Druck aufseiten der Krankenhausträger besteht – und ich sage hier bewusst „-träger“. Außerdem besteht auch ein Druck aufseiten der Krankenkassen bezüglich der Kosten der Krankenkassen und damit in der Konsequenz der Kosten für die Versicherten. Krankenhäuser sind eine wichtige Grundlage sozialer Daseinsvorsorge. Wir müssen den stationären Sektor endlich den enormen Herausfor-

derungen anpassen. Die Moderation der Planungsprozesse muss besser verlaufen. Es wurde hier schon mal angesprochen: Wenn Versicherte und damit auch Patientinnen und Patienten aus der Zeitung lesen müssen, dass das Krankenhaus in ihrer Nähe geschlossen werden soll, kann das eine massive Verunsicherung auslösen. Das halten wir für keine gute Methode in der Krankenhausplanung. Man kann in der Sache hart diskutieren, muss aber trotzdem mit seiner Verantwortung – und das sehe ich in diesem Bereich besonders stark – professionell umgehen. Wir brauchen verlässliche und klare Rahmenbedingungen, damit die stationäre Versorgung auch in Zukunft gewährleistet werden kann. Für uns Grüne sind vor allem Qualität, Bedarfsorientierung und Zusammenarbeit wichtige Eckpunkte einer nachhaltigen Krankenhauspolitik. Wir möchten einen Strukturwandel, der eine bedarfsgerechte, sektorenübergreifende gesundheitliche Versorgung gewährleistet. Wir gehen aber auch noch einen Schritt weiter, denn für uns gehören auch die Krankenhausförderung und die Prävention dazu, die Verzahnung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung, die Vorgaben zur Qualität, eine vernünftige Arbeitsorganisation innerhalb der Krankenhäuser und nicht zuletzt der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Danke schön, Frau Pfefferlein. Als Nächste hat Abgeordnete Pelke für die SPD-Fraktion das Wort.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Zippel, ganz herzlichen Dank für Ihren emotionalen Beitrag. Das erleben wir nicht so oft, aber ich glaube, an dieser Stelle war es notwendig. Ich habe das so verstanden, dass Ihre Emotionen und Ihre Kritik in Richtung des vdek gegangen sind, weil, und da kann ich mich durchaus anschließen,

(Beifall DIE LINKE)

eine solche offizielle öffentliche Äußerung nicht gerade zur Klärung und zur Verbesserung des Prozesses beiträgt, in dem wir uns gerade befinden. Da, ganz klar, bin ich auch an Ihrer Seite und ich denke, auch die SPD-Fraktion insgesamt. Aber wie so Sie diese Kritik jetzt auf die Koalition ausbreiten und uns Dinge vorwerfen, die wir noch nicht erledigt haben und Sie sich sozusagen unseren Kopf zerbrechen, das verstehe ich nicht ganz.

Erster Punkt – ich zitiere noch mal aus dem Koalitionsvertrag, auch wenn es Kollege Kubitzki schon gemacht hat. Eines steht nach wie vor fest, Zitat: „Wir werden die Thüringer Krankenhäuser, auch im ländlichen Raum, erhalten.“ So haben wir es im Koalitionsvertrag vereinbart; dazu stehen wir. Ich

(Abg. Pelke)

weiß gar nicht, wo Sie irgendeine Äußerung hernehmen, dass wir dieses infrage gestellt haben. Ganz im Gegenteil.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite Punkt: Ich freue mich ja, dass Sie sich den Kopf zerbrechen, was das beitragsfreie Kita-Jahr angeht. Ich hoffe, dass Sie dann, wenn wir so weit sind, dass wir entscheiden, dem auch zustimmen.

(Beifall DIE LINKE)

Denn wir haben im Übrigen, was den Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD anging, auch nicht gleich alles im ersten Jahr abgearbeitet. Also machen Sie sich keine Gedanken, wir kommen schon noch zum beitragsfreien Kita-Jahr. Da bin ich mir mit den Fachpolitikern in allen drei Koalitionsfraktionen einig, die die Meinung entsprechend vorgeben. Ich bin mir einig mit dem Ministerpräsidenten dieser Koalition, der das mehrfach öffentlich gesagt hat. Insofern denke ich, brauchen Sie keine Angst zu haben, dass wir die Dinge, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, nicht auch umsetzen. So viel dazu.

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: Die Finanzministerin hat mit dem Kopf geschüttelt!)

Wer hat mit dem Kopf geschüttelt?

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: Die Finanzministerin schüttelt mit dem Kopf!)

Die Finanzministerin kann auch mal mit dem Kopf schütteln. Vielleicht hat sie gerade irgendetwas gelesen, was sie nicht amüsiert hat, das kann ja sein.

So, wir kommen jetzt zu dem Punkt, dass das Ziel steht: Bis Ende des Jahres soll die Landesregierung den 7. Thüringer Krankenhausplan vorlegen; ab 1. Januar 2017 tritt er in Kraft. Genau darin befinden wir uns im Moment, nämlich mitten in einer heißen Phase eines fachlichen Planungsprozesses, den das Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie gemäß dem Krankenhausgesetz in Thüringen federführend verantwortet und mit Krankenkassen, Trägern, allen Akteuren im Moment ausarbeitet, diskutiert, verhandelt. Das ist auch gut so. Was ganz wichtig ist – Herr Zippel, das haben wir auch im Sozialausschuss diskutiert –: Es geht im Wesentlichen – so haben wir uns auch festgelegt – nicht um die Frage der Schließung von Krankenhäusern, sondern es geht um die Frage der Qualität im Krankenhaus, die auch mit gewissen Effizienzen verbunden ist. Auch das werden Sie sicherlich nicht infrage stellen. Dabei sind wir jetzt gerade.

Es ist schon von Herrn Kubitzki erwähnt worden: Mit der Änderung des Krankenhausgesetzes in der letzten Legislatur wurde die Qualität zu einem Be-

standteil der Krankenhausplanung gemacht. Das ist auch gut so. Er hat auch schon darauf hingewiesen, dass wir natürlich jetzt erwarten, dass die Rechtsverordnung, die schon in Arbeit ist, zeitnah vorgelegt wird. Mir ist ganz wichtig, dass sich die wesentlichen Akteure, die auch benannt sind, an dieser Diskussion beteiligen, sich durchaus auch öffentlich äußern sollen, dass es aber eine sachliche und eine fachliche Diskussion zur Krankenhauslandschaft in Thüringen ist und dass nicht populistisch das eine oder andere verwendet wird – an dem Punkt stimme ich Ihnen zu – und dann in der Öffentlichkeit Patienten, Mitarbeiter in Krankenhäusern und auch Krankenhausleitungen verunsichert werden. Das wollen wir nicht und das tun wir auch nicht. Deswegen sind wir an diesem Diskussionsprozess sehr interessiert.

Abschließend kann ich Ihnen nur sagen: Es gibt natürlich auch immer ökonomische Zwänge, aber ich möchte einfach nicht – und das noch mal als Appell auch von dieser Stelle –, dass spektakuläre Diskussionen über einzelne Standorte verunsichern. Stellen Sie die Qualität in den Mittelpunkt! Das ist im Interesse der Patienten und der Menschen, die in den Krankenhäusern arbeiten. Das wollen wir tun und wir hoffen sehr auf Ihre Unterstützung, lieber Herr Zippel. Danke schön!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Pelke. Als Nächste hat ebenfalls für die SPD-Fraktion Abgeordnete Mühlbauer das Wort.

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Danke, Herr Präsident! Werte Damen und Herren, erlauben Sie mir bitte, hier als lokaler Vertreter des Kreistags und auch Mitglied des Aufsichtsrats in Richtung vdek zwei, drei Worte zu sagen. Es war entsetzend. Noch an dem Montagabend bin ich von den Schülerinnen, die hier ihre Krankenpflegeausbildung machen, angeschrieben, angesprochen worden, zum Teil mit Tränen in den Augen: Können wir unsere Ausbildung noch zu Ende machen? Lassen Sie mich hier ein paar Punkte als Mitglied des Aufsichtsrats anbringen. Die Ilm-Kreis-Kliniken haben für das Jahr 2016 die Budgetverhandlungen mit den Kostenträgern abgeschlossen und auch der vdek hat sich an diesen beteiligt. Der Bedarf und die Notwendigkeit von medizinischen Leistungen ist erbracht worden. Das heißt: Hier steht nicht die Diskussion an. Dieser Standort ist ein kommunales Krankenhaus, arbeitet wirtschaftlich.

Präsident Carius:

Jetzt würde ich Sie bitten.

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Diesbezüglich einen herzlichen Dank an die Ministerin, die das sehr schnell klargestellt hat. Danke.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Präsident Carius:

Danke schön. Jetzt hat das Wort Frau Ministerin Werner, bitte schön.

Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten, mit dem Antrag zur Aktuellen Stunde rennt die CDU-Fraktion offene Türen ein. Wir haben bereits in unserer Koalitionsvereinbarung für die offenbar von der Opposition vermisse Klarheit gesorgt. Dort haben wir gesagt: „Wir werden die Thüringer Krankenhäuser, gerade auch diejenigen im ländlichen Raum, erhalten.“ Dazu stehe ich.

Der Anlass des Antrags zur Aktuellen Stunde, die Forderung des Verbands der Ersatzkassen nach Schließung von acht Krankenhausstandorten, wird heute diskutiert. Sie haben sicher verfolgt, dass ich mich dazu öffentlich geäußert habe und beispielsweise in einer Pressemitteilung vom 12. April die Forderung des vdek deutlich zurückgewiesen habe – ich zitiere –: „Ziel der Krankenhausplanung ist die Versorgung der Bevölkerung, nicht die wechselseitige Versorgung der Krankenhäuser.“ Durch die tatsächliche Inanspruchnahme der Krankenhäuser beweisen die Thüringerinnen und Thüringer, dass sie dem jeweiligen Standort Vertrauen entgegenbringen. Zudem sind alle Krankenhausstandorte für ihre Regionen wichtige Arbeitgeber. Eine Umsetzung der Forderung des vdek würde Einschnitte in die Versorgung und lange Anfahrtswege für Bürgerinnen und Bürger in den betroffenen Regionen zur Folge haben. Das wäre unverantwortlich.

(Beifall DIE LINKE)

Unverantwortlich ist der Aufschlag des vdek auch deshalb, weil – darauf hat Frau Mühlbauer gerade hingewiesen – viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in höchstem Maß verunsichert werden. Das ist kontraproduktiv im Sinne der Attraktivität des Arbeitsorts Thüringen und so handeln auch alle, die weiterhin aus welchen Gründen auch immer Verunsicherung betreiben. Herr Zippel bzw. Herr Mohring, ich bitte auch, Ihre Kritiken, was den ländlichen Raum angeht, wirklich zurückzunehmen. Wir machen sehr viel im Bereich der Förderung des ländlichen Raums, beispielsweise im Bereich des Ministeriums für Infrastruktur.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Was denn, Frau Ministerin?)

Es werden Förderprogramme extra dafür aufgearbeitet, um hier den ländlichen Raum weiter zu fördern.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Welche? Sie wissen es selbst nicht!)

Gucken Sie sich mal den Haushalt an, dann können Sie eine ganze Menge finden.

Besonders ärgerlich ist auch, dass der vdek mit falschen Zahlen argumentiert und die Entwicklung der letzten Jahre ignoriert. Durch das neue Thüringer Krankenhausgesetz sind wir verpflichtet, im Rahmen einer Nachplanung in zweijährigem Abstand die Versorgungslage zu überprüfen. Nach Abschluss der Nachplanung 2016 wird Thüringen rund 14.100 Planbetten haben und nicht 16.000, wie vom vdek prognostiziert. Bei den von ihm immer wieder genannten 16.000 Betten, die Thüringen angeblich hat, handelt es sich um eine Zahl, die dem statistischen Landesamt von den Krankenhäusern gemeldet wird. Diese Zahl spielt aber für die Krankenhausplanung gar keine Rolle. Die Zahlen der für die Versorgung notwendigen Betten, den sogenannten Planbetten werden allein nach der tatsächlichen Inanspruchnahme und einer darauf basierenden Prognoserechnung plus eines 15-prozentigen Puffers ermittelt. Den Krankenhäusern ist es natürlich nicht verwehrt, mehr Betten als die Planbetten tatsächlich aufzustellen, was zum Teil aus organisatorischen Gründen auch genutzt wird. Wie gesagt, für die Planung spielt es keine Rolle. Hier ermitteln wir eigene Zahlen und diese Zahlen beruhen auf der tatsächlichen Inanspruchnahme der Thüringer Krankenhäuser durch Patientinnen und Patienten. Damit sprechen die Patientinnen und Patienten ihren Krankenhäusern auch ihr Vertrauen aus. Und schließt man einen Standort oder gar acht, wie der vdek vorschlägt, so gehört zu einer seriösen Diskussion, dass man auch Lösungsvorschläge hat, wie sich die Patientenversorgung dann gestalten soll.

Es geht hier nicht allein um die Absicherung einer Grundversorgung oder einer Notfallversorgung, sondern von den acht benannten Standorten haben vier einen sogenannten überregionalen Versorgungsauftrag. Das heißt, hier muss ein viel größeres Einzugsgebiet von Patienten versorgt werden. Die vom vdek angegebenen Abstände von 30 Minuten zwischen den einzelnen Standorten mögen realistisch sein, wir planen aber keine Krankenhäuser nach Abständen voneinander, sondern wir planen eine Versorgung für die gesamte Thüringer Bevölkerung und da richten sich die zumutbaren Entfernungen und Fahrzeiten nach den Wohnorten.

Lassen Sie mich an einem konkreten Beispiel ausführen: Würde der Vorschlag des vdek umgesetzt

(Ministerin Werner)

und die Standorte in Worbis und Reifenstein wegfallen, so bedeutet dies für Patienten, entweder bis nach Heiligenstadt, Sondershausen oder Nordhausen fahren zu müssen. Das hieße für einige, eine Reise quer über den Kyffhäuser unternehmen zu müssen.

Ein weiterer aus meiner Sicht nicht unwesentlicher Aspekt: In alle acht Standorte wurden Investitionsmittel in einer Gesamthöhe von 255 Millionen Euro investiert. Darunter waren in allen acht Fällen auch die sogenannten Krankenhausnutzermittel nach Artikel 14 Gesundheitsstrukturgesetz. Auch hier kann man nicht einfach sagen: Das war es jetzt.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, der Vorschlag des vdek erweist sich wenig bis gar nicht durchdacht. Insofern stellt er die von mir eingangs gegebene Garantie in keiner Weise vor eine Herausforderung. In einem allerdings muss ich dem vdek recht geben: „Weiter so“ ist keine vernünftige Grundlage für die kommende Krankenhausplanung.

Wie der alte Thüringer Landtag uns mit der Novellierung des Thüringer Krankenhausgesetzes aufgegeben hat, wollen und müssen wir die Krankenhausplanung auf eine qualitätsorientierte Planung umsteuern. Dazu gehört auch, dass wir sehr sorgfältig Bedarf und Versorgung in allen Regionen des Landes prüfen. Es wird immer wieder berichtet, dass die Krankenhäuser die Mängel in der Versorgung im niedergelassenen Bereich auffangen müssen. Natürlich sind nicht alle Regionen Thüringens gleichermaßen attraktiv für die Niederlassung von Ärzten. Wo es uns nicht gelingt, die erforderliche ambulante Versorgung aufrechtzuerhalten, müssen wir überlegen, ob und wie weit durch die Umprofilierung eines Krankenhausstandortes hin zu einer stärkeren Verzahnung mit der ambulanten Versorgung insgesamt ein qualifiziertes Angebot aufrechterhalten werden kann. Das bedeutet: Wir entwickeln Standorte, indem wir durch neue Aufgaben ihren Erhalt sichern. Dazu nutzen wir natürlich auch die Mittel des Krankenhausstrukturfonds, die notwendigerweise auch im Haushalt eingestellt wurden. Und es gibt bereits Anträge von Krankenhäusern, genau diese Mittel zu nutzen.

Die von der Opposition geforderte Planungssicherheit kann es aber im Laufe eines Planungsverfahren natürlich erst dann geben, wenn die Planung abgeschlossen ist, die uns durch das Krankenhausgesetz aufgegeben ist. Das wird im Herbst dieses Jahres der Fall sein. Ich muss darauf hinweisen, dass keineswegs mein Haus allein plant, sondern dass der Krankenhausplanungsausschuss mit allen seinen Mitgliedern, wozu die Vertreter der Leistungserbringer ebenso wie die der Kostenträger gehören, intensiv beteiligt wird.

Wir waren uns einig, gemeinsam diesen Qualitätsprozess, der uns durch den Thüringer Kranken-

hausplan aufgegeben ist, sehr sorgfältig anzugehen. Die alte Landesregierung hat hier leider nicht sehr viel vorgegeben, sodass wir gemeinsam uns die notwendige Zeit nehmen, um hier die nötigen Qualitätskriterien zu erarbeiten, Herr Kubitzki hat dazu schon eine ganze Menge gesagt.

Herr Zippel, ganz zum Schluss muss ich sagen: Leider lassen sich die Versäumnisse der letzten Jahre nicht in einem Jahr abarbeiten.

(Beifall Die LINKE)

Aber keine Sorge: Wir stellen uns den Aufgaben so schnell wie möglich und natürlich so lange wie nötig. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Frau Ministerin Werner. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass ich den zweiten Teil der Aussprache schließe und den **dritten Teil** der Aktuellen Stunde aufrufe

c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Konsequenzen für die Thüringer Finanzpolitik aus den Enthüllungen durch die Panama Papers“

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
- Drucksache 6/2015 -

Als Erster hat Abgeordnete Pidde für die SPD-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Panama Papers, was für ein schöner Name! Es hört sich so harmlos an. Dahinter verbergen sich die Fakten, die ein Whistleblower der „Süddeutschen Zeitung“ mitgeteilt hat. Er brachte damit nicht nur einen Stein ins Rollen, sondern einen Felsbrocken. 2,6 Terabyte Daten lieferte er – 11,5 Millionen Dokumente. Diese ermöglichen einen Blick hinter die Kulissen von 214.000 Briefkastenfirmen. Sie liefern Einblicke in die Machenschaften von Kriminellen, Reichen, Korrupten und auch skrupellosen Politikern. Was sind die Lehren aus diesen Enthüllungen für die Thüringer Finanzpolitik? Was kann unser Freistaat tun? Was können wir dazu beitragen, den Sumpf der Steuerflucht weiter trockenzulegen? Über diese Fragen soll im Rahmen dieser Aktuellen Stunde, die meine Fraktion beantragt hat, diskutiert werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte zuerst wertfrei feststellen: Durch die Veröffentlichungen von

(Abg. Dr. Pidde)

Whistleblowern wurden im Kampf gegen kriminelle Steuerflucht in den zurückliegenden Jahren größere Fortschritte erreicht als in jahrzehntelangen Verhandlungen der Staaten untereinander.

(Beifall SPD)

Zugespielte oder gekaufte Daten ermöglichten den Blick hinter die Kulissen von Banken, Unternehmen und Kanzleien. Dadurch wurde so viel politischer Druck aufgebaut, dass sich auch vordem unwillige Staaten in Europa, wie zum Beispiel die Schweiz, Liechtenstein oder Luxemburg, nicht mehr einer stärkeren Regulierung verweigern konnten. Auch die CDU/CSU konnte nicht mehr so tun, als wäre das Problem gar nicht so groß.

Der letzte Unionsversuch, für die eigene Klientel Privilegien zu retten, war der Plan von Bundesfinanzminister Schäuble, mit der Schweiz ein separates Steuerabkommen zu schließen, das die Identitäten von Tausenden Steuerkriminellen geschützt hätte. Auch die Thüringer Union und der damalige Finanzminister, Herr Dr. Voß, hatten sich für das geplante Steuerabkommen stark gemacht und die SPD und alle anderen beschimpft, die dieses unmoralische Angebot der Schweiz zurückwies.

Heute wissen wir: Dadurch, dass das deutsch-schweizerische Steuerabkommen nicht zustande kam, wurde der Weg frei gemacht für den automatischen Steuerdatenausgleich. Inzwischen sind 96 Staaten darauf eingegangen.

Meine Damen und Herren, im Moment überschlagen sich die Meldungen über Vorschläge, die gemacht werden, um auch solche Steuerparadiese wie Panama auszutrocknen. Ich hoffe, es bleiben nicht nur Lippenbekenntnisse. Der öffentliche Druck ist da. Er ist da wie damals, als Steuer-CDs aufgekauft wurden. Jetzt müssen wir ihn nutzen, um weitere Fortschritte im Kampf gegen Steuerflucht zu erzielen. Schnelles Handeln ist also gefragt, und deshalb ist es richtig, dass unsere Finanzministerin gemeinsam mit ihrem niedersächsischen Kollegen aktiv geworden ist. Unsere Regierung hat sich an der Bundesratsinitiative beteiligt mit dem Ziel, rechtliche und finanzielle Konsequenzen aus den Enthüllungen der Panama-Papiere zu ziehen.

Meine Damen und Herren, wir sollten aber nicht nur auf ferne Länder schauen. Im deutschen Steuerrecht gibt es noch genügend Schlupflöcher. Die Überwachung der Banken in Deutschland ist lückenhaft, sonst wären die Panama-Deals auch auf anderem Wege aufgedeckt worden. Deutschland erfüllt wichtige Antigeldwäschestandards der OECD nicht. Auf EU-Ebene ist man gerade dabei, die rechtlichen Möglichkeiten für die Gründung von anonymen und undurchsichtigen Ein-Mann-Firmen zu schaffen. Hier muss Deutschland Stopp sagen. Und Zypern oder die Kanalinseln sind auch kein Ort

von Steuerehrlichkeit. Es gibt also noch viel zu tun. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Pidde. Als Nächste hat Abgeordnete Henfling für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Abgeordnete Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Panama Papers, die nichts mit dem schönen Buch zu tun haben, sind definitiv eine Aktuelle Stunde hier im Thüringer Landtag wert, auch wenn sie nicht das erste Mal aufdecken, wo wir in Europa, wo wir weltweit und natürlich auch hier in Deutschland noch Steuerschlupflöcher haben. Ich erinnere da an die LuxLeaks 2014 und die Offshore-Leaks von 2013. Zu den LuxLeaks läuft nach wie ein Sonderausschuss auf europäischer Ebene und da ist auch noch nicht die letzte Messe gesungen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass das Ganze nur die Spitze des Eisbergs war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Bündnis 90/Die Grünen – sowohl auf Bundes- als auch auf Europaebene – hat sich schon immer für eine größere Transparenz und für mehr Ehrlichkeit in Steuerfragen, aber auch in Fragen von Korruptions- und Geldwäschebekämpfung eingesetzt. Die Panama Papers verdeutlichen die Notwendigkeit, genau diese Sache zu bekämpfen, nämlich Steuerflucht, Geldwäsche und Korruption. Die Panama Papers zeigen ziemlich deutlich, dass wir hier von einem deutlichen Vergehen an der Allgemeinheit, einer Verletzung von Steuergerechtigkeit reden müssen. Wir fordern seit Jahren ein Transparenzregister auf EU-Ebene und die Forderung der Bundesregierung kam hier doch deutlich zu spät, denn die Verpflichtung zu diesen Transparenzregistern ist bereits in der vierten EU-Geldwäscherichtlinie festgelegt.

Des Weiteren müssen wir – das hat der Kollege Pidde auch angesprochen – konstatieren, dass wir natürlich auch in Deutschland Probleme haben, denn wir bräuchten keine Whistleblower, wenn wir die Möglichkeit hätten, über unsere Aufsicht in Deutschland so etwas über unsere Banken mitzubekommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen auch konstatieren, dass es mangelnden Informationsaustausch Deutschlands mit vielen Staaten gibt, vor allem mit Entwicklungsländern. Das macht es für Steuerhinterzieher natürlich sehr attraktiv, sich dahin zurückzuziehen. Weitere Vorschläge, die wir immer wieder nach vorn gestellt

(Abg. Henfling)

haben, war beispielsweise, eine tatsächlich schlagkräftige BaFin aufzubauen, schwarze Listen für Staaten mit Defiziten bei Steuerhinterziehung und Geldwäsche anzulegen. Die Bundesregierung hat Verschleierung von Geldströmen und Verwicklung deutscher Banken in den letzten Jahren weitgehend ignoriert. Deswegen ist es zwar schön, dass wir das jetzt hier auf dem Tisch liegen haben, aber es muss auch möglich sein, Aufdeckung und Aufklärung zu betreiben, ohne auf Datenlecks zurückgreifen zu müssen. Das habe ich gerade schon erwähnt.

Ich glaube, die USA zeigen uns hier, dass es auch anders geht. Mit dem Foreign Account Tax Compliance Act gibt es die Möglichkeit, dass Banken bei Geschäften mit intransparenten Firmen bestraft werden. Auch da sind wir in Deutschland lange nicht so weit. Es muss die Möglichkeit geben, Sanktionen und Initiativen, vor allem Sanktionen auf der europäischen und auch auf der globalen Ebene, möglich zu machen. Und wir müssen auch konstatieren, dass wir in Deutschland eine ineffektive Kontrolle haben, denn für die Geldwäschebekämpfung sind häufig die kommunalen Ebenen zuständig. Ich glaube, das reicht bei den Dimensionen, die wir hier vorliegen haben, bei Weitem nicht mehr aus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da müssen wir darüber diskutieren, ob wir eine Art Finanzpolizei brauchen. Jetzt ist das Zehn-Punkte-Programm von Herrn Schäuble ganz okay, um es mal nett zu formulieren, aber auch da fehlt es uns an Transparenz, in welchen Ländern bzw. Steueroasen beispielsweise Unternehmen ihre Gewinne ausweisen. Und es gibt keine effektiven Maßnahmen gegen fehlenden Vollzug bei nationalen und europäischen Geldwäscheregeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es lässt sich konstatieren, dass hier noch sehr, sehr viel Luft nach oben ist, sowohl in Deutschland als auch auf der europäischen Ebene. Nicht zuletzt möchte ich hier aber noch mal einen großen Dank insbesondere an die Journalistinnen und Journalisten ausrichten, die diese sehr investigative Arbeit geleistet haben, die diese massiven Datenmengen – noch nicht gänzlich, denn das ist bei 2,6 Terrabyte auch relativ heftig – ausgewertet haben. Ohne diese Journalistinnen und Journalisten wäre das so nicht möglich gewesen. Ich glaube, wir täten gut daran, würden wir daraus nun die richtigen Konsequenzen ziehen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank. Als Nächster hat Abgeordneter Kowalleck für die CDU-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Kowalleck, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, in der bisherigen Debatte ist deutlich geworden, dass die Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Geldwäsche nur dann wirksam sind, wenn die Staaten weltweit zusammenarbeiten. Deshalb brauchen wir Lösungen, die global greifen. Die Veröffentlichung über Praktiken von Briefkastenfirmen in Panama zeigen deutlich, dass es richtig war, mit großem Nachdruck internationale Schritte gegen Steuerbetrug zu vereinbaren. Jetzt gilt es, diesen Weg konsequent weiterzugehen. In der Öffentlichkeit wird das Thema „Panama Papers“ mit Recht sehr kritisch gesehen. Die Menschen dürfen nicht das Gefühl haben, die Kleinen hängt man und die Großen werden laufen gelassen. Deshalb ist es gut und besonders wichtig, dass Deutschland den Druck im Kampf gegen Steueroasen und Geldwäsche erhöht. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat mit seinen Finanzministerkollegen aus Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien vereinbart, mit dem automatischen Austausch von Daten so schnell wie möglich zu beginnen. Ziel ist es, dass die Transparenz erhöht wird. Der Bundesfinanzminister – das wurde an dieser Stelle auch gesagt – hat einen Aktionsplan gegen Steuerbetrug und Geldwäsche vorgelegt. Der Plan beinhaltet zehn Schritte für ein faires internationales Steuersystem und ein effektiveres Vorgehen gegen Geldwäsche.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Panama muss kooperieren und dem automatischen Informationsaustausch beitreten und zudem Gesellschaftsrecht so weiterentwickeln, dass die betroffenen Gesellschaften und deren Gesellschafter identifiziert werden können. Es muss dafür gesorgt werden, dass weltweit möglichst alle Staaten und Gebiete den neuen Standard für den automatischen Informationsaustausch in Steuerfragen umsetzen. Es darf sich nicht mehr lohnen, eine Heimat für Schwarzgeld zu bieten. Die konsequente Umsetzung des automatischen Informationsaustauschs muss überwacht und wirksame Sanktionen für nachlässige oder nicht kooperierende Staaten entwickelt werden. Es müssen weltweite Register geschaffen werden, um die Hintermänner von Unternehmenskonstruktionen transparenter zu machen. Die nationalen Register müssen weltweit systematisch miteinander vernetzt sein. Dazu gehört die zügige Entwicklung eines einheitlichen Informationsstandards. Die Unterstützung von Banken für Steuerhinterziehung von Kunden wird heute schon strafrechtlich sanktioniert. Darauf muss weiterhin ein besonderes Augenmerk gelegt werden. Eine wirksame strafrechtliche Verfolgung von Fehlverhalten scheidet oftmals am Nachweis persönlichen Verschuldens. Daher sollten die Institutionen selbst stärker zur Verantwortung gezogen werden. Steuerhinterzieher dürfen sich nicht in Verjährung flüch-

(Abg. Kowalleck)

ten; es ist nicht hinnehmbar, wenn Steuerhinterzieher auf Straffreiheit durch Verjährung spekulieren können. Deshalb soll die Verjährung erst beginnen, wenn der Steuerpflichtige seinen Meldepflichten nachgekommen ist. Die Zentralstelle für Geldwäscheverdachtsmeldungen wird vom Bundeskriminalamt zum Zoll verlagert und dabei mit neuen Kompetenzen und deutlich mehr Personal ausgestattet. Das ist eine Handlungsempfehlung des Bundesministeriums für Finanzen. Weiterhin werden schärfere Sanktionen und ein erleichtertes Einfrieren von Vermögen eine wichtige Rolle spielen. Deutschland wird die Maßnahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche weiter verstärken. Es wurden in den vergangenen Jahren strikte Vorgaben und Kontrollen zur Bekämpfung von Geldwäsche im Finanzsektor etabliert. Solche Fortschritte brauchen wir auch bei der Geldwäschekontrolle im gewerblichen Bereich, für die im Wesentlichen die Bundesländer verantwortlich sind. Bund und Länder müssen vereinbaren, wie sie die Bekämpfung von Geldwäsche im gewerblichen Bereich effizienter organisieren können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen, der Freistaat ist in der Pflicht, die Bundesregierung bei ihren Bemühungen zu unterstützen. Exfinanzminister Peer Steinbrück wollte mal die Pferde satteln lassen und die Kavallerie in die Schweiz schicken. Wir werden sehen, ob wir mit Finanzministerin Heike Taubert einen neuen Sheriff in der Stadt haben und vor allem, ob ihr Colt scharf geladen ist oder ob sich darin nur Platzpatronen befinden.

(Beifall CDU, AfD)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Sollte das jetzt lustig sein?)

Präsident Carius:

Als Nächster reitet jetzt Herr Kießling an das Rednerpult und zeigt uns, was er für Geräte an sich hat.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Hoffentlich wirft das Pferd den ab!)

Herr Kuschel, Sie können auch gern noch mal herreiten, wenn Sie wollen.

Abgeordneter Kießling, AfD:

Er hat aber keinen scharfen Colt dabei.

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Abgeordnete, liebe Zuschauer auf der Tribüne, ich darf auch die Gäste aus Gera vom Abgeordneten Brandner begrüßen. Was hat es mit den Panama-Papieren auf sich? Nun, die Kanzlei Mossack Fonseca hatte in Panama geholfen, 214.000 Briefkastenfirmen zu gründen, sogenannte Offshorefirmen, in über 80 Ländern und das über Jahre hinweg. Bei den Eigentümern der Briefkastenfirmen findet man Poli-

tiker, Sportler, Milliardäre, eventuell auch Steuerbetreiber und eventuell auch Waffenschmuggler, die ihr Vermögen dort haben verwalten lassen. Dies wurde nun, wie wir gehört haben, dank eines Journalisten, der entsprechend recherchiert hatte, in 11,5 Millionen Dokumenten mit einem 2,6 Terabyte Datenvolumen aufgedeckt und dokumentiert. Das ist das größte Leck, was bisher in der Geschichte aufgedeckt worden ist.

Wir müssen aber feststellen, dass auch für die Menschen, die ihr Geld in oder über Panama angelegt haben, zuerst einmal die Unschuldsvermutung gilt, bis die Ermittlungen abgeschlossen sind. Das wird natürlich noch ein wenig dauern. Die SPD ist den Beweis bis jetzt allerdings schuldig geblieben, dass es sich bei diesen Panama-Papieren um Steuerhinterziehung handelt. Im Gegenteil ist die SPD seit 2013 in der Bundesregierung vertreten und hatte eigentlich bisher auch die Chance gehabt, Steuerlücken zu schließen, effektiv zu schließen, doch besitzt selbst die Bundesdruckerei eine Firma in Panama – hört, hört.

(Beifall AfD)

Trotz allem wird bei der SPD nun der pawlowsche Reflex nach höheren Strafen ausgelöst. Eines ist richtig: Wer Steuern hinterzieht, muss seine Strafe erhalten. Das sind wir den Menschen auch schuldig. Wie gesagt: Die Menschen, die über Panama angelegt haben, muss man differenziert betrachten. Dem Verdacht, dass Organisierte Kriminalität in Panama tätig war, muss nachgegangen werden, ohne Frage. Und mit voller Härte muss auch gegen diese eventuellen Verbrecher vorgegangen werden.

Erstaunlich ist sicherlich für einige, dass bisher keine US-amerikanischen Politiker oder Firmen in diesem Zusammenhang aufgetaucht sind. Einer der Gründe ist, dass Scheinfirmen in Nevada und Delaware noch leichter gegründet werden können als in Panama. Die USA sind eine der größten Steueroasen der Welt. Jedoch haben auch fast alle großen deutschen Banken mit den Anbietern der Briefkastenfirmen in Panama zusammengearbeitet. Diese Angebote waren nach der Gesetzeslage leider legal, auch wenn das nicht in das linke Weltbild passen sollte. Manche Unternehmen möchten zum Beispiel Anlagegeschäfte tätigen, ohne dass die Konkurrenz gleich mitbekommt, wer da entsprechende Geschäfte tätigt, und wollen trotzdem Steuern zahlen. Panama war dafür eine Option. Bei den Banken werden in der Regel alle Mitarbeiter regelmäßig in Sachen Geldwäsche und auch im Erkennen von Schwarzgeldern geschult, sodass hier die Thüringer Banken sicherlich nicht maßgeblich davon betroffen sein sollten und dürften. Frau Taubert wird sicherlich aufpassen, dass das auch wirklich so ist.

Bisher haben die Steuerfahnder in Frankreich, den Niederlanden, Spanien, Australien und Panama Er-

(Abg. Kießling)

mittlungen eingeleitet. Das, was in den Panama-Papieren aufgedeckt wurde, ist unfair gegenüber dem Mittelstand, auch unfair gegenüber den fleißigen Bürgern, die hier ihre Steuern zahlen und auch so die Hauptlast entsprechend tragen. Als AfD-Fraktion befürworten wir, wenn die Lücken in der Steuergesetzgebung bürokratiearm geschlossen werden und so die Steuergerechtigkeit erhöht wird. Hier müssen die CDU und auch die SPD handeln, und zwar oben in der Bundesregierung. Wolfgang Schäuble – das haben wir schon gehört – hat am 10. April bereits einen 10-Punkte-Plan erlassen, um dort gegen diese Steueroasen und Geldwäsche vorzugehen, was wir natürlich begrüßen. Was es allerdings bringt, bleibt natürlich abzuwarten. Panama will nun jedenfalls aufgrund des internationalen Drucks kooperieren und tatsächlich ab 2018 mit den Finanzämtern Daten austauschen.

Die SPD, die diese Aktuelle Stunde eingebracht hat, hat selbst eine Briefkastenfirma in dem Steuerparadies Hongkong, und zwar die Cavete Global Limited.

(Zwischenruf Ministerin Taubert: Sagen Sie mal genau, wer das ist!)

Die SPD ist unmittelbar zu 100 Prozent beteiligt.

(Beifall AfD)

Warum braucht eine deutsche Partei so etwas, frage ich mich. Das Wort „cavete“ bedeutet aus dem Lateinischen übersetzt „hütet euch“. Ich frage mich nur: Wovor sollen wir uns hüten? Wohl am ehesten vor denen, die Wasser predigen und Wein saufen, liebe SPD.

(Beifall AfD)

Auch die ddvg, die zu 100 Prozent der SPD gehört, ist ein auf Gewinnerzielung ausgerichteter Unternehmensbereich der SPD mit einem Konzernjahresumsatz von mehr als 77 Millionen Euro in 2014. Wer also zum Beispiel als Deutscher in Hongkong eine Offshorefirma gründet und Geschäfte macht, zahlt dort keine Steuern auf Gewinne; lediglich mit nicht in Hongkong ansässigen Partnern, aber selbst Gewinne aus Geschäften mit Personen aus Hongkong werden nur mit 17,5 Prozent besteuert. Sehr vorteilhaft ist auch, dass es in Hongkong keine Umsatzsteuer gibt. Zudem besteht kein Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Deutschland und Hongkong – komisch, nicht wahr? Auch das Abkommen in China gilt nicht für Hongkong. Wer es also schafft, ...

Präsident Carius:

Herr Kießling, wenn Sie vielleicht wieder zu Panama zurückkommen?

Abgeordneter Kießling, AfD:

Ja, kann ich machen, ich wollte nur kurz erklären, was eine Offshorefirma ist und wie es denn sein kann, dass, wie gesagt, Offshorefirmen Geld steuergünstig irgendwo bearbeiten. Wie gesagt: Die SPD hat zwar noch mehrere Beteiligungen, aber dann komme ich gern zum Schluss.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Wer wollte denn mit Gold die Parteienfinanzierung umgehen?)

Schließen möchte ich heute mit einer 2.000 Jahre alten Textquelle, welche ich noch schnell zitieren darf: Matthäus 23, 25 in der Fassung der Lutherbibel von 1984: „Weh euch, Schriftgelehrte und Pharisäer, ihr Heuchler, die ihr die Becher und Schüsseln außen reinigt, innen aber sind sie voller Raub und Gier!“ Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Präsident Carius:

Danke schön. Nun hat Abgeordneter Huster das Wort.

Abgeordneter Huster, DIE LINKE:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Panamahut ist ein alter Hut. Es gibt ihn in vielen Ländern der Welt, sogar in Deutschland. Auf dem Schattenfinanzindex 2015 des Netzwerks Steuergerechtigkeit steht Panama auf Platz 13, auf Platz 1 die Schweiz, auf Platz 2 Hongkong, auf Platz 3 die USA und Deutschland auf Platz 8.

Meine Damen und Herren, erinnern Sie sich noch an die Steuer-CDs aus der Schweiz und anderen europäischen Ländern, die maßgeblich das Bundesland Nordrhein-Westfalen aufkaufte? Erinnern Sie sich noch an die Luxemburg-Leaks oder an den Fall Höhnes? Die Bundesregierung ist jedes Mal empört und fordert auch jedes Mal konkrete Schritte – und jetzt Panama. Wieder einmal wurden geheime Daten öffentlich gemacht. Das ist natürlich für die Finanzwirtschaft auf einem Offshorefinanzplatz, wie man Steueroasen korrekter bezeichnet, nicht gut. Es ist schon schlimm, dass es so viele Briefkastenfirmen gibt; auch schlimm, dass offenbar jedes Mal Banken dabei sind, auch deutsche Banken, die Gesetze und deren Lücken ausnutzen und manchmal auch darüber hinausgehen. Aber wirklich schlimm, meine Damen und Herren, ist, dass die deutsche Politik, also genauer gesagt, die Bundesregierung,

(Unruhe CDU)

so lange zugeschaut hat, dass sie schon länger, Herr Kowalleck, vom Austrocknen der Steueroasen spricht, aber nichts oder sehr wenig Effektives tut, meine Damen und Herren.

(Abg. Huster)

(Beifall DIE LINKE)

Die Empörung über die Briefkastenfirmen in Panama und die vermutlichen Steuerhinterziehungen und Geldwäschen ist berechtigt. Mit einem solchen Zustand dürfen wir uns nicht abfinden. Das gilt übrigens, meine Damen und Herren, nicht nur für Panama, sondern beispielsweise auch für Plätze wie Andorra, Antigua und Barbuda, Aruba, die Bahamas, Bahrain, Barbados, Belize, Bermuda, die britischen Jungferninseln und die Cookinseln. Das waren elf Plätze mit den Buchstaben von A bis C. Ich könnte Ihnen eine Liste mit über 50 hier vortragen. Dafür reicht die Zeit nicht und es macht die Sache auch nicht besser. Aber meine Damen und Herren, zu den Ländern, die man hier nennen könnte, gehört eben auch Deutschland.

Meine Damen und Herren, meine Partei kennen Sie beim Thema „Steuerpolitik“ vor allem durch die Forderung der Wiederinbetriebnahme der Vermögenssteuer. Die Linke hat aber auch konkrete Vorschläge für die Bekämpfung von Steuerbetrug. Das wären zum Beispiel: mehr Personal für den Steuervollzug und die Steuerfahndung,

(Beifall DIE LINKE)

eine stärkere Regulierung der Banken als Unterstützer von Steuerhinterziehung und wirksame Sanktionen, ein automatischer Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten als verbindlicher Standard für deutsche Steuerabkommen, die Abschaffung der Abgeltungssteuer, eine Quellenbesteuerung für alle ins Ausland abfließenden Zahlungen von Unternehmen und eine Beschränkung des Steuerabzugs bei in ein Niedrigsteuerland abfließenden Aufwendungen, wenn sie beispielsweise an die Diskussion um große und international agierende Unternehmen wie Google, Apple und Starbucks denken.

Meine Damen und Herren, wie Sie sehen, gibt es viel zu tun. Lassen Sie uns den Panamahut zum Anlass nehmen und endlich den unsozialen und unmoralischen Sumpf trockenlegen. Denn die Kehrseiten, meine Damen und Herren, sollten wir immer alle bedenken: eine weltweit zunehmende ungleiche Vermögensverteilung, eine steigende Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland und weltweit und hoch verschuldete öffentliche Haushalte.

Meine Damen und Herren, der Worte sind genug gewechselt, jetzt wollen wir endlich Taten sehen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Huster. Und nun reitet die Finanzministerin zum Pult. Frau Ministerin, Sie haben

das Wort. – Ja, der Herr Kollege Kowalleck hat das so angekündigt.

Taubert, Finanzministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten, mit dem vormaligen CDU-Finanzminister sind auch die Pferde irgendwo in Sachsen abgestellt, Herr Kowalleck. Ich kann da leider kein Dienstpferd erreichen.

Präsident Carius:

Nicht durchgegangen, hoffentlich!

(Heiterkeit CDU)

Taubert, Finanzministerin:

Nein, das hoffe ich auch nicht. Also zumindest die Pferdewirtschaft schätzt das ja.

Sehr geehrte Damen und Herren, kommen wir wieder zu diesem ernsten Thema „Panama Papers“. Die Enthüllungen haben uns vor Augen geführt, wie einfach es noch immer ist, sich durch legale wie illegale Steuergestaltung seiner steuerlichen Verantwortung zu entziehen. Die Hauptursachen liegen zum einen darin, dass es immer noch zu viele Länder weltweit gibt, die eine Niedersteuerepolitik betreiben und sich vollständig oder teilweise dem steuerlichen Informationsaustausch mit anderen Ländern verschließen. Zum Zweiten liegt es wohl auch darin, dass es auch bei uns in Deutschland Finanzinstitute gibt – das ist erwähnt worden –, die Beihilfe bei der Steuerhinterziehung leisten und Modelle der aggressiven Steuergestaltung aktiv unterstützen. Ein dritter Punkt ist wohl, dass es Rechtskonstruktionen wie Briefkastenfirmen gibt, die die Inhaberschaft von Vermögenswerten verschleiern. Da, Herr Kießling, muss ich auch sagen – Sie haben ja versucht, den Eindruck zu erwecken, die Sozis sind ganz schlimme Finger –: Wenn die Sozis eine Briefkastenfirma hätten, woher wüssten Sie das denn?

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Aus dem Register in Hongkong!)

Ja, sehen Sie, weil es im Register steht, ist es öffentlich und dann ist es eben nicht der Zweck einer Briefkastenfirma. Ich will Sie da gern belehren.

(Beifall SPD)

Die Briefkastenfirma will ja gerade den Eigentümer verschleiern. Das heißt, es ist mindestens ein falscher Vergleich, den Sie da führen. Und ich sage mal, ich könnte jetzt auch schlecht sein und könnte der AfD vorwerfen: Was haben Sie denn da mit Ihren Goldverkäufen in Deutschland gemacht?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ministerin Taubert)

Insofern stellen Sie es bitte richtig dar und erwecken Sie nicht den Eindruck, als ob die Sozialdemokraten Steuern hinterziehen wollen.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es ist nicht alles Gold, was glänzt!)

Meine Damen und Herren, mit diesen Steuerausfällen ist verbunden, dass die deutschen Bundesländer, die Bundesrepublik Deutschland eben nicht Steuergerechtigkeit erfährt, sondern dass gegen diese Steuergerechtigkeit verstoßen wird. Und es ist – auch das will ich deutlich sagen – ein Schlag ins Gesicht eines jeden ehrlichen Steuerzahlers. Ich verstehe es also als klaren Handlungsauftrag, diesen kriminellen Machenschaften endlich einen Riegel vorzuschieben. Daher habe ich mich zusammen mit meinen Kollegen aus den anderen Bundesländern, nämlich aus Niedersachsen, aus Berlin, Bremen und Hamburg, entschlossen, zur Plenarsitzung des Bundesrats am Freitag, also übermorgen, einen Entschließungsantrag zu den Panama Papers zu stellen.

(Beifall SPD)

Dieser Auftrag, der auch der Beschlusslage in der Finanzministerkonferenz entspricht, ist quasi das Drehbuch für die dringendsten und notwendigsten Maßnahmen, die umgehend ergriffen werden müssen. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, sich für mehr Transparenz und Informationsaustausch bei finanziellen Auslandsbeziehungen einzusetzen. Außerdem, meine Damen und Herren, bin ich der festen Überzeugung, dass wir Regelungen im Kreditwesengesetz brauchen, die die Bestrafung und aufsichtliche Ahndung von Banken ermöglichen, wenn diese nachweisbar systematisch Beihilfe zur Steuerhinterziehung betreiben. Letzte und schwerste Maßnahme wäre die Entziehung der Lizenz für Bankgeschäfte.

Auch der Bundesrat, meine Damen und Herren, ist dazu tätig geworden. Wir hatten eine Initiative des niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil im Jahr 2013 und dazu auch einen Vorschlag vorgelegt, waren also nicht untätig, sondern haben etwas getan. Ich muss der Union allerdings sagen: Bisher haben Sie das nicht mit umsetzen wollen. Es wäre wünschenswert, wenn wir an der Stelle anlässlich dieser Enthüllung dazu kämen, auch gesetzlich tätig zu werden. Denn eins ist richtig: Mit Steuerhinterziehung, mit Steuerhinterziehern und mit den Handlangern muss endlich Schluss sein – keine Schonfrist für diese Menschen, denn sie schaden der Allgemeinheit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch Steuerpflichtige mit Auslandsvermögen in sogenannten Steueroasen müssen zu einer stärkeren Mitwirkung im Besteuerungsverfahren verpflichtet werden, indem

ihre Darlegungs- und Anzeigepflichten erweitert werden und ihnen bei Verstößen empfindliche Sanktionen drohen. Zudem bedarf es einer besonderen Anzeigepflicht für Finanzdienstleister, die Geschäftsbeziehungen in Staaten, die im Ruch einer Steueroase stehen, vermitteln. Die Oasen müssen trockengelegt werden – Sie wissen, was eine Oase ist? Da gibt es Wasser und deshalb müssen sie trockengelegt werden.

Für mich, meine Damen und Herren, bleibt klar: Nicht nur international und auf europäischer Ebene muss Deutschland den Kampf gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche forcieren. Auch national gilt es, entschlossen zu handeln, um diesen globalen Steuerbetrug wirksam einzudämmen. Auch die SPD-Bundestagsfraktion hat unter Verantwortung von Carsten Schneider dankenswerterweise ein umfangreiches 20-Punkte-Programm vorgelegt, das nationale, europäische und internationale Maßnahmen enthält. Ich kann hier nur einzelne aufzählen, zum Beispiel das verpflichtende Unternehmensregister oder das weltweite Verbot von Briefkastenfirmen und -stiftungen, deren wirtschaftlich Berechtigte anonym bleiben.

Darüber hinaus muss der Kampf gegen Geldwäsche intensiviert werden. Länder, die Geldwäsche weiter tolerieren, müssen von der Staatengemeinschaft geächtet werden.

(Beifall SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, bereits der 10-Punkte-Plan des Bundesfinanzministers war ein Schritt in die richtige Richtung. Wenn Herr Schäuble sagt, wir brauchen weltweit völlige Transparenz, so hat er völlig recht. Ich hoffe, dass er bei dieser Ansicht bleibt und nicht zurückrudert oder zurückrudern muss. Auch da wissen Sie, dass es immer wieder Menschen gibt, die diese Entscheidung zu beeinflussen suchen. Transparenz gegenüber den zuständigen Behörden und Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit brauchen wir jetzt dringend.

Schließlich möchte ich an dieser Stelle nochmals einen Appell auch an die Medien richten, die ihnen vorliegenden Informationen über steuerliche Auslandsverhältnisse den zuständigen Behörden zur Verfügung zu stellen. Und eines möchte ich auch an dieser Stelle klarstellen: Ein Steuerhinterzieher, dessen Name durch die jetzigen Veröffentlichungen bekannt wird, hat in Deutschland die Möglichkeit einer strafbefreienden Selbstanzeige verspielt.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Menschen in unserem Land müssen das Gefühl haben, dass niemand an den für alle geltenden Bestimmungen des Steuerrechts vorbei betrügen kann. Vor allem Vermögende wären nicht diejenigen, die die Lasten zu tragen haben, sondern die, die für den Betrug weder genügend Geld noch ausreichende kriminelle Energie haben. Schon das allein ist eine Frage der

(Ministerin Taubert)

Gerechtigkeit. Auch wenn gerade in den letzten Jahren Steuerflucht und Steuerhinterziehung – auch das will ich mal positiv sagen – so stark bekämpft werden konnten wie in den Jahrzehnten davor nicht, zeigen die Panama Papers doch, dass wir immer noch sehr viel zu tun haben. Es bedarf einer gemeinsamen Kraftanstrengung in unser aller Interesse, im Interesse der Menschen im Land, aber auch im Interesse der Steuergerechtigkeit. Ich will zumindest für Thüringen sagen, dass wir keine Kenntnis haben, dass wir weder aus Politik, aus Wirtschaft, aus Sport, wie das beschrieben wurde, Menschen aus Thüringen haben, die in diesen Panama Papers stehen. Sicher sind wir im Bundesdurchschnitt vielleicht kleinere Lichter, aber das ist ja völlig egal. Wenn es um Steuerhinterziehung geht, ist es völlig egal, ob das ein Prominenter oder ein weniger Prominenter ist. Vielleicht haben wir doch in Thüringen die ehrlichen Menschen. Das lässt uns doch hoffen. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Frau Finanzministerin Taubert. Weitere Wortmeldungen habe ich nicht, sodass ich diesen Teil der Aktuellen Stunde schließe und den **vierten Teil** eröffne

d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Landesgesundheitskonferenz – Stärkung der Prävention und Weiterentwicklung des Gesundheitszieleprozesses in Thüringen“

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
- Drucksache 6/2028 -

Das Wort erhält Abgeordneter Kubitzki für die Fraktion Die Linke.

Abgeordneter Kubitzki, DIE LINKE:

Herr Präsident, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, am 07.04. berief die Sozialministerin die Mitglieder der ständigen Gesundheitskonferenz in Thüringen. Mitglieder dieser Gesundheitskonferenz sind Akteure aus dem Bereich des Gesundheitswesens, der Kommunen, Gewerkschafter, Vertreter der Wirtschaft, Vertreter von Ärzteorganisationen, Wissenschaftler und selbstverständlich auch Vertreter der Krankenkassen. Diese Gesundheitskonferenz ist für Thüringen etwas Neues, was es bisher noch nicht gab. Wenn dort auch das Wort „Konferenz“ drinsteckt, bei dem der eine oder andere denken könnte, dass es ein Debattierklub ist und wir wieder einmal ein Gremium haben, was berät oder sich zusammensetzt und das war es, ist diese

Gesundheitskonferenz aus meiner Sicht eine Institution, die die Entwicklung des Gesundheitswesens in diesem Land maßgeblich beeinflussen wird, weil nämlich ihre erste Aufgabe die Aktivierung des Gesundheitszieleprozesses für Thüringen ist.

Der Staat hat die Aufgabe, für die Gesundheit seiner Bürger verantwortlich zu sein, ohne dabei natürlich die Selbstverantwortung jedes Einzelnen auszuklammern. Und er hat die Aufgabe, für seine Politik, für seine Gesundheitspolitik Ziele vorzugeben. Wenn ich Herrn Zippel vorhin schon gehört habe, dass er sich heute natürlich auch kritisch zu der Gesundheitskonferenz äußern will, so ist das natürlich sein gutes Recht. Aber so etwas hatten wir noch nicht. Wir hatten über viele Legislaturen in Thüringen einen Gesundheitszieleprozess. Aber ich muss sagen, außer dass es dort zwölf Arbeitsgruppen gab, kann ich nicht viel berichten und weiß ich nicht viel. Was wurde in diesen Arbeitsgruppen getan? Viele Arbeitsgruppen haben fleißig gearbeitet, haben aber für sich gearbeitet, wenig untereinander kommuniziert. Es war für uns als Vertreter der Politik intransparent, weil sie vonseiten der Landesregierung, vonseiten des Ministeriums – möchte ich behaupten – wenig geführt wurden. Das soll sich mit der Gesundheitskonferenz ändern.

Die Gesundheitskonferenz hat sich, muss ich sagen, Ziele gesetzt, einen zeitlichen Ablaufplan gegeben, der viel Arbeit verlangt. Ich bin gespannt, ob das geschafft wird. Aber ich bin überzeugt davon, dass die das schaffen, weil nämlich alle Vertreter, die dort berufen wurden, bei einer Veranstaltung zum Ausdruck gebracht haben, dass sie ihre Tätigkeit mit einer hohen Motivation aufgenommen haben. So sollen die jetzigen Arbeitsgruppen, die in dem Gesundheitszieleprozess involviert waren, bis zum Monat August ihre bisherige Arbeit evaluieren und an die Gesundheitskonferenz Vorschläge machen, wie die vorgegebenen Gesundheitsziele weiterentwickelt werden können, welche vielleicht schon abgearbeitet sind oder wo wir neue Gesundheitsziele brauchen. In dem bisherigen Gesundheitszieleprozess war zum Beispiel ein Bereich überhaupt nicht beachtet, der aber zunehmende Bedeutung bekommt, nämlich der Bereich „Arbeit und Gesundheit“. Es gibt genug statistische Berichte, wo gerade solche Krankheiten, psychische Belastung, psychische Erkrankungen auf den Arbeitsprozess zurückzuführen sind. Aufgabe der Gesundheitskonferenz ist es, Empfehlungen an die Politik zu geben, damit wir dann als Politik entsprechend die Gesundheitsziele umsetzen können. Verbunden ist die Gesundheitskonferenz mit dem Präventionsgesetz, was uns die Möglichkeit gibt, eben diese Gesundheitskonferenz zu berufen und das Präventionsgesetz mit umzusetzen.

Einen letzten Punkt möchte ich dazu noch sagen: Die Gesundheitskonferenz und der Gesundheitszieleprozess sind ein ressortübergreifender Prozess,

(Abg. Kubitzki)

der nicht bloß in der Hand des Sozialministeriums liegen darf. Gesundheitserziehung muss zum Beispiel schon in der frühkindlichen Bildung beginnen und im Kindergarten, in der Schule fortgesetzt werden. Ich möchte hier dem Hohen Haus die Empfehlung geben, dass sich zum Beispiel der Bereich Bildung, der Bildungsausschuss, mit der Gesundheitskonferenz auseinandersetzt und sich in den Gesundheitszieleprozess einbindet. Ich bin überzeugt davon, dass die Gesundheitskonferenz ihre Aufgaben erfüllen und dass sie für die Bundesrepublik von großer Bedeutung sein wird und Modellvorhaben ist. Danke.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Kubitzki. Für die Fraktion der AfD hat sich Abgeordnete Herold zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Herold, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, liebe Besucher auf der Tribüne und Zuhörer im Internet! Schon der Titel der Debatte mit dem unverständlichen Begriff des Gesundheitszieleprozesses zeigt deutlich, dass es zu diesem Thema nichts Aktuelles zu debattieren gibt. Es muss kritisch angemerkt werden, dass die Landesgesundheitskonferenz ein Papiertiger ist. Die Ergebnisse der vorangegangenen Konferenz vor knapp zwei Wochen bringen niemanden weiter. Rahmenvereinbarungen werden abgeschlossen und man spricht jetzt von Ganzheitlichkeit und Verbindlichkeit. Arbeitsgruppen, die es schon lange gibt, sollen weiterhin tagen. Man darf gespannt sein, welche Alibiveranstaltung beim nächsten Treffen organisiert wird.

Wenn Sie sich dem Ziel verschreiben, die vielen Faktoren zu verbessern, die auf die Gesundheit der Menschen Einfluss nehmen, dann sollten Sie einfach handeln. Erst vor zwei Tagen wurde erneut dargelegt, dass Übergewicht bereits ein Problem der Jüngsten ist. Im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung zeigte sich, dass jedes zehnte Kind übergewichtig ist. Hier eröffnet sich ein Handlungsfeld für die Politik, Forschungsansätze intensiv zu unterstützen, die sich einer vertieften Ursachenforschung zuwenden und deren Ergebnisse weit über das übliche „Iss Obst und beweg dich“ hinausgehen. Sie können sich fürs Erste auch für eine gesunde Ernährung der Schulkinder starkmachen. Sie können gleich übermorgen damit anfangen, indem Sie unserem Antrag zur gesunden Schulspeisung zustimmen. Gesunde Ernährung aus regionaler Erzeugung ist der Schritt hin zu mehr Gesundheit für unsere Kinder. Die Eltern wissen, wie es um das Essen in den Schulen bestellt ist und dass zu viel

an kohlenhydrathaltigen Speisen wie Nudeln auf Dauer dick machen. Wenn Sie zeigen wollen, dass Sie es ernst meinen, haben Sie noch in diesem Plenum Gelegenheit, unserem Antrag zur gesunden Schulspeisung zuzustimmen.

Sport und Bewegung sind die Grundpfeiler eines gesunden Lebens. Sport sorgt nicht nur für einen gesünderen Körper, sinnvolle Freizeitgestaltung, Engagement in den Vereinen und Erfolge in der Gruppe stärken zugleich den sozialen Zusammenhalt und das Gemeinschaftsgefühl. Kommunikation und positive soziale Beziehungen sind für die Gesundheit der Menschen ein unerlässlicher Bestandteil. Auch da haben wir Ihnen schon Gelegenheit gegeben, zu beweisen, wie ernst Sie es mit Ihren Worten meinen. Sporthallen und Sportvereine sind die Grundlage für dieses soziale Engagement. Mit unseren Anträgen zur Nutzung der Schulsporthallen und zur Förderung des Integrationserfolgs durch Sport haben wir einen zielführenden Ansatz für die Stärkung der Gesundheit entwickelt. Es hätte Ihnen freigestanden, das zu unterstützen. Eine Mutter, deren Kind mehrmalige deutsche Meisterin in einer Kampfkunst ist, erzählte mir neulich, dass die Stadt Erfurt die bisher übliche, jährlich überreichte Anerkennungsprämie über 25 Euro für den ersten Platz seit diesem Jahr gestrichen hat. Stattdessen werden im Rahmen der Landesgesundheitskonferenz Rahmenvereinbarungen unterschrieben und Absichtserklärungen abgegeben.

Doch die Gesundheit wird nicht verbessert, wenn man nur endlos darüber spricht oder Dinge für weit in der Zukunft verspricht, sondern nur, wenn auch gehandelt wird. Dazu gehört auch, die Zahngesundheit der in Thüringen lebenden Kinder zu stärken. Wir hatten in den Haushaltsverhandlungen im Gegensatz zur CDU entsprechende Anträge eingebracht, die aber im Hohen Haus abgelehnt worden sind. Die Gesundheit der Menschen wird nicht durch Absichtserklärungen gestärkt, sondern nur durch konkrete Maßnahmen. Eine dieser Maßnahmen, das möchte hier noch einmal betonen, könnten wir hier in diesem Plenum beschließen. Danke schön.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich Abgeordnete Pfefferlein zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Pfefferlein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste, ich danke der Fraktion Die Linke für diese Aktuelle Stunde. Das Thema „Landesgesundheitskonferenz – Stärkung der Prävention und Weiterentwicklung des

(Abg. Pfefferlein)

Gesundheitszieleprozesses in Thüringen“ beschäftigt uns Grüne schon lange. Auch hier möchte ich noch einmal auf den Koalitionsvertrag verweisen, in welchem wir schon vor eineinhalb Jahren verankert haben, dass die Prävention an sich gestärkt werden soll und dass der Gesundheitszieleprozess evaluiert und weiterentwickelt werden soll. Das hört sich zwar erst einmal an wie ein Satz, den man einfach mal so dahinschreibt, damit man etwas zum Thema „Gesundheit“ stehen hat. Aber es war uns damals schon sehr ernst und ich bin froh, dass es jetzt konkret wird.

Mit dem Präventionsgesetz auf Bundesebene wurde eine erste gesetzliche Basis für neue Präventionsaufgaben geschaffen. In anderen Bundesländern gibt es sehr gute Erfahrungen mit diesem Format der Landesgesundheitskonferenz. Jetzt sind wir auch in Thüringen so weit und ich will mich hier ausdrücklich bei Frau Ministerin Werner und bei Frau Staatssekretärin Feierabend bedanken, die mit ihrem Team versuchen, mit allen Akteuren die Landesgesundheitskonferenz auf stabile Füße zu stellen und nachhaltig nach wissenschaftlichen Standards, aber auch nach regionalen Thüringer Gegebenheiten diese große Aufgabe anzugehen – ja, ich möchte hier ausdrücklich von einer großen Aufgabe sprechen.

„Prävention ausbauen, weiterentwickeln und stärken“ hört sich immer so einfach an. Aber wie wollen wir dieses Ziel in Thüringen konkret umsetzen? Für uns Grüne liegen die Ziele als Allererstes in der Überprüfung des derzeitigen Systems, in der Evaluation der bestehenden Arbeitsgruppen, Unterarbeitsgruppen und Netzwerke, die in den letzten 25 Jahren bestimmend und inhaltsgebend waren. Das ist nicht nur wichtig, weil die Wissenschaft sagt, dass man das mit einem System ab und zu machen sollte, sondern weil wir in Thüringen ernsthaft über eine Verbesserung der Präventionsangebote für alle Altersgruppen und alle Regionen nachdenken müssen. Nicht alle Bereiche sind als optimal zu bezeichnen und ich will hier nur die Fakten nennen, die sich immer wieder sowohl in Studien als auch in der Presse wiederfinden. Erstens: Die Anzahl übergewichtiger Kinder und Jugendlicher sowie Kinder bei der Einschulung nimmt in Thüringen zu. Zweitens: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Gesundheitsdienst sind immer schwerer zu finden. Drittens: Präventionsangebote für Menschen mit Behinderung stecken noch in den Kinderschuhen. Das sind nur drei Beispiele. Ich bin sehr gespannt auf die Wirksamkeit der neuen Struktur, ich bin gespannt auf die Rückmeldungen der Mitglieder der Landesgesundheitskonferenz und ich bin gespannt auf die Ergebnisse der Evaluation.

Die drei Bereiche, auf die ich jetzt den Fokus gelegt habe, halten wir Grüne für eine gute Kategorisierung, weil sie direkt in den Lebenswelten der Men-

schen wirken, die in Thüringen leben. Ich will sie hier nur kurz nennen: a) gesund aufwachsen, b) gesund leben und arbeiten sowie c) gesund im Alter. Notwendig ist aus unserer Sicht ein Präventionsansatz, der wirklich dazu beiträgt, die sozial bedingte Ungleichheit von Gesundheitschancen zu verringern. Wir Grünen setzen bei der Ausrichtung der Prävention und Gesundheitsförderung auf Gerechtigkeit, Alltagsweltbezug, Partizipation und Langfristigkeit. Wir wollen allen Menschen ermöglichen, ein gesundes Leben zu führen. Prävention und Gesundheitsförderung müssen in allen Bereichen des Gesundheitssystems, zum Beispiel in Krankenhäusern und medizinischen Versorgungszentren, stärker verankert werden. Schließlich muss der Präventionsgedanke auch in anderen Politikfeldern wie in der Bildungs-, Verkehrs- oder Umweltpolitik eine größere Rolle spielen. Dafür werden wir uns starkmachen. Was wir brauchen, sind langfristige, ja, nachhaltige Maßnahmen, die den ganz normalen Alltag in Kita, Schule, Unternehmen, Senioreneinrichtungen oder Stadtteilen gesünder machen und die gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet und realisiert werden.

Wenn Prävention aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein soll, dann müssen wir jetzt mit aktiven Akteuren in der Landesgesundheitskonferenz auf Verbindlichkeit in ihrem Agieren achten. Das gibt Vertrauen in Strukturen und Ziele und schafft auch Transparenz.

Neben der neuen Struktur werben wir stark dafür, dass die Kommunen als wichtige Akteure einbezogen werden. Die Kommunen gestalten die Daseinsvorsorge und die Alltagswelten. Am stärksten verwurzelt sind die Menschen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld – in der Stadt, der Kommune, dem Stadtteil. In den Kommunen laufen die Fäden zusammen. Deshalb wollen wir, dass dort, wo die Menschen zusammenkommen und die meiste Zeit ihres Lebens verbringen, gesundheitsförderliche Angebote zusammengeführt werden. Zusammenarbeit ist das Zauberwort für eine erfolgreiche Gesundheitsversorgung vor Ort. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion der CDU hat Herr Abgeordneter Zippel das Wort.

Abgeordneter Zippel, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei allem, was ich jetzt hier so gehört habe, denke ich, sind wir uns an einer Stelle auf jeden Fall einig: Die Gesundheit der Bevölkerung und eine gelingende Prävention liegt uns allen am Herzen; da habe ich keine Widersprüche

(Abg. Zippel)

gehört. Wo ich jetzt allerdings wahrscheinlich einige Sachen anders formulieren würde als Sie, ist bei dem Weg dorthin. Denn dort sind wir sicherlich etwas anderer Meinung, aber das ist ja auch nicht ganz verwunderlich. Was ich aber auch nicht ganz verstehe, ist der Grund der Aktuellen Stunde; das müssten Sie bei Gelegenheit vielleicht noch mal ganz in Ruhe erklären. Die Landesgesundheitskonferenz wurde zwar gegründet und es fand eine erste Veranstaltung statt, aber es ist schlichtweg noch nichts passiert. Und ich habe heute an Ihren Ausführungen, Herr Kubitzki, auch noch nicht gehört, was jetzt die Aktuelle Stunde gerechtfertigt hat. Es ist alles interessant und es sind alle Ziele usw. – aber gut, ich rede gern noch mal darüber, da kann ich auch meine Kritik an dem gesamten Prozess noch mal loswerden.

Ich verstehe, dass Sie sagen, Sie haben mit bestimmten Aspekten des Gesundheitszieleprozesses so Ihre Probleme und dass man über bestimmte Dinge reden könnte und dass da auch strukturell vielleicht noch einiges nicht ganz zufriedenstellend war. Was ich allerdings nicht verstehe, ist, warum der Gesundheitszieleprozess nicht erst mal in Ruhe evaluiert und gegebenenfalls angepasst wurde, sondern warum hier gleich mit der Axt reingegangen und ein neues Format gefunden wird. Wenn ich ehrlich bin, weiß ich natürlich, warum das so ist: Es ist natürlich ein politisches Ziel von Ihnen, es ist ein Ziel der Regierung. Aber rein inhaltlich kann ich das nicht nachvollziehen.

Ich will vielleicht mal an drei Dingen festmachen, warum wir als CDU-Fraktion ein Problem mit der Landesgesundheitskonferenz haben. Zum einen muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, empfinde ich sie aktuell noch als ein überflüssiges Konstrukt. Ich bin der Meinung – und das haben wir auch in der Debatte, auch im Ausschuss schon mehrmals gesagt –, dass ein koordinierter Austausch im Rahmen kleiner effektiver Runden im Ministerium besser wäre als eine Art Vollversammlung mit sage und schreibe 64 stimmberechtigten Mitgliedern. An der Stelle nur mal angemerkt: Das sind 13 mehr als der gesamte Landtag des Saarlands hat. Sie haben selber das Wort „Debattierklub“ in den Mund genommen. Sie denken, es wird kein Debattierklub – ich habe die Sorge, es wird einer. In der Gesamtanlage dieser Landesgesundheitskonferenz ruht tatsächlich die Gefahr, dass es sich doch dahin entwickelt. Ich will aber auch ehrlich sein, ich verbinde auch eine Hoffnung damit, und zwar die Idee der Arbeitsgruppen, die ein bisschen in diese Richtung geht, dass ich sage: Kleine Gruppierungen, in denen man effektiv arbeitet, könnten eventuell der bessere Weg sein. Ich bin gespannt, wie in diesen Arbeitsgruppen gearbeitet wird. Was ich bisher höre, stimmt mich noch nicht wirklich hoffnungsfroh, aber die CDU-Fraktion wird das hier zumindest

demnächst positiv begleiten, bis die ersten Ergebnisse vorliegen.

Der zweite Punkt, mit dem ich etwas Schwierigkeiten habe, ist auch eine Grundintention der Landesgesundheitskonferenz. Und zwar hat man den Eindruck, dass die Landesregierung sich ein Stück weit aus der Pflicht stiehlt, selbst zu gestalten, und dass die großen Verantwortungen auf die Landesgesundheitskonferenz abgewiegelt werden und gesagt wird: Ja, wir kriegen dort die Initiativen heraus. Ich erwarte aber von der Landesregierung, dass sie von sich heraus eigene Impulse setzt, dass sie sagt: Das ist unsere Zielsetzung, und nicht sagt: Wir warten drauf, dass uns Dinge zugearbeitet werden.

(Beifall CDU)

Und ein dritter Punkt, den es auch noch anzusprechen gilt, ist die Zielsetzung, dass die Gesundheitskonferenz für Anregungen der Bürgerinnen und Bürger geöffnet werden soll. Ein hehres Ziel; hört sich sehr gut an, aber ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: So verstehe ich Politik grundsätzlich. Dafür brauchen wir keine Landesgesundheitskonferenz. Dafür brauchen wir einfach gute Politiker vor Ort, die gut vernetzt sind und die die Sorgen ihrer Bürgerinnen und Bürger mitnehmen und dann in den politischen Prozess einfließen lassen, und nicht so ein überflüssiges Konstrukt.

(Beifall CDU)

Im Rahmen der Auftaktveranstaltung wurde auch eine Landesrahmenvereinbarung zur Umsetzung des Präventionsgesetzes des Bundes unterzeichnet. Ich will Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich habe hier ein bisschen das Gefühl, dass es zu einer Vermischung der Landesgesundheitskonferenz mit dem Präventionsgesetz kommt. Das hat nichts miteinander zu tun! Das macht den Anschein, als wenn hier krampfhaft nach einer Aufgabe für die Landesgesundheitskonferenz gesucht und gefunden wurde. Das Steuerungsgremium der Landesrahmenvereinbarung, was hier drangehängt wird, ist an der Stelle etwas künstlich drangehängt – so ehrlich will ich sein.

Es wurde gesagt, in den anderen Bundesländern wäre das ein großer Erfolg. Ich will nur kurz sagen, dass ich das nicht so einschätze. In NRW wurde seit 1996 viel Papier produziert; die Entschlüsse umfassen bis zu 80 Seiten. Trotzdem bleibt da Vieles im Ungefähren. In Baden-Württemberg hat die Landesgesundheitskonferenz verschiedene Pläne der Landesregierung zur Kenntnis genommen; es wurden Arbeitsgruppen eingesetzt. In Sachsen-Anhalt hat die Landesgesundheitskonferenz eher den Charakter einer klassischen Konferenz mit dem Schwerpunkt auf Berichterstattung zum Status quo. So viel zum Erfolg anderer Konferenzen.

(Abg. Zippel)

Herr Kubitzki, ein abschließender Satz noch: In der Anhörung zum Hospiz- und Palliativgesetz haben Sie im Ausschuss gesagt, dass Sie mit zusätzlichen und überflüssigen Strukturen Ihre Probleme haben. Ich sage an dieser Stelle: Zur Landesgesundheitskonferenz wären die Bedenken, die Sie dort geäußert haben, eher angebracht gewesen als zum Beispiel im Rahmen des Runden Tisches „Palliativ- und Hospizarbeit“. Wenn Sie das Argument anbringen, dann bitte an beiden Stellen. Die CDU-Fraktion wird diese Landesgesundheitskonferenz kritisch begleiten. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Jung:

Als nächste Rednerin hat Abgeordnete Pelke, Fraktion der SPD, das Wort.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Zippel, ich finde es sehr schön, dass wir heute an dieser Stelle kontinuierlich ins Gespräch kommen. Jetzt haben Sie gesagt, dass wir uns einig sind in der Frage von Prävention und allem, was damit verbunden ist, einfach um dafür Sorge zu tragen, dass die Menschen bis ins hohe Alter auch gesund bleiben können. Da sind wir uns alle einig. Wenn das schon mal ein Punkt ist, dann können wir den zunächst mal festhalten.

Was ich jetzt aber nicht verstehe, ist, dass Sie sagen, dass eine Landesgesundheitskonferenz, die aus 64 Institutionen besteht, die sich nun gegründet hat – wir waren ja alle bei der Gründungsveranstaltung dabei –, zu einem Debattierklub verkommen könnte. Das kann ich jetzt nicht ganz nachvollziehen. Sie sind sonst immer diejenigen, die sagen, wir brauchen Bürgerbeteiligung, wir wollen die Bürger mitnehmen, wir wollen in großen Runden sprechen, wir wollen auch gucken, dass man vernetzt ist und dass man sich austauschen kann. Jetzt tun wir das an dieser Stelle, bilden ein großes Netzwerk, haben die Akteure zusammen, nennen das Ganze Landesgesundheitskonferenz wie andere Länder auch und jetzt ist es Ihnen auch wieder nicht recht.

(Beifall SPD)

Irgendwie kann man es Ihnen heute überhaupt nicht recht machen. Aber das schadet nichts, das können Sie dann auch weiter mit begleiten.

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: Was sagt uns das?)

Wenn Sie schon sagen, warum eine Aktuelle Stunde und es ist ja noch gar nichts passiert: Es war jetzt die Gründungsveranstaltung und es ist noch mal deutlich gemacht worden, in welche Richtung es gehen soll. Ich komme gleich noch auf den

einen oder anderen Punkt. Begleiten Sie doch zumindest zunächst wohlwollend den Prozess und dann können wir ja bei nächster Gelegenheit immer noch mal darüber sprechen!

Aus Sicht der SPD-Fraktion kann ich sagen, Frau Ministerin, die Veranstaltung war vom gesamten Ablauf gelungen. Man hat auch das Gefühl gehabt, dass sich die Akteure – zumindest die, die man kennt; man kennt schon viele, aber nicht alle – auf diesen Diskussionsprozess freuen und man auch überlegt, wie man ihn denn strukturieren kann. Es ist auch nicht immer die Frage, wieso denn das Ministerium oder die Politik oder wer auch immer die Dinge vorgeben muss. Nein, wieso sollen denn nicht Akteure gemeinsam an einem Tisch zusammensitzen und sich über Initiativen austauschen und möglicherweise neue Initiativen diskutieren und dann neue Initiativen an das Ministerium weitergeben, damit diese umgesetzt werden? Ich halte das für einen ganz wesentlichen Aspekt. Sie selber und viele Vorredner haben schon gesagt, dass das mit dem demografischen Wandel zu tun hat. Die Menschen werden älter, wir haben ganz neue gesundheitspolitische Herausforderungen, Volkskrankheiten nehmen zu – das ist alles angesprochen worden; dem werden Sie sicher auch nicht widersprechen. Veränderungen in der Arbeitswelt, die oftmals mit einem großen Druck verbunden sind, Krankheitserscheinungen wie Burnout und andere, Medikamentenmissbrauch – man könnte da jetzt noch ganz vieles diskutieren – sind die Folge davon, so dass wir an Prävention und Gesundheitsförderung überhaupt nicht vorbeikommen. Wenn man dann sagt, das Gesetz im Bundestag hat damit nichts zu tun: Natürlich, das Gesetz, das 2015 im Bundestag zur Stärkung der Präventions- und Gesundheitsförderung beschlossen worden ist, war ein jahrelanges Anliegen meiner Fraktion und sicherlich auch der anderen Koalitionsfraktionen, und ist natürlich auch eine Grundlage für die verbindliche Zusammenarbeit der Akteure, die jetzt in dieser Landesgesundheitskonferenz zusammengefasst werden. Es geht jetzt darum, dass man auf diesem Gesundheitszieleprozess aufbauen kann, dass wir alles gemeinsam weiterentwickeln können. Es ist natürlich auch ein ganz wichtiger Aspekt, dass wir die Maßnahmen relativ schnell definieren, weil – das hat Kollegin Pfefferlein auch schon angesprochen – es im Wesentlichen auch um die Verknüpfung in Richtung Kommunen geht, weil in der Kommune natürlich die Menschen zu Hause sind, wir das Bedingungsgefüge vor Ort brauchen, und wir auch sehen müssen, wie wir diesen Spagat zwischen der Landesebene hinunter auf die Kommunen schaffen können, damit eine vernünftige Gesundheitsprävention insgesamt gelingen kann.

Wir jedenfalls wünschen den Akteuren bei der Arbeit im Rahmen der Landesgesundheitskonferenz viel Erfolg. Ich glaube, dass wir mit dem, was bei

(Abg. Pelke)

der Gründung in einer aus meiner Sicht guten Veranstaltung passiert ist, auf dem richtigen Weg sind. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Werner das Wort.

Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, vor knapp zwei Wochen, also am 7. April 2016, wurde in Thüringen die erste Landesgesundheitskonferenz konstituiert. Sie agiert zukünftig als institutionalisiertes Beschlussgremium für Gesundheitsziele und gesundheitspolitische Empfehlungen in Thüringen. 60 Mitglieder, unter anderem aus den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege, von Sozialversicherungsträgern, aus dem Bereich der Selbsthilfe sowie aus Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge, der Wissenschaften, des Patientenschutzes, wurden dazu berufen.

Natürlich gab es schon im vergangenen Jahr im Rahmen des Gesundheitszieleprozesses Gespräche; aber es gab auch eine große Unzufriedenheit. In der Landesgesundheitskonferenz wollen wir einen deutlichen Schritt weiter gehen. Die Konferenz soll einen verbindlichen Rahmen schaffen, indem sich die Beteiligten von den Kassen über die Vertreter der Medizin bis zur Politik über die Herausforderungen der Gesundheitsversorgung in Thüringen verständigen und Vereinbarungen über praktische Schritte treffen. In thematischen Arbeitsgruppen wird das Fach- und Erfahrungswissen von Menschen aus unterschiedlichen Bereichen gebündelt, um für aktuelle und zukünftige Herausforderungen, vor denen wir als Bundesland stehen, Lösungen zu finden. Der bisherige Thüringer Gesundheitszieleprozess ist dafür eine Grundlage.

Ich nenne an dieser Stelle nur wenige Beispiele: Wir haben uns über die Prävention und Bewältigung von chronisch-degenerativen Erkrankungen, über Depression und Suchterkrankungen ausgetauscht. Nicht zuletzt haben wir uns über Ziele und Wege der Gesundheitsförderung verständigt. Bei all diesen Fragen wissen wir, der medizinische Fortschritt trägt nicht allein zu mehr Lebensqualität bei Krankheit bei. Gesundheit wird durch eine Vielzahl von Einflussfaktoren bedingt: die Art und Weise, wie wir arbeiten, der Grad unserer Bildung, die Ausgestaltung unseres Zusammenlebens und schließlich das Angebot an sozialer Infrastruktur. Deshalb gilt es, neben den medizinischen Aspekten auch weitere Faktoren in den Blick zu nehmen, die unser

gesundheitliches Wohlbefinden prägen. Darin sehe ich den zweiten Fortschritt der Landesgesundheitskonferenz gegenüber dem Thüringer Gesundheitszieleprozess. Wir werden nicht nur verbindlicher in unserer Kooperation, wir nehmen Gesundheit auch ganzheitlich in den Blick.

Die Landesgesundheitskonferenz wird dazu anstehende Themen aufgreifen und die Entwicklung geeigneter Angebotsstrukturen vorantreiben. Dies gilt sowohl im Versorgungsbereich als auch in den Bereichen „Gesundheitsförderung“ und „Prävention“. Im Kern geht es darum, Lebensbedingungen zu schaffen, die einem Menschen kurz-, mittel- und langfristig größtmögliche Lebensqualität ermöglichen. Das ist eine ganzheitliche Aufgabe. Gesundheit und Lebensqualität umfassen unser körperliches, seelisches und soziales Wohlbefinden. Es geht daher nicht nur um Gesundheitsversorgung im engeren medizinischen Sinn, es geht auch um gesundheitsförderliche Strukturen in Bildung, Wohnen, Arbeit, Mobilität, Familie und Freizeit. Natürlich kostet Strukturentwicklung auch Geld. Wir werden deshalb darauf achten, Angebote so zu entwickeln, dass die Menschen einerseits über lange Jahre einen Nutzen von ihnen haben; andererseits müssen Strukturen auch den sich wandelnden Bedarfen angepasst werden können. Zugespitzt könne das heißen: Die Kindertagesstätte muss so gebaut werden, dass sie 20 Jahre später auch als Senioreneinrichtung nutzbar sein könnte. Auf diese Weise wollen wir die Infrastruktur in Thüringen nachhaltig gestalten.

Die Einrichtung dauerhafter und zugleich flexibler Strukturen ist anspruchsvoll. Es geht nicht, dass die einzelnen Akteure in der Gesundheitspolitik jeder für sich arbeiten. Für die Entwicklung nachhaltiger Strukturen brauchen wir eine verbindliche Kooperation und dazu soll die Gesundheitskonferenz einen entscheidenden Beitrag leisten. Wir wollen allen Menschen in Thüringen die gleichen Chancen auf Gesundheit und Lebensqualität eröffnen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir die Strukturen in Land und Kommunen noch stärker auf die Gesundheitsförderung ausrichten. Weil die Verantwortung für Gesundheit nicht nur bei dem Gesundheitssektor liegt, sind alle gesellschaftlichen Bereiche gefordert, daran mitzuwirken. Deswegen können es nicht nur kleine Arbeitsgruppen in einem Ministerium sein.

Die Basis für dieses ganzheitliche Herangehen bildet eine umfassende Gesundheitsberichterstattung. Wir wollen Gesundheitsprobleme ermitteln, Ziele definieren, Maßnahmen planen und natürlich auch die Wirkung evaluieren. Das wird ein Kreislauf sein. Deshalb ist die Landesgesundheitskonferenz auch keine einmalige Veranstaltung. Sie ist auf Dauer angelegt und das ermöglicht uns, gemeinsam und flexibel auf die sich wandelnden Bedarfe in der Gesundheitsförderung zu reagieren.

(Ministerin Werner)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Landesregierung hat sich verpflichtet, die Arbeit der Landesgesundheitskonferenz mit einer Geschäftsstelle bei der AGETHUR abzusichern, die den Rahmen für die gute Kooperation bildet. Neben der Stärkung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit soll die Landesgesundheitskonferenz natürlich auch die Qualität der angebotenen Programme und Maßnahmen stärken. Wir wollen sicherstellen, dass die Aktivitäten, die im Rahmen einer Gesundheitskonferenz entstehen, die angesprochenen Zielgruppen auch erreichen, dass sie wirksam sind und nachhaltig umgesetzt werden können. Ich kann mir die Landesgesundheitskonferenz also auch als eine Institution vorstellen, die die Akteure bei der Qualitätsentwicklung ihrer Angebote unterstützt und begleitet.

Bedarfsgerechte Angebote der Gesundheitsförderung erfordern natürlich auch Transparenz darüber, welche Akteure welche Angebote vorhalten. Nur so können Doppelstrukturen und Leerstellen vermieden werden. Ich verspreche mir daher von der Landesgesundheitskonferenz, dass alle beteiligten Akteure gemeinsam Wege erarbeiten, um ihre Aktivitäten in allen zu bearbeitenden Themenfeldern aufzubereiten und so darzustellen, dass sie sowohl die Fachöffentlichkeit als auch die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen können. Das ist in meinen Augen der erste notwendige Schritt. Transparenz brauchen wir, um die Bedarfe beschreiben zu können. Es geht darum, das Richtige an den richtigen Stellen zu tun. In einem zweiten Schritt wird Transparenz notwendig, um Angebote miteinander zu verzahnen. Für die Gesundheitsförderung sind insbesondere die Angebote der Kommunen von großer Bedeutung. Die kommunalen Akteure haben ein gutes Bild von dem, was und wie vor Ort etwas getan werden sollte. Gerade von sozialer Benachteiligung betroffene Menschen und gesundheitlich stark belastete Bevölkerungsgruppen lassen sich in der Kommune gut erreichen. Im Rahmen der Gesundheitskonferenz sollen zudem Möglichkeiten der Bürgermitwirkung ausgeweitet werden. Die Bürgerinnen und Bürger wissen oft selbst sehr gut, wie alltägliche Dinge in Beruf, Freizeit und Familie so gestaltet werden können, dass sie der Gesundheit zuträglich sind. Dieses Potenzial wollen wir nicht ungenutzt lassen. Wir setzen auf partizipative Prozesse.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Oh, das ist gut!)

Sehr geehrte Damen und Herren, mit dem Wunsch nach gesundheitlicher Chancengleichheit bin ich bereits dicht an einer zentralen Forderung des im Sommer des vergangenen Jahres – im Übrigen auch von der CDU – verabschiedeten Präventionsgesetzes. Ich freue mich sehr, dass es uns mit der Landesrahmenvereinbarung zur Umsetzung des Präventionsgesetzes des Bundes gelungen ist, die

Landesgesundheitskonferenz bereits im Auftakt mit Leben zu erfüllen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: „Mit Leben zu erfüllen“, auch eine schöne Formulierung!)

Das ist schön, dass Sie mich nachsprechen, aber es ist wirklich nicht nötig, weil es hier laut genug ist.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Herr Mohring, die Ministerin hat das Wort. Ich bitte Sie wirklich!

Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie:

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das sind alles nur Phrasen!)

Die Umsetzung des Präventionsgesetzes finden Sie als eine Phrase, ja? Dann richten Sie das mal an Ihren Bundesgesundheitsminister Herrn Gröhe, dem das ein sehr wichtiges Thema gewesen ist.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben es als Bundesland immerhin als eines der ersten, nämlich als zweites Bundesland, geschafft, die Vorgaben des verabschiedeten Präventionsgesetzes umzusetzen. Die Kassen sind sehr erfreut darüber und uns dankbar, dass das Ministerium die Koordinierung dieser Prozesse auch vorgenommen hat. Wir werden in den kommenden Monaten gemeinsam die praktische Ausgestaltung des Präventionsgesetzes vor dem Hintergrund der gemeinsam zu erarbeitenden Thüringer Gesundheitsziele angehen. Ziel der Landesrahmenvereinbarung ist es, die Qualität der Gesundheitsförderung und der Prävention in jedem Lebensalter und allen Lebenswelten, von der Kita bis zur Pflegeeinrichtung, weiterzuentwickeln. Eine gute Möglichkeit, um über die Weiterentwicklung der Thüringer Gesundheitsziele zu beraten und gegebenenfalls neue Gesundheitsziele zu beschließen, wird die zweite Thüringer Landesgesundheitskonferenz bieten, die am 17. November 2016 stattfinden wird und auf die ich Sie bereits heute aufmerksam machen möchte. Danke schön.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe den vierten Teil der Aktuellen Stunde und rufe den **fünften Teil** auf

(Vizepräsidentin Jung)**e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der AfD zum Thema: „Alt und arm! Ein unabwendbares Schicksal für Thüringen?“**

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
- Drucksache 6/2040 -

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Abgeordneten Höcke für die AfD-Fraktion.

Abgeordneter Höcke, AfD:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete, sehr verehrte Besucher auf der Tribüne! „Die Rente ist sicher“-lich eines der komplexesten Politikfelder unserer Tage. Ihre Grundlage ist allerdings ganz simpel. Das ist nämlich ein gesunder Bevölkerungsaufbau mit vielen jungen Menschen und – so der natürliche Lauf der Dinge – wenigen alten Menschen. So einfach ist das eigentlich mit einem gesunden System und einem gesunden Fundament für die Rente. Heute, mehr als 60 Jahre nach der großen Rentenreform von 1957, sehen wir, dass die Stabilität dieses Systems existenziell gefährdet ist, weil viel zu wenige Kinder geboren werden. Diesem Kontext, der immer wieder beklagt wird, verweigere ich und auch die AfD im Ganzen den Gebrauch des Begriffs „demografischer Wandel“, weil dieser Begriff demografischer Wandel eine unbeeinflussbare Naturgesetzmäßigkeit suggerieren soll, die tatsächlich nicht vorliegt. Im Gegenteil, der Begriff des demografischen Wandels soll das jahrzehntelange Totalversagen der Altparteien auf diesem Politikfeld kaschieren.

(Beifall AfD)

Reden wir also besser und zielführender von demografischer Krise. Diese demografische Krise wird Thüringen sehr schwer treffen. Bis 2035 haben wir fast 400.000 Erwerbsfähige im Alter zwischen 20 und 65 Jahren weniger, dafür 125.000 Menschen über 65 Jahre mehr und die Gesamtzahl der Thüringer wird sich um 200.000 verringert haben; vor allen Dingen der ländliche Raum wird ausbluten.

(Beifall AfD)

Wir werden eine doppelte Altersarmut zu konstatieren haben, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete. Die Thüringer hatten und haben durch ihre oftmals gebrochenen Erwerbsbiografien, niedrigen Löhne und atypische Beschäftigung sehr große Probleme, ausreichende Rentenansprüche zu erwerben – und das ist die finanzielle Altersarmut. Zu dieser finanziellen Altersarmut kommt die infrastrukturelle Altersarmut, denn selbst das schönste Wohneigentum wird für den Rentner nur noch eine Last sein, wenn er ohne Einkaufsmöglichkeit, ohne Bank, ohne Post, ohne Arzt und ohne schnelles Internet auf dem Land festsitzt.

(Beifall AfD)

Die jetzt gerade voll anbrechende und in den nächsten Jahren nicht abbrechende Rentendiskussion wird an zentralen Grundforderungen nicht vorbeikommen. Diese Grundforderungen sind aus der Sicht der AfD-Fraktion folgende: Erstens, wir brauchen eine Grundsicherung, die jedem bescheiden, aber sicher ein Auskommen bietet.

(Beifall AfD)

Zweitens: Wir brauchen einen Abstand dieser Grundsicherung zur Rente, denn wer gearbeitet hat, muss das auf seinem Rentenbescheid selbstverständlich auch sehen können.

(Beifall AfD)

Drittens: Wir brauchen eine gerechte Anerkennung von Erziehungsleistung – darauf werden wir in diesem Plenum mit einem eigenen Antrag eingehen –, denn Eltern, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete, die für ihre Kinder auf Erwerbstätigkeit verzichtet haben, arbeiten hart für unsere Solidargemeinschaft.

(Beifall AfD)

Viertens und letztens brauchen wir – auch wenn ich das Umlagesystem, das auf der Solidarität der Generationen fußt, für die tragfähigste Säule halte – die Möglichkeit, privat fürs Alter vorzusorgen. Diese Möglichkeit, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete, wird den deutschen Sparern allerdings genommen und es war die DZ-Bank, die vor Kurzem errechnet hat, dass die Niedrigzinspolitik der EZB den deutschen Sparer seit 2010 um 343 Milliarden Euro Zinserträge gebracht hat. Die real existierende EU-Transferunion zerstört schon jetzt die deutsche Altersversorgung – so, wie Politik zum Schaden des eigenen Volkes.

(Beifall AfD)

Das Wichtigste ist jedoch: Wir brauchen eine Debatte über die Rente als Teil eines Generationenvertrages. Rente als Sicherungssystem, das von der jeweils nächsten Generation getragen wird, darf nicht in Legislaturperioden gedacht werden. In diesem Sinne können wir auch in Thüringen ansetzen. Wir können Infrastruktur schaffen, damit das Leben auch auf dem Land weitergehen kann. Wir können die Menschen animieren, Wohneigentum zu erwerben. Und wir können und sollten den Menschen Mut machen, eine Familie zu gründen – und wir brauchen dabei nicht nur an die Rente zu denken, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete, Kinder sind nicht alles, aber ohne Kinder ist alles nichts. Herzlichen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion Die Linke hat Abgeordnete Stange das Wort.

Abgeordnete Stange, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen hier im Saal und am Livestream! Was wir hier gerade gehört haben, hat mir den Schweiß auf die Stirn getrieben, wenn Herr Höcke von der AfD uns erklärt, wie eine zukünftige Alterssicherung aussehen soll.

(Unruhe AfD)

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Das ist das Alter, das gibt sich wieder!)

Wenn die AfD sich für gerechte Renten einsetzt und das hier auch noch laut über die Mikrofone bläst, dann wird es mir noch gruseliger. Denn bei all diesen Dingen haben Sie vergessen – und das ist vielleicht auch sehr wichtig, dass man dies den Bürgerinnen und Bürgern hier in Thüringen und in Deutschland auch noch einmal mitteilt –, wo die AfD perspektivisch ihre Grundlage sieht, wie Bürgerinnen und Bürger abgesichert werden. Da ist ein Blick in Ihr vielleicht zu verabschiedendes Programm sehr lehrreich. Denn darin formulieren Sie, dass Sie unter anderem das Risiko der Arbeit – und die Arbeit ist eine Grundlage, um eine sichere Rente zu bekommen – und die Arbeitslosenversicherung abschaffen wollen.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Was man nicht alles lesen kann!)

Sie formulieren, dass sich jeder individuell maßgeschneiderte Lösungen suchen muss, um somit für den Fall der Arbeitslosigkeit vorzusorgen. Das ist Ihr Programm, wie Sie Armut perspektivisch in Deutschland verhindern wollen. Sie wollen gleichzeitig die über Jahrzehnte bewährte gesetzliche Unfallversicherung einfach abschaffen. Sie sind der Meinung, man braucht Sie nicht mehr. Der Bürger sollte entweder selbst genug auf Arbeit aufpassen oder selbst vorsorgen, wenn er oder sie einen Unfall hat. Das ist zynisch, was Sie vorlegen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei alledem will ich eindeutig sagen: Selbst die Überschrift, die Sie heute gewählt haben,

(Zwischenruf Abg. Kräuter, DIE LINKE: Das war gelogen von denen!)

„Alt und arm! Ein unabwendbares Schicksal [...]“ ist genauso zynisch.

(Zwischenruf Abg. Henke, AfD: Aber wahr!)

Sie wollen sichtbar machen, dass alt und arm ein sogenannter Doppelpack ist, eine gottgewollte Part-

nerschaft. Nein, das sagen wir nicht. Alt sein muss nicht automatisch in die Armut führen.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Sie machen aber nichts!)

Wir sagen auch nicht, es ist ein „unabwendbares Schicksal“, sondern wir sagen: Es kann was geändert werden. Dafür streitet die Linke seit mehr als zwei Jahrzehnten, um die verfehlte Sozialpolitik von SPD, Grünen und auch CDU auf Bundesebene auf andere Wege zu bringen.

(Heiterkeit AfD)

An der Stelle sage ich eindeutig: Die Rentenpolitik muss geändert werden. Umso wichtiger ist es, dass in den letzten Tagen doch bei den großen Parteien auch Bewegung zu spüren ist,

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Deswegen müssen Sie mal jemand anderen heranlassen, nämlich uns!)

was das Thema Rentenpolitik anbelangt. Ich will an der Stelle noch einmal eindeutig formulieren, wofür die Linke seit Jahren steht und wie unsere Forderungen für eine gerechte Rentenpolitik sind.

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Mord und Totschlag, dafür stehen Sie!)

Das ist einmal, dass die Rente wieder im Zentrum der Alterssicherung stehen muss

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Eine Phrase!)

und somit mit der Rente ein Lebensstandard im Alter gesichert werden kann.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Und noch eine Phrase!)

Wir müssen also sämtliche Kürzungen aus der Rentenformel, die vor 15 Jahren geändert worden ist, wieder herausnehmen und müssen dahin kommen, dass wieder 53 Prozent des ehemaligen Bruttoeinkommens als Rente zur Verfügung stehen. Wir brauchen die paritätische Finanzierung der Kosten in der Alterssicherung.

Des Weiteren stehen wir dafür, dass es nötig ist, dass die prekären Beschäftigungen, die schlechten Löhne, die auch bei Arbeitslosigkeit berechnet worden sind, durch eine bessere, eine höhere Bewertung aufgewertet werden, um so eine gute Rente auch im Alter zu erhalten. Und übrigens: Wir brauchen einen Stundenlohn von mindestens 11,50 Euro, um später nach 45 Arbeitsjahren mal eine Rente in Höhe von 1.000 Euro zu bekommen.

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Bekommen Sie doch!)

Die Linke steht weiter für eine Einheit der Renten – das heißt Renten Ost und West – und wir sagen deutlich, die Rentenlücken müssen endlich geschlossen werden. Wir sagen auch, die DDR-ge-

(Abg. Stange)

schiedenen Frauen brauchen endlich eine Lösung. Wir wollen weiterhin, dass alle Erwerbseinkommen in die Rentenversicherung einzahlen, das heißt, jede Stunde Arbeit muss sozialversicherungspflichtig sein. Das heißt aber auch, dass Selbstständige, Beamte, Politikerinnen in die Rentenkasse einzahlen sollten.

(Beifall DIE LINKE)

Eine Beitragsbemessungsgrenze ist aufzuheben.

Vizepräsidentin Jung:

Frau Abgeordnete Stange, Ihre Redezeit ist leider zu Ende.

Abgeordnete Stange, DIE LINKE:

Im Übrigen sind unsere Vorschläge auf vielen Internetseiten, unter anderem der Fraktionen Die Linke im Landtag und im Bundestag, nachzulesen. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Bevor ich der Abgeordneten Holzapfel von der Fraktion der CDU das Wort gebe, möchte ich den Parlamentarischen Geschäftsführer der AfD durchaus noch mal im freundlichen Stil ermahnen: Also die Linke, haben Sie gesagt, steht für Mord und Totschlag. Das ist mir zugeleitet worden; das ist nicht angemessen für dieses Hohe Haus, wenn Sie das so geäußert haben.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Das habe ich nicht gesagt!)

Da ich es selber nicht gehört habe, übermittele ich das. Ich will es nur noch mal sehr deutlich hier zum Ausdruck bringen. Frau Abgeordnete Holzapfel, Sie haben das Wort.

Abgeordnete Holzapfel, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr oft werde ich in meinem Wahlkreis gefragt: Ihr habt doch die AfD im Landtag? Was treibt die eigentlich? Meine Antwort: Der Fraktionsvorsitzende benimmt sich wie ein Agitator, manchmal so schlimm, dass man den Plenarsaal am liebsten verlassen möchte.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drei Abgeordnete der AfD haben die Fraktion bereits verlassen, andere beschäftigen die Justiz und Staatsanwaltschaft oder das Parlament mit der Aufhebung ihrer Immunität. Und einige versuchen mit parlamentarischen Anfragen, politische Kontrollaufgaben zu simulieren, indem sie zum Beispiel wis-

sen wollen, wie viele Homo-, Bi-, Transsexuelle in Thüringen leben.

(Zwischenruf Abg. Muhsal, AfD: Reden Sie auch mal zum Thema!)

Aber wirkliche landespolitische Themen und eine ernsthafte Debatte – da habe ich bisher von der AfD nichts erlebt.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und wer die heutige Tagesordnung für diese Aktuelle Stunde noch einmal reflektiert, kann den Geist und das Verständnis der AfD zur Landespolitik unschwer erkennen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Erhalt der BStU-Außenstellen in Erfurt, Gera und Suhl“, ein Antrag mit klarem Ziel und der Zuständigkeit der Landespolitik, „Planungssicherheit für Thüringer Krankenhausstandorte gewährleisten“, ein Antrag mit klarem Ziel und der Zuständigkeit der Landespolitik, „Konsequenzen für die Thüringer Finanzpolitik“, ein Antrag mit klarem Ziel und der Zuständigkeit der Landespolitik,

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Frau Präsidentin, sie hat noch nicht zum Thema gesprochen!)

„Stärkung der Prävention und Weiterentwicklung des Gesundheitsprozesses in Thüringen“, ein Antrag mit klarem Ziel und der Zuständigkeit – nein, ich antworte nicht.

Vizepräsidentin Jung:

Nein, es gibt keine Anfrage, Frau Abgeordnete Holzapfel, es gibt die Bemerkung, dass Sie bitte zum Thema reden möchten.

Abgeordnete Holzapfel, CDU:

Und nun Ihre Formulierung – ich komme zum Thema, keine Bange!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und nun Ihre Formulierung: „Alt und arm! Ein unabwendbares Schicksal für Thüringen?“. Mit dieser Formulierung suggerieren Sie und wollen dies vermutlich auch, dass Altersarmut ein besonderes Problem in Thüringen ist,

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Genauso ist es!)

dem die etablierten Parteien in diesem Land nicht gewachsen sind und für das sie keine Lösung parat haben.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Sie!)

(Abg. Holzapfel)

Nein, meine Damen und Herren von der AfD, auch mit dem Hinzufügen des Fragezeichens können Sie eine alte Frau nicht hinter die Fichte führen.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer mit Fragen bewusst Ängste und Zweifel schürt, wer bewusst auf die Empörung derjenigen setzt, die verunsichert sind und die Zukunftssorgen von Menschen ausnutzt, der ist für mich ein Populist und hat mit der Landespolitik und den Gepflogenheiten in diesem Haus aus meiner Sicht sehr wenig gemeinsam.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Völlig unpopulistisch hätten Sie Ihren Antrag zum Beispiel auch auf die Fortschreibung und Aktualisierung der bestehenden Schriftenreihe zur Entwicklung der Altersarmut in Thüringen, herausgegeben durch das Wirtschaftsministerium, abstellen können. Aber sei es drum.

Meine Damen und Herren, die Altersversorgung ist ein Themenkomplex für die gesamte Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie spiegelt zum einen die grundsätzliche Skepsis gegenüber der Sicherung des gesetzlichen Rentenbezugs und der Wirksamkeit der privaten Altersversorgung wider. Zum anderen ist das Thema geprägt durch den demografischen Wandel und die drastische Alterung unserer Gesellschaft. Unbestritten ist die Notwendigkeit einer Anpassung der Renten zwischen den neuen und alten Bundesländern. Die Angleichung der Ostrente auf das Westniveau bis 2020 ist ein erklärtes Ziel der Regierungskoalition in Berlin. In diesem Jahr erwarten 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner eine Rekorderhöhung um 4,25 Prozent in den alten Ländern und 5,95 Prozent in den neuen Ländern. Es ist die größte Erhöhung seit 23 Jahren und wurde heute verabschiedet.

(Beifall CDU)

Wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitisch war die Entscheidung über die Einführung eines gesetzlichen und flächendeckenden Mindestlohns auch als Schutzfunktion, um eine spätere Altersarmut zu verhindern, eine wichtige und richtige Entscheidung.

Vizepräsidentin Jung:

Frau Abgeordnete Holzapfel, Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Na Gott sei Dank!)

Abgeordnete Holzapfel, CDU:

Führen Sie sich das Frühjahrsgutachten der führenden Wirtschaftsinstitute, heute veröffentlicht, zu Gemüte. Das ist für Sie eine gute Arbeitsgrundlage. Die Regierungskoalition hat in Berlin einiges

Vizepräsidentin Jung:

Frau Abgeordnete Holzapfel, Ihre Redezeit ist weit überschritten und ich bitte Sie, Ihre Rede zu beenden.

Abgeordnete Holzapfel, CDU:

verabschiedet.

Vizepräsidentin Jung:

Es ist Schluss jetzt.

Abgeordnete Holzapfel, CDU:

Lösungsvorschläge für konkrete politische Probleme hingegen

Vizepräsidentin Jung:

Frau Abgeordnete Holzapfel!

Abgeordnete Holzapfel, CDU:

fördern die Meinungsvielfalt.

Einfach abschalten!

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Werte Frau Abgeordnete, aufgrund meines Respekts vor dem Alter lasse ich mich nicht dazu verleiten, das Mikrofon hier abzudrehen. Als Nächste hat Abgeordnete Lehmann, Fraktion der SPD, das Wort.

Abgeordnete Lehmann, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Sie gestatten mir eine Bemerkung vorab: Es hilft uns sicherlich nicht, wenn wir jede gesellschaftliche Veränderung hier zur Krise erklären. Das trägt nämlich kein Stück dazu bei, Probleme zu lösen, sondern es verschärft Verunsicherung. Die Aufgabe von Politik ist es aber, Lösungen zu präsentieren und zu zeigen, wie wir genau mit diesen Veränderungen umgehen. Wenn wir uns die Situation in der Rente anschauen, dann wird es sicher nicht reichen, Häuser zu bauen und die Steigerung der Geburtenrate zu erreichen. Das löst nämlich das Problem gesellschaftlicher Ungleichverteilung, das wir momentan in Deutschland haben, schlicht und ergreifend nicht.

(Abg. Lehmann)

Wenn wir uns die Vermögensverteilung in Deutschland anschauen, dann sehen wir, dass es eine Schieflage gibt. Es gibt eine ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen in Deutschland. Es gibt eine ganze Reihe von Studien, die uns das zeigen. Zuletzt titelte die „Süddeutsche Zeitung“ Ende März „Der Unterschied zwischen Arm und Reich wächst“ und beruft sich auf einen Bericht der Bundesbank, demzufolge die reichsten zehn Privathaushalte 60 Prozent des Nettovermögens besäßen, die ärmsten 50 lediglich 2,5 Prozent.

Einkommensungleichheit im Alter ist auch hier kein ganz neues Thema. Die Situation im Bereich der Altersarmut war vor einigen Jahren schon weit positiver; da ging Armut im Alter eher zurück. Das hat sich inzwischen wieder geändert; Altersarmut nimmt zu. Das ist auch bedeutend, wenn wir uns ansehen, wie sich die Zahl der Rentnerinnen und Rentner in den nächsten Jahren in Thüringen entwickeln wird. Momentan sind ungefähr 520.000 Menschen in Thüringen älter als 65 Jahre. Im Jahr 2035, also in nur knapp 20 Jahren, wird jeder dritte Thüringer über 65 sein. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Erwerbstätigen im gleichen Zeitraum um 11 Prozent auf knapp 50 Prozent. Das macht deutlich, welche Bedeutung das Thema Demografie hat, welche Herausforderungen es hat, wenn wir über Versorgung vor allem im ländlichen Raum sprechen. Aber es hat natürlich auch Auswirkungen auf die Rente.

Wenn wir einer Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbands glauben, wird sich die Altersarmut vom Jahr 2011, da lag sie bei ungefähr 3,3 Prozent, im Jahr 2021 auf 8 Prozent erhöhen, das heißt, jeder zwölfte Rentner wird dann von Altersarmut betroffen sein. Es gibt jetzt zwei Ebenen, auf denen man ansetzen kann. Die erste Ebene, das haben wir auch heute schon gehört, ist eine Reform des Rentensystems. Ich glaube, es herrscht in diesem Haus eine relative Einigkeit, dass wir 25 Jahre nach der Wende ein einheitliches Rentensystem zwischen Ost und West brauchen. Da reicht es aber nicht, wenn die CDU im Bund ankündigt, dass man das zum Thema für den nächsten Bundestagswahlkampf machen möchte, zumal das Thema auch jetzt im Koalitionsvertrag schon geregelt ist und man auch jetzt schon weiß, wie die Lösung aussehen könnte. Was fehlt, ist die Umsetzung. Wir dürfen die Menschen, die in diesem Land leben, auch nicht länger hinhalten.

Die andere Ebene ist: Rentenpolitik ist immer auch Lohnpolitik. Vereinfacht kann man sagen: Wer als Beschäftigter während seiner Arbeitszeit wenig verdient, bekommt im Alter auch wenig Rente. Jetzt ist die Lohnsituation in Thüringen sowieso schlechter als in vielen anderen deutschen Bundesländern. Sie ist auch deutlich schlechter als im Bund. Thüringerinnen und Thüringer verdienen ungefähr 500 Euro weniger als die Kolleginnen und Kollegen

in Westdeutschland, nämlich knapp 2.000 Euro gegenüber den Kollegen im Westen mit 2.500 Euro. Das hat eine ganze Reihe von Gründen. Das hat auch mit den Arbeitsmarktreformen – das muss man auch selbstkritisch als Sozialdemokratin sagen – Anfang der 2000er-Jahre zu tun, mit einem Anstieg prekärer Beschäftigung, mit mehr Druck in der Grundsicherung – auch das hat zu einer Verschlechterung in der Lohnsituation beigetragen. Das hat aber auch mit sinkender Tarifbindung zu tun, mit weniger Flächen- und Haustarifverträgen. Wenn heute nur noch jeder dritte Betrieb im Westen und jeder zwanzigste Betrieb im Osten tarifgebunden ist, dann lässt das auch darauf blicken, wie sich die Lohnsituation hier im Osten entwickeln wird. Das hat zum Dritten auch damit zu tun, dass die Landesregierung hier in Thüringen über 20 Jahre auf eine Niedriglohnstrategie gesetzt hat und die Zeche zahlt jetzt nicht nur der Steuerzahler, der Zuschüsse in die Sozialkassen zahlt, sondern die zahlen auch die Menschen, die viele Jahre lang für niedrige Löhne gearbeitet haben und jetzt ganz niedrige Renten bekommen.

Das Thema ist der Landesregierung aber nicht neu. Das haben wir auch im Seniorenbericht, den die Landesregierung 2014 veröffentlicht hat, schon zum Thema gemacht. Auch darin steht, dass man Altersarmut in den kommenden Jahren stärker in den Blick nehmen muss. Da haben wir auf Landesebene nicht so viele Möglichkeiten, weil viele Sachen im Bund geregelt sind. Wir brauchen eine Steigerung der Tarifbindung. Dafür brauchen wir starke Gewerkschaften. Wir brauchen gut organisierte Belegschaften. Ich kann nur an jeden Beschäftigten appellieren, sich für eine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft zu entscheiden und auch aktiv Einfluss auf die eigenen Arbeitsbedingungen zu nehmen.

Es gibt allerdings einige Sachen, die man im Land regeln kann. Das haben wir zum Beispiel über die Förderpolitik gemacht, über einige Richtlinien, in denen wir explizit eine Vergütung in Höhe der Entgeltgruppe 9 des öffentlichen Dienstes vorgeschrieben haben. Das haben wir angefangen bei der Schulsozialarbeit. Wir haben das auch bei der Aktivierungsrichtlinie gemacht, bei der Armutspräventionsrichtlinie und bei der Integrationsrichtlinie. Das ist ein wichtiger Schritt, an dem müssen wir ansetzen. Hier müssen wir ausbauen und darüber hinaus natürlich auch insgesamt wieder mehr in den Sozialbereich investieren. Auch deswegen ist die Forderung, die die SPD im Bund aufgemacht hat, für einen neuen Solidarpakt wichtig, weil wir mehr Investitionen im Sozial-, im Bildungs-, im Arbeitsmarktbereich brauchen. Wir setzen uns deswegen als Fraktion dafür ein, hier im Land, aber auch im Bund. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Abgeordnete Pfefferlein das Wort.

Abgeordnete Pfefferlein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste! Sehr geehrte Frau Holzapfel, ich sehe das genauso wie Sie: Die Aktuelle Stunde der AfD ist nichts weiter als Populismus und Angstmacherei. Ja, es gibt derzeit eine Debatte um die Rente in Deutschland. Es gibt eine Debatte um die staatliche und um die private Rente, damit eine Mindestsicherung an Lebensstandard gewährleistet ist, dass Menschen eben nicht in Armut abrutschen bzw. auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. Die aktuellen Zahlen legen auch einen Handlungsbedarf nahe. Laut einer dpa-Meldung ist die Zahl der Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei geminderter Erwerbsfähigkeit gestiegen. Circa 1 Million Menschen in Deutschland bezogen Ende vergangenen Jahres diese Form der Sozialhilfe – so viele wie seit der Einführung 2003 nicht mehr.

Wir Grüne werben schon seit Langem auf Bundesebene für dieses Modell der Mindestrente. Unsere Koalitionspartner arbeiten, ob in der Regierung oder in der Opposition, auch an der Lösung der Probleme. Was Sie als AfD tun, ist aber nur Ängste schüren – Ängste vor Statusverlust, Ängste vor Armut im Alter. Sie bieten keine Lösungen an.

(Beifall SPD)

Die Lösung aus unserer Sicht liegt zum einen auf der Einkommenseite. Da ist die Einführung des Mindestlohns ein erster Schritt in die richtige Richtung gewesen. Dieser müsste jedoch noch höher liegen. Zum Zweiten liegt eine Lösung in der Verbesserung bzw. Nachsteuerung bei den betrieblichen und privaten Renten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und als Drittes liegt aus grüner Sicht die Lösung bei einer Garantierente, die in irgendeiner Form jeder und jedem ermöglicht werden sollte. Sie soll sicherstellen, dass auch Geringverdienende, Erwerbstätige in Teilzeit oder mit unterbrochenen Erwerbsbiografien im Alter nicht auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind. Darauf müssen sich Bürgerinnen und Bürger verlassen können. Wir brauchen eine Rentenversicherung, die verlässlich ist und vor Armut schützt. Wir benötigen flexiblere Übergangsmöglichkeiten in den Ruhestand und mehr Schutz der Menschen, die nicht bis zur Regelaltersgrenze arbeiten können. Wir setzen uns dafür ein, dass alle maßgeblichen Größen zur Entstehung und Berechnung der Rente kurzfristig vereinheitlicht werden. Das heißt, dass es keine Unterschiede mehr bei Ost- und Westrenten geben darf.

Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die die Erwerbsarbeit von Frauen begünstigen und zur partnerschaftlichen Aufteilung der Sorge und Erwerbsarbeit anregen. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Landesregierung hat Ministerin Werner das Wort.

Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, wie wir alle wissen, haben sich, wie auch die aktuellen Rentendiskussionen zeigen – und da springt die AfD nur auf einen fahrenden Zug auf –, die Erwartungen an das derzeitige Rentenmodell nicht erfüllt. Die strukturellen Ursachen von Altersarmut bzw. von nicht existenzsichernden Renten trotz lebenslanger Erwerbszugehörigkeit zur sozialen Rentenversicherung sind weitgehend unstrittig. Unter anderem sind folgende Gründe zu nennen: die Ausbreitung des Niedriglohnssektors, der Anstieg nicht sozialversicherungspflichtiger Erwerbstätigkeit, Langzeiterwerbslosigkeit sowie unetete Beschäftigung, die zunehmende Bedeutung sozialversicherungspflichtiger, aber häufig unfreiwilliger Teilzeitarbeit und der Eintritt von Erwerbsminderung/Invalidität als eigenständiges Armutsrisiko. Kurz gesagt: Bei Einführung des SGB II in der Rentenreform wurde Wesentliches zur Sicherung der Arbeitnehmer nicht bedacht und offenbar auch nicht bedacht, dass die erwünschte Flexibilität im Arbeitsmarkt Arbeitgeber zu Missbrauch einlädt, wenn keine Sicherungen eingebaut werden. Es ist also höchste Zeit, endlich Korrekturen vorzunehmen. Genau das tun wir. Der gesetzliche Mindestlohn, der allerdings noch nicht hoch genug ist, das neu entwickelte Programm zur öffentlich geförderten Beschäftigung und gemeinorientierten Arbeit als Weiterentwicklung des Landesarbeitsmarktprogramms, der Thüringer ESF mit seinen Schwerpunkten zur sozialen Inklusion und Armutsbekämpfung – all das sind einige Beispiele zur Armutsbekämpfung und Armutsprävention. Beispiele, die wir als Landesregierung eingefordert, unterstützt und selbst entwickelt haben, nicht selten auch gegen politischen Widerstand; ich erinnere nur an die Diskussion zum Mindestlohn und zur aktiven Arbeitsmarktförderung. Von einem bin ich aber überzeugt: Die wirksamste Bekämpfung von Armut im Alter ist Integration in Arbeit, nicht in irgendeine Arbeit, sondern in gut bezahlte und tariflich gesicherte Arbeit. Wir müssen weg von der Niedriglohnideologie und Armutsproduktion vergangener Regierungen.

(Beifall DIE LINKE)

(Ministerin Werner)

Aber es geht um noch mehr. Mit dem künftigen Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ verfolgen wir zwei wesentliche Ziele. Erstens: Wir wollen eine leistungsfähige soziale Infrastruktur, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und zwar für Männer und Frauen, sowohl für das Zusammenleben mit Kindern als auch für die Sorgearbeit der Familien gegenüber den älteren Generationen gewährleistet. Das ist Voraussetzung für die Teilnahme am Arbeitsmarkt, das ist künftige Fachkräftesicherung, das ist Armutsprävention und das ist nicht zuletzt Wirtschaftsförderung. Zweitens: Diese leistungsfähige soziale Infrastruktur in den Dörfern und Städten soll die Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben, soll ein Altern in Würde und soll das Miteinander der Generationen fördern. Gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten, Einsamkeit im Alter zu vermeiden – das ist die andere Seite der Medaille, wenn es um wirksame Armutsbekämpfung im Alter geht; auch die ist uns wichtig. Des Weiteren arbeiten wir auch an Sicherung und Ausbau von ambulanter ärztlicher Versorgung, insbesondere im ländlichen Raum. Denn es gibt noch viele weitere Faktoren außer den direkten monetären, welche die Lebensqualität entscheidend beeinflussen. Diese Landesregierung hat genau diese Ziele im Koalitionsvertrag vereinbart und wird sie umsetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, natürlich haben wir auch schon die Initiative zur überfälligen Rentenangleichung zwischen Ost und West ergriffen. Mit dieser Frage hat sich beispielsweise der Bundesrat auf Antrag Thüringens und der neuen Länder zuletzt im Jahre 2016 befasst. Wir haben vom Bund die Einsetzung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe gefordert. Dort sollten gemeinsame Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Dieses Angebot ist leider seitens der Bundesregierung abgelehnt worden, was für mich völlig unverständlich ist. Die überfällige Rentenangleichung wird nur durch eine gemeinsame Anstrengung des Bundes und aller Bundesländer zu klären sein. Das duldet keinen weiteren Aufschub. Ich erwarte von der Bundesregierung, dass sie spätestens im Herbst dieses Jahres Vorschläge sowohl für die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung als auch für die Angleichung von Ost und West vorlegt. Sie können sicher sein, dass sich diese Landesregierung in den dann folgenden politischen Diskussionen aktiv einbringen wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen: Diese Landesregierung hat das Problem der Armutsbekämpfung und Armutsprävention mit der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags vom ersten Tag an erkannt. Den setzen wir konsequent um. Beispiele dafür habe ich genannt. Sie können sicher sein, dass wir darüber hinaus aktuelle Entwicklungen ganz im Sinne des Geistes dieses Koalitionsvertrags aufgreifen. Unsere ge-

meinsamen Initiativen zur Integration von Flüchtlingen sind dafür bezeichnend, zum Beispiel die neue Förderung der Kommunen mit Integrationsmanagern. Kurzum: Wenn es um Armutsbekämpfung geht, dann können Sie sicher sein, dass diese Landesregierung handelt. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe den fünften Teil der Aktuellen Stunde und schließe den Tagesordnungspunkt und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1** in den Teilen

a) Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Feiertagsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 6/1212 - Neufassung -

dazu: Beschlussempfehlung des Innen- und Kommunalausschusses

- Drucksache 6/2035 -

ZWEITE BERATUNG

b) Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Feiertagsgesetzes (Gesetz zur Einführung eines Gedenktages für die Opfer des SED-Unrechts)

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 6/1769 -

dazu: Beschlussempfehlung des Innen- und Kommunalausschusses

- Drucksache 6/2027 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 6/2061 -

ZWEITE BERATUNG

Das Wort hat zunächst Abgeordnete Marx aus dem Innen- und Kommunalausschuss zur Berichterstattung zu den beiden Teilen des Tagesordnungspunkts.

Abgeordnete Marx, SPD:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion in der ursprünglichen Fassung wurde in der 31. Plenarsitzung des Thüringer Landtags an den Innen- und Kommunalausschuss – federführend – und an den

(Abg. Marx)

Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz überwiesen. Der federführende Innen- und Kommunalausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 17. Sitzung am 19. November 2015, in seiner 20. Sitzung am 21. Januar 2016, in seiner 22. Sitzung am 10. März 2016 und in seiner 23. Sitzung am 14. April 2016 beraten. Der Innen- und Kommunalausschuss empfiehlt letztendlich, diesen Gesetzentwurf abzulehnen. Der Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, mitberatend, hat den Gesetzentwurf gemäß § 81 Abs. 4 Satz 1 GO in seiner 23. Sitzung am 15. April 2016 beraten und ebenfalls empfohlen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Der zweite Entwurf unter Buchstabe b ist der Gesetzentwurf der Fraktionen Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Der Gesetzentwurf der Fraktionen Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 6/1769 wurde durch Beschluss des Landtags in seiner 43. Plenarsitzung vom 25. Februar 2016 an den Innen- und Kommunalausschuss überwiesen. Der Innen- und Kommunalausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 22. Sitzung am 10. März 2016 und in seiner 23. Sitzung am 14. April 2016 beraten. Der Innen- und Kommunalausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Wir haben natürlich nicht nur einfach abgestimmt, sondern auch ausführlich beraten. Der federführende Innen- und Kommunalausschuss hat in seiner 22. Sitzung am 10. März beschlossen, alle Gesetzentwürfe im Online-Diskussionsforum des Landtags einzustellen und ein schriftliches Anhörungsverfahren zu beiden Gesetzentwürfen durchzuführen. An der schriftlichen Anhörung haben sich insgesamt elf Institutionen und Verbände beteiligt. Das waren der Landesbeauftragte des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur – herzlich willkommen –, das Thüringer Archiv für Zeitgeschichte, der Landesbeauftragte für die Unterlagen der Staatssicherheitsdienste der ehemaligen DDR aus Sachsen-Anhalt, der Verein Freiheit – Förderverein Gedenkstätte Andreasstraße aus Erfurt, der Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, die Stiftung Ettersberg, die Geschichtswerkstatt Jena e. V., die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. – Landesgruppe Thüringen und die Point Alpha Stiftung. Die übergroße Mehrheit der Anzuhörenden in der schriftlichen Anhörung sprach sich in ihren Stellungnahmen für die Einführung eines Gedenktags am 17. Juni aus, zeigte sich aber auch für weitere Gedenktage offen.

Am Online-Diskussionsforum zu beiden Gesetzentwürfen beteiligten sich insgesamt elf Nutzer, von denen sich ebenfalls eine Mehrheit für die Einführung des 17. Juni als Gedenktag aussprach. Der Vorschlag, weitere Gedenktage neben dem 17. Ju-

ni einzuführen, wurde im Online-Diskussionsforum eher zurückhaltend beurteilt.

In der letzten Sitzung des Innenausschusses gab es dann noch mal eine Neufassung des Antrags der CDU-Fraktion. Aber auch diese Neufassung fand keine Mehrheit, sodass Ihnen letztendlich vom Innenausschuss der Gesetzentwurf der Fraktionen Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Annahme und der Gesetzentwurf der CDU zur Ablehnung empfohlen wird. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Als Erster hat Abgeordneter Dittes, Fraktion Die Linke, das Wort.

Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:

Meine Damen und Herren, die Anhörung im Innenausschuss und die Stellungnahmen haben bestätigt, dass es eine richtige Entscheidung gewesen ist, die beabsichtigte Einführung eines Gedenktags für die Opfer des SED-Unrechts nicht mit der im vergangenen Jahr vorgenommenen gesetzlichen Verankerung des Gedenktags anlässlich der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des zweiten Weltkriegs in Europa zu verknüpfen. Die Verbrechen des deutschen Faschismus, der Vernichtungskrieg der Wehrmacht, die systematische Verfolgung und industrielle Vernichtung der Jüdinnen und Juden, die Verfolgung, Internierung und Ermordung der Sinti und Roma, das unmenschliche Ausmaß der Verbrechen im Rahmen der Euthanasie oder die Verfolgung von Hunderttausenden Menschen aufgrund ihres Glaubens, ihrer Sexualität oder ihrer politischen Einstellung sind ein einzigartiges Kapitel in der deutschen Geschichte, das keine Relativierung durch Gleichsetzung erfahren darf.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war auch richtig, das Gedenken an die Opfer des durch die SED zu verantwortenden Unrechts in der DDR nicht im Schatten dieser die Weltgeschichte so dramatisch verändernden zwölf Jahre faschistischer Herrschaft einfach – Sie verzeihen mir diesen Ausdruck – mit zu erledigen. Meine Kollegin Katharina König hatte für die Fraktion Die Linke und im Namen der Koalition in der zweiten Beratung anlässlich der Beschlussfassung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Thüringer Feiertagsgesetzes angekündigt, in einem weiteren Schritt zur Änderung des Feiertagsgesetzes einen Gedenktag für die Opfer des Unrechts in der DDR einführen zu wollen. Nicht, weil es den 8. Mai als Gedenktag gibt, nicht als geschichtlichen Ausgleich, nicht als

(Abg. Dittes)

historisches Gleichgewicht, nicht um der historischen Vollständigkeit wegen, sondern weil die Erinnerung und das Gedenken an diejenigen, die in der DDR Unrecht erlitten haben, für sich genommen wert ist, Teil einer neuen Kultur der Aufarbeitung der Geschichte, die auch das Gebiet des heutigen Freistaats Thüringen 40 Jahre prägte, zu sein.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Gesetzentwurf der CDU versucht die Einführung eines Gedenktags für die Opfer der SED-Diktatur – auf die Begrifflichkeiten werde ich noch zurückkommen – durch die Einführung weiterer Gedenktage – unter anderem auch einen für diesen Landtag – zu ergänzen. Die Stellungnahmen der Anzuhörenden zeigen einerseits Zustimmung; aber das inhaltliche Gewicht, die inhaltliche Auseinandersetzung erfolgt mit dem für den 17. Juni vorgesehenen Gedenktag im Übrigen, meine Damen und Herren, unabhängig von der eigentlichen Bezeichnung, die unterschiedlich gewählt worden ist.

Die anderen von der CDU vorgeschlagenen Gedenktage erfahren allenfalls Zustimmung der Vollständigkeit halber. Manch ein Anzuhörender warnte aber auch vor der inflationären Einführung und der damit verbundenen Entwertung der historischen Ereignisse und des Ziels, das mit der Einführung eines Gedenktags verbunden ist. Nicht das Instrument des Gedenktags, nicht der Ort der gesetzlichen Verankerung setzt Ereignisse – auch solche, die historisch singulär Geltung haben müssen – gleich, sondern deren gleichwertige politische Behandlung. Eine solche haben die Fraktionen von Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit ihren beiden Gesetzentwürfen nicht vorgenommen, sondern sich der Notwendigkeit einer ernsthaften Auseinandersetzung gestellt, die eine Konzentration auf den jeweils eigentlichen historischen Gegenstand eröffnet.

Für diejenigen, die die DDR gern begrifflich wie politisch in eine Kontinuität mit dem Nationalsozialismus stellen wollen, sei angemerkt: Das Unrecht und die Verbrechen, die in der DDR begangen wurden, werden nicht weniger verurteilenswert, wenn sie nicht mit den Verbrechen des Nationalsozialismus auf eine Stufe gestellt werden, wohl aber werden die Verbrechen des Nationalsozialismus relativiert, wenn sie sowohl qualitativ als auch quantitativ mit dem Unrecht in der DDR gleichgestellt werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn heute Die Linke mit einer gemeinsamen Initiative mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen und – davon gehe ich aus – auch mit Zustimmung der CDU einen Gedenktag für die Opfer des SED-Unrechts auf den Weg bringt, dann ist dies keine Anbiederung. Bei wem wolle sich denn Die Linke auch

mit diesem Gesetzentwurf anbieten? Etwa bei den Parteien, die es die letzten 25 Jahre versäumt haben, in einem der Bundesländer oder auf Bundesebene einen solchen Gedenktag einzuführen? Nein, es ist die Fortsetzung dessen, was die Rechtsvorgängerin der Partei Die Linke im Dezember 1989 auf ihrem außerordentlichen Parteitag begonnen hat, als sie sich bei der Bevölkerung der DDR für das von der SED begangene Unrecht entschuldigt und erklärt hat, unwiderruflich mit dem Stalinismus als System zu brechen.

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Wer's glaubt, wird selig!)

Seitdem hat sich die PDS und später Die Linke mit ihrer Vergangenheit und ihrer Verantwortung auseinandergesetzt.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Merkt man nur nicht am Verhalten!)

Stefan Heym hat am Ende seines Romans „Fünf Tage im Juni“ Genossen Martin Witte sagen lassen: „Nur der kann sich der Zukunft zuwenden, der die Vergangenheit bewältigt hat.“

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie so wollen, war dies auch richtungsweisend für die rot-rot-grüne Koalition, als diese ihren Vertrag verhandelte und abschloss. Denn bevor sie sich den Zukunftsfragen in den einzelnen Kapiteln zuwandte, formulierte sie in der Präambel ihre aus der Geschichte abgeleitete Verantwortung, mit eben dieser und den daraus entstandenen und vorhandenen Erfahrungen umzugehen. Denn es sind diese Erfahrungen aus dem Erlebten, die unseren Blick auf die Gegenwart prägen und unsere Antworten auf die Fragen der Zukunft verändern. Wir haben uns zu unserer Verantwortung bekannt, das Gedenken und die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus, an die jüdische Geschichte und an den antifaschistischen Widerstand zu unterstützen. Wir haben uns unter dem Eindruck der abscheulichen Verbrechen des sogenannten NSU, dessen Ursprünge in Thüringen und in dem Versagen der hiesigen Sicherheitsbehörden liegen, und eingedenk der Opfer jener rassistischen und rechtsterroristischen Gewalttaten zu unserer hieraus erwachsenen besonderen Verantwortung bekannt und schließlich erklärt, dass die Aufarbeitung der SED-Diktatur in all ihren Facetten weder überflüssig noch rückwärtsgewandt ist – und hinzugefügt: Es geht um eine demokratische Kultur von morgen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu dieser demokratischen Kultur gehört, was der Bericht der Landesregierung zu Stand und Weiterentwicklung der Aufarbeitung der SED-Diktatur in Thüringen als Herausforderung formuliert, die indi-

(Abg. Dittes)

viduelle Lebensleistung von Menschen, die in der DDR gelebt haben, nicht zu entwerten, weil nur so Menschen zu einem Dialog erreicht werden können. Denn Auseinandersetzung mit der Geschichte und die Aufarbeitung der gesellschaftlichen, der politischen, der strukturellen und auch der persönlichen Verantwortung für die Geschichte funktioniert nur im Dreiklang: persönliche Erfahrung, historischer Fakt und wissenschaftliche Erforschung. Dabei sind die persönlichen Erinnerungen auch in Kenntnis ihrer Subjektivität und Veränderlichkeit wertvoll und zu respektieren, so der Bericht der Landesregierung. Ich füge hinzu: Dies ist nicht allein das Privileg nur einer Gruppe von Menschen. Das gilt für diejenigen, die Opfer von Unrecht geworden sind, das gilt für diejenigen, die sich unfrei und bedrängt in der DDR fühlten, und das gilt auch für diejenigen, die nach der Befreiung vom Nationalsozialismus an einem besseren Deutschland mitwirken wollten.

Der Aufarbeitungsprozess der letzten 25 Jahre war ebenso stetigen Veränderungen unterworfen wie die Motive, die ihm zugrunde lagen. Unmittelbar zu Beginn der 90er-Jahre war Aufarbeitung noch geprägt von der Aufklärung von Sachverhalten und Tatsachen, vom Zusammentragen von Fakten und es ging auch um die Ermittlung von persönlicher Verantwortung und auch Schuld. Einigen Akteuren politischer Aufarbeitungsdebatten ging es oftmals wohl auch um die eigene Entschuldung. Dies mag so auch auf das eine oder andere Mitglied einer der ehemaligen Blockparteien zutreffen und es wäre manchmal auch noch angeraten, auch an deren Verantwortung zu erinnern. Aber ich sage auch ganz deutlich: Dies verändert oder minimiert die Verantwortung der SED nicht um einen Deut.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ging im Aufarbeitungsprozess auch um das Treffen von Werturteilen und moralischer Kategorisierung, die auch dem Begriff der „Parlamentsunwürdigkeit“ im Thüringer Abgeordnetenüberprüfungsgesetz zugrunde liegt. Wie untauglich sowohl Verfahren als auch Verfahrensziel für den Aufarbeitungsprozess sind, wurde mir deutlich, als ich als Rechtsbeistand für den Abgeordneten Frank Kuschel einem für Telefonanschlüsse verantwortlichen ehemaligen Mitglied eines Rates des Kreises und einem im Mai 1989 gewählten Mitglied der Volkskammer der DDR gegenüber saß.

Der Anspruch an Aufarbeitung von DDR-Geschichte hat sich seitdem verändert. Die im Bericht der Landesregierung beschriebenen drei Säulen aus Erfahrung, Fakten und Wissenschaft müssen und werden die Grundlage bilden, nicht aber politische oder gar ideologische Motive. Solche aber bestimmen noch zu oft die Debatten um die Geschichte der DDR, vor allem im politischen und pseudowis-

senschaftlichen Raum, und schimmern auch aus dem erwähnten Bericht der Landesregierung noch hervor. Im Vorwort wird darauf verwiesen, dass die DDR mehrheitlich als Gesellschaft mit solidarischem, menschlichem Antlitz erinnert wird, die den sozioökonomischen und soziokulturellen Ansprüchen und Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung entsprochen habe. Gleichzeitig wird darauf verwiesen, dass seit 2014 die Einschätzung der DDR als Unrechtsstaat von 54 Prozent auf 61 Prozent angestiegen ist, also auch von einer Mehrheit geteilt wird.

Es sollte nicht schwerfallen, die subjektiven Erfahrungen zu respektieren und anzuerkennen, dass Menschen daneben auch im Ergebnis einer Auseinandersetzung und eines stattgefundenen Aufarbeitungsprozesses eine weniger subjektiv geprägte Einordnung der DDR als System vornehmen, anstatt den beherrschenden Versuch zu unternehmen, die persönlichen Erfahrungen durch die Kategorisierung zu verdrängen. Denn das ist auch ein Grund dafür, dass sich viele Menschen eben nicht ernstgenommen, eben nicht respektiert fühlen und letzten Endes doch den Eindruck haben, dass auch ihre Lebensleistung, wenn nicht zwingend den Staat, so doch aber mindestens die Gesellschaft mitgestaltet zu haben, entwertet werden soll.

Meine Damen und Herren, der Gedenktag für die Opfer des SED-Unrechts ist aber kein Tag für diejenigen, die befürchten, dass ihre Lebensleistung in der DDR entwertet wird. Der Gedenktag erfährt aber eine Aufwertung, wenn er eingebettet ist in einen Aufarbeitungsprozess, der diese Menschen nicht mir diesem Gefühl zurücklässt. Der Gedenktag holt diejenigen in die öffentliche Wahrnehmung, denen es nicht möglich war, ihre Lebensleistung wie gewünscht in der DDR oder an einem anderen Ort zu erbringen. Er gibt denjenigen einen Raum im öffentlichen Bewusstsein, denen in der DDR ihre Unbeschwertheit, ihre Zukunft, ihre Freiheit, ihre Gesundheit und auch ihr Leben genommen wurde.

Ein solcher Gedenktag ist auch ein Gedenktag für Matthias Domaschk. Es ist richtig, dass die Landesregierung die Familie, Angehörige, Freunde und Wegbegleiter von Matthias Domaschk darin unterstützt, die konkrete Ursache für den Tod im Gefängnis des MfS zu finden und die Frage nach dem Warum zu beantworten. Ob die Fragen jemals abschließend beantwortet werden können, ob Zweifel bleiben oder sich der Obduktionsbericht bestätigt, ist vor allem für die Familie und die Freunde von Bedeutung, denn unabhängig von der konkreten Ursache für den Tod ist eines feststehend: Matthias Domaschk ist ein Opfer, ein Opfer des in der DDR bestandenen und ausgeübten Unrechts und daran soll künftig der Gedenktag erinnern.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Dittes)

Der Gedenktag erlegt auf, einer anderen, der Frage nachzugehen, was dazu führen konnte, dass sich in der politischen und rechtlichen Praxis ein Staat so weit von seinem eigens formulierten Gründungsanspruch entfernen konnte, nur wenige dies bewusst infrage gestellt haben und viele das einfach hingenommen haben. Es geht darum, auch die Frage zu beantworten, warum sich ein System herausbilden konnte, dem durch unfreie Wahlen bereits die strukturelle demokratische Legitimation staatlichen Handelns fehlte, in dem jedes Recht und jede Gerechtigkeit ein Ende haben konnte, wenn einer der kleinen oder großen Mächtigen es so wollte, in dem jedes Recht und jede Gerechtigkeit für diejenigen verloren waren, die sich nicht systemkonform verhielten, wie wir es im Koalitionsvertrag formuliert haben.

Meine Damen und Herren, ein Teil der Antwort auf diese Fragen ist im Jahr 1953 zu finden. Und so wie der 17. Juni viele Schwächen als Datum für einen Gedenktag für die Opfer des SED-Unrechts aufweist, liegt in dieser Verbindung eine besondere Chance. Und bevor ich darauf eingehe, noch ein kurzer Blick auf die Kritik der CDU-Fraktion am gewählten Titel für den Gedenktag: Sie unterstellen uns, mit der Vermeidung des Begriffs der Diktatur relativieren zu wollen. Meine Damen und Herren, ein Blick in den Koalitionsvertrag zeigt, dass Ihre Unterstellung schon ins Leere läuft. Aber ich will zumindest daran erinnern, dass es Ihnen noch vor eineinhalb Jahren sehr wichtig war, dass Mitglieder meiner Partei die DDR als Unrechtsstaat bezeichnen. Ich sage Ihnen ehrlich: Mit der Regelmäßigkeit, mit der Sie Bekenntnisse zu Begriffen abverlangen, erinnern Sie mich mehr an die DDR, als Ihnen lieb sein dürfte.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der einzige Unterschied: Sie wechseln die Begriffe binnen Jahresfrist. Uns war es wichtig, qualitativ zu beschreiben, was war. Und die Aufarbeitung unserer gemeinsamen Geschichte wird dann eine nachhaltige Wirkung auch für die Gestaltung der Zukunft haben, wenn sie sich löst von Bekenntnissen und Begriffen und sich hinwendet zu Beschreibungen und Erklärungen. Zu den Beschreibungen und Erklärungen im Zusammenhang mit dem 17. Juni gehört auch der Verweis auf dessen Differenziertheit im Jahr 1953 und dessen ambivalente Funktion in der DDR und BRD nach dem Jahr 1953. Der 17. Juni 1953 war weder ein vom Westen gesteuerter Putschversuch noch ein Volksaufstand gegen den Aufbau des Sozialismus. Beide Erzählungen entsprechen nicht der Wahrheit und sind doch beide Teil der Wahrheit über den 17. Juni 1953. Über die Differenziertheit der Proteste, der Streiks und des Aufbegehrens, über die politische Gemengelage in der damaligen DDR nach Ablehnung der sogenannten Stalinnote zur Lösung der Deutschlandfrage durch die Adenauer-Regierung, nach den Be-

schlüssen der zweiten Parteikonferenz der SED, nach der erfolgten und schließlich für das Aufbegehren mit ursächlichen materiellen Schlechterstellung der Arbeiterinnen und Bauern zu diskutieren, wäre allein eine abendfüllende Veranstaltung. Aber der vorgeschlagene Gedenktag ist keiner für den 17. Juni 1953 und trotzdem ist dieser Tag geeignet, auch an die Opfer des SED-Unrechts zwischen 1946 und 1989 zu erinnern. Warum? Weil es die SED versäumt hat, die richtigen Schlussfolgerungen aus dem 17. Juni zu ziehen. Ganz im Gegenteil wurde später verübtem Unrecht im Juni und Juli 1953 der Boden bereitet. Dabei war das nicht zwingend, da es auch innerhalb der SED viele Menschen gab, die einen Erneuerungsprozess und eine Korrektur der Politik der SED im Juni 1953 angemahnt haben. Aber anstatt Menschen, wie dem damaligen Justizminister Fechner oder dem ND-Chefredakteur Herrstadt zu folgen, wurden die Streiks und Demonstrationen zum faschistischen Putschversuch erklärt und mit dem Rückgriff auf antifaschistische Traditionen Kritiker gnadenlos verfolgt. Im August begann in den Betrieben eine Entlassungs- und Verhaftungswelle; Tausende wurden aus der SED ausgeschlossen, Parteileitung sowie viele Gewerkschaftsvorstände wurden ausgetauscht und Kritiker verbannt. Waren im Juni 1953 insgesamt 13.000 Menschen kurzzeitig inhaftiert, wurden bis Oktober 1953 wegen angeblicher oder auch wirklicher Straftaten 1.240 Menschen zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt und – das sei am Rande vermerkt – nur 138 von ihnen hatten der einen oder anderen Naziorganisation angehört. Der 17. Juni steht demnach also nicht nur für das Aufbegehren gegen die falsche Politik und für freie Wahlen, er steht gleichzeitig für die Unfähigkeit der SED, auf Kritik und Unzufriedenheit mit Veränderung zu reagieren, stattdessen für den begonnenen Kurs, Kritik und Aufbegehren für demokratische Erneuerung mit Repression zu begegnen. Es ist eine hypothetische Frage, aber es ist eine Frage, die sich diejenigen Stellen können, die den 17. Juni für den falschen Tag halten als Gedenktag für die Opfer des SED-Unrechts. Aber wie viel Unrecht in der DDR hätte verhindert werden können, wenn sich im Jahr 1953 in der SED nicht Ulbricht, sondern Fechner und Herrstadt durchgesetzt hätten!

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der 17. Juni als Gedenktag bietet eine Chance, eine Chance für eine neue Kultur der Aufarbeitung und der Geschichte der DDR, indem wir die Differenziertheit des Tages im Jahr 1953 und seiner Ambivalenz als Feiertag in der BRD und seine Simplifizierung in der DDR annehmen und selbst zum Gegenstand der Aufarbeitung machen. Der 17. Juni erfährt als Gedenktag für die Opfer des SED-Unrechts eine historische Aufweitung, die sich bewusst von dessen politischer Instrumentalisierung,

(Abg. Dittes)

insbesondere zwischen 1953 und 1989, in der DDR wie in der BRD abgrenzt. Wenn es uns gelingt, dies auch auf die Aufarbeitungs- und Erinnerungskultur in Gänze zu übertragen, dann gehen wir heute gemeinsam einen großen Schritt im Prozess der Aufarbeitung von SED-Unrecht.

Meine Damen und Herren, in erster Linie aber wollen wir an diesem Tag Gedenken ermöglichen, Gedenken an die Opfer des durch die SED begangenen Unrechts. Gedenken an Opfer von Unrecht ist ein notwendiger Schritt, um zu verstehen, dass es für Unrecht keine politische Legitimation geben kann.

(Beifall DIE LINKE)

Nur mit diesem Wissen werden wir verhindern, dass erneut Unrecht begangen wird.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Als nächster Redner erhält Abgeordneter Walk, CDU-Fraktion, das Wort.

Abgeordneter Walk, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Besucher auf der Besuchertribüne! Kollegin Marx, Kollege Dittes, auch nach der inzwischen durchgeführten Online-Diskussion sowie der Auswertung der schriftlichen Anhörung im Innen- und Kommunalausschuss – Frau Abgeordnete Marx hat es bereits ausgeführt – hat sich die Auffassung unserer CDU-Fraktion nicht geändert. Insbesondere durch die Stellungnahmen im Rahmen der Anhörungen sehen wir uns darin bestätigt, an unserem Gesetzentwurf festzuhalten.

Maßgeblich sind für uns zwei Gründe. Erstens: Wir wollen weitere Gedenktage aufnehmen. Bereits in der ersten Beratung am 25. Februar dieses Jahres habe ich für die CDU-Fraktion ausführlich dargelegt, warum wir neben dem 8. Mai weitere Gedenktage aufnehmen wollen; den 18. März als Tag der parlamentarischen Demokratie, den 17. Juni als Gedenktag für die Opfer der SED-Diktatur, den 25. Oktober als Tag der Verfassung des Freistaats Thüringen und des Thüringer Landtags sowie den 9. November als Tag der demokratischen Selbstbestimmung. Die Begründung in Kurzform: Alle vier Tage stehen im Kontext und sind – jeder Tag und jedes Ereignis für sich betrachtet – geschichtlich wegweisend und belegen das historische Ringen um einen parlamentarisch verfassten Staat. Wir wissen, Geschichte verläuft eben nicht geradlinig, sondern ist von Höhen und Tiefen gekennzeichnet. Gerade diese Tage, die von uns benannt wurden, spiegeln dies eindrucksvoll wider. Zur Erinnerung: Fraktionsübergreifend hatten sich Abgeordnete be-

reits im Oktober-Plenum dafür ausgesprochen, neben dem 8. Mai, der an diesem Tag beschlossen wurde, die Diskussion bezüglich der Aufnahme weiterer Gedenktage fortzuführen. Nach wie vor finde ich es jedoch erwähnenswert, dass der Wunsch des Ministerpräsidenten, den er in der genannten Plenardebatte äußerte, anschließend in den eigenen Reihen ergebnislos verhallte.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Mit ihren Worten!)

Aus dem Plenarprotokoll vom 2. Oktober darf ich deshalb, Frau Präsidentin, den Ministerpräsidenten zitieren. Er sagte Folgendes: „Ich finde den Vorschlag, den Herr Mohring unterbreitet hat, über den 17. Juni, über den 18. März, über den 25. Oktober zu reden, richtig. Ich habe ihn ergänzt um den 9. November. Ich finde, diese Diskussion sollten wir führen.“ Das Plenarprotokoll vermerkte übrigens zum Beitrag des Ministerpräsidenten Beifall aus den Reihen der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall CDU)

Lassen Sie mich aber an dieser Stelle zum aktuellen Stand der schriftlichen Anhörung kommen, zuvor aber noch ein Wort zum ebenfalls durchgeführten Online-Forum: Ich habe es auch schon im Ausschuss gesagt, dass ich es sehr bedaure, dass diese moderne Form der Beteiligung der demokratischen Teilhabe an Entscheidungsprozessen doch nur sehr eingeschränkt genutzt wird. Ganze elf Teilnehmer haben sich bei diesem wichtigen Thema mit insgesamt gerade mal 19 Beiträgen beteiligt.

Aber welche Erkenntnisse erbrachte nun die schriftliche Anhörung? Zunächst einmal: Das Ergebnis war eindeutig. Von den 12 Anzuhörenden sprach sich eine deutliche Dreiviertelmehrheit ausdrücklich für die Verankerung weiterer Gedenktage aus. Die Voten hier noch mal im Einzelnen: Für die Aufnahme des 17. Juni sprachen sich elf, für den 18. März und den 25. Oktober jeweils acht und für den 9. November sieben Anzuhörende aus. Hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang die Stellungnahme von Dr. Hubertus Knabe von der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der unsere Auffassung wie folgt unterstreicht: Die Aufnahme weiterer Gedenktage, so Dr. Knabe, „verdient über Parteigrenzen breite Unterstützung.“

Damit komme ich auch zum zweiten Grund des Festhaltens an unserem Gesetzentwurf und damit zur Frage der Benennung des Gedenktags 17. Juni bzw. zu den unterschiedlichen Formulierungen in § 2 a Gedenktage. Worum geht es? Zuerst ein Blick auf unseren Vorschlag, den Vorschlag der CDU in Absatz 3, Drucksache 6/1212. Hier heißt es: „Der 17. Juni ist Gedenktag für die Opfer der SED-Diktatur.“ Dazu im Vergleich der Gesetzentwurf von Rot-Rot-Grün in Absatz 2, Drucksache 6/1769: „Der

(Abg. Walk)

17. Juni ist Gedenktag für die Opfer des SED-Unrechts.“ Zur Begründung: Der 17. Juni erinnert an den Volksaufstand in der DDR 1953 gegen das SED-Regime. Die Forderung nach freien Wahlen und Wiedervereinigung waren eine klare Absage an die bestehende Diktatur und den Aufbau des Sozialismus. Wenn der Gesetzentwurf von Rot-Rot-Grün jetzt lediglich von einem Gedenktag für die Opfer des SED-Unrechts spricht, so wird nach unserer Überzeugung die Botschaft dieses Tags weniger klar ausgedrückt als dies möglich und wünschenswert ist.

(Beifall CDU)

Wir sagen: Der Charakter des Regimes ist auch klar so zu benennen. Insofern halten wir die Formulierung des Gedenkens an die Opfer des SED-Unrechts nicht für falsch, den Begriff der SED-Diktatur jedoch für umfassender und auch für treffender.

(Beifall CDU)

Zudem finde ich es bemerkenswert – und Kollege Dittes hat es schon angeführt –, dass unsere Auffassung durch den Entwurf der Regierungskoalition selbst gestützt wird und in der Begründung Ihres eigenen Gesetzentwurfs, der auf den Koalitionsvertrag abstellt, verpflichtend ausgeführt wird – ich zitiere –: „Die Antragsteller haben sich im Koalitionsvertrag unmissverständlich dazu bekannt, dass ‚die Aufarbeitung der SED-Diktatur in all ihren Facetten weder überflüssig noch rückwärtsgewandt‘ ist.“ Auch die zuständige Staatssekretärin Dr. Babette Winter stellte in einer Medieninformation vom 1. März dieses Jahres fest – auch hier darf ich zitieren –: „Wir wollen die Opfer der SED-Diktatur unterstützen und würdigen. Sie haben massive Eingriffe in ihre persönliche Freiheit erleben müssen. Durch die Repressalien wurden ihre Lebenswege zerstört.“

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir noch einen Blick zurück in unsere Ausschusssitzung vergangene Woche. Die Diskussion genau zu dieser Thematik wurde zwar kontrovers geführt, allerdings empfand ich die Wortbeiträge sowohl bereichernd als auch aufschlussreich. Kollege Adams sprach für die Koalition und erläuterte die dortige Gemengelage, so würde ich es mal bezeichnen. Man verfolge, sagt Kollege Adams, in der Koalition unterschiedliche Ansätze. So sei die Bewertung der Begriffe „SED-Diktatur“ und „SED-Unrecht“ schließlich auch verschiedenen Strömungen innerhalb der Historiker ausgesetzt. In der Diskussion habe ich das zunächst kritisch gesehen. Aber mit einigen Tagen Abstand, Herr Kollege Adams, bin ich zur Erkenntnis gelangt, dass Ihre Überlegungen durchaus erwägenswert sind, sage aber auch gleich, dass ich unterm Strich zu einem anderen Endergebnis gelange.

Kollege Höhn wiederum stellte im Ausschuss ...

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Walk, ich möchte Sie noch mal darauf hinweisen, dass Sie hier nicht aus Ausschusssitzungen zitieren können.

Abgeordneter Walk, CDU:

Das war mir so nicht bekannt. Aber ich bedanke mich für den Hinweis und werde es beachten. Dann zitiere ich nicht, möchte aber dennoch ...

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Hätten Sie aber gekonnt, ich habe kein Problem damit!)

Nein, nein. – Ich darf aber trotzdem Kollegen Höhn noch mal ansprechen, der aus seiner Sicht zusammenfasste, dass das Verbindende und das, was uns gemeinsam trägt, die Aufnahme des 17. Juni sei. Dem ist zuzustimmen. Dennoch bleiben wir dabei: Den Opfern und der historischen Aufarbeitung ist aus unserer Sicht mehr damit gedient, den Diktaturbegriff zu wählen.

Damit, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, komme ich zum Fazit. Lassen Sie mich das von mir Gesagte noch mal kurz in drei Kernpunkten zusammenfassen. Erstens – ich möchte mit dem Verbindenden beginnen: Erfreulicherweise ist der Erkenntnisprozess inzwischen so weit fortgeschritten, dass fraktionsübergreifend Konsens darüber besteht, die Ausschusssitzung hat es noch mal deutlich verstärkt, den 17. Juni als Gedenktag in das Thüringer Feier- und Gedenktagsgesetz aufzunehmen. Das war mal anders und ich will nur nochmals daran erinnern: In der von uns beantragten namentlichen Abstimmung – Herr Kollege Adams schaut skeptisch – am 2. Oktober, als es genau um die Frage ging, ob der 17. Juni aufgenommen wird, hat die rot-rot-grüne Koalition geschlossen gegen den 17. Juni gestimmt; mit einer Ausnahme, Frau Kollegin Pelke von der SPD stimmte mit Ja.

(Beifall CDU)

Im Übrigen schließe ich mich all denjenigen an, so den Kolleginnen Rothe-Beinlich im Ausschuss und auch Frau König, auch Herr Dittes ist eben darauf eingegangen, die sich bereits heute Gedanken hinsichtlich einer aktiven Ausgestaltung des Gedenktags 17. Juni machen. Überzeugend und treffend, wie ich finde, ist hierzu die Auffassung der Point Alpha Stiftung im Rahmen der Anhörung, die fordert, diesen 17. Juni künftig angemessen und unverkrampft zu begehen und nicht wieder zu einer anonymen Kalendermarkierung werden zu lassen. Dies sei man den Opfern schuldig und vor allem jungen Menschen, die die beiden Diktaturen auf deutschem Boden nicht erfahren hätten, müsse lückenlos vermittelt werden, wie sie politische Rattenfänger möglichst frühzeitig erkennen und die offene, tolerante und freiheitlich-demokratische Werteordnung schützen können. Dem kann man, wie ich finde, nur uneingeschränkt beipflichten.

(Abg. Walk)

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweiter Punkt: Wir halten an der Verankerung weiterer Gedenktage fest. Ich zähle sie noch mal auf: dem 17. Juni, dem 18. März, dem 25. Oktober sowie dem 9. November. Und dritter Punkt – nicht zuletzt, damit komme ich auch zum Schluss –: Wir bleiben dabei und halten auch am Diktaturbegriff fest. Der Begriff „SED-Unrecht“ erfasst zwar den Wesenskern des SED-Regimes, schließt jedoch die organisatorischen Rahmenbedingungen nicht ein, die im Begriff „Diktatur“ zutreffender erfasst sind. Insofern werbe ich bereits jetzt um Zustimmung für unseren Ihnen in der Drucksache 6/2061 vorliegenden Änderungsantrag. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Jung:

Das Wort hat nun Abgeordnete Pelke, Fraktion der SPD.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, zunächst herzlichen Dank für die sachlichen Ausführungen der Vorredner, insbesondere auch an Sie, Herr Dittes. Ich denke, das war ein ganz wesentlicher Beitrag, wie Sie noch mal zur Aufarbeitung und zur Definition des 17. Juni heute beigetragen haben. Herzlichen Dank dafür. Herr Walk, ja, ich habe seinerzeit, als es um die Abstimmung ging, selbstverständlich für den 17. Juni gestimmt. Ich habe auch – und das habe ich hier schon des Öfteren im Landtag deutlich gemacht – eine besondere persönliche Beziehung über die politische Haftzeit meines Vaters. Im Übrigen habe ich auch das Abstimmungsverhalten mit meiner Fraktion rückgekoppelt, aber darum geht es gar nicht, ich bin auch noch selbst entscheidungsfähig. Wir haben als Koalitionsfraktion bei der Diskussion nie infrage gestellt, dass wir über einen weiteren Gedenktag, speziell den 17. Juni, nicht nur gern reden wollen, sondern dass wir ihn auch definieren wollen. Das Einzige, was wir an dieser Stelle ganz deutlich gemacht haben, ist, dass wir über ein Alleinstellungsmerkmal des 8. Mai diskutiert haben, weil der 8. Mai gleichbedeutend mit dem Ende des Faschismus war, und dass das ein ganz besonderer Gedenktag an dieser Stelle ist. Dazu stehe ich auch nach wie vor. Selbst wenn ich heute mit meinem Vater noch darüber reden könnte, würde er es auch so sehen.

Es geht heute um die Frage des 17. Juni als Gedenktag zum Bereich SED-Diktatur oder SED-Unrecht. Wir können das gern auseinanderdividieren und jeder Historiker wird dazu vielleicht eine unterschiedliche Position haben. Wenn man es ganz konkret und ganz korrekt bezeichnen würde – das ist aber nur meine persönliche Meinung –, dann

müsste man DDR-Unrecht schreiben. Denn nicht allein die SED hat Verantwortung getragen. Wir haben hier auch schon mal – und da sind Sie dankenswerterweise bereit, an der Aufarbeitung mitzuarbeiten – über die Rolle der Blockparteien diskutiert. All das gehört dazu. Es gehören auch Verwaltungsstrukturen und andere Strukturen in der ehemaligen DDR dazu, die dazu beigetragen haben, dass Menschen, dass Familien gelitten haben, um es ganz einfach zu formulieren, und dass diese heute auch zu beraten und aufzuarbeiten sind.

Lassen Sie mich noch mal zitieren, was in der Präambel unseres Koalitionsvertrags steht, weil sich damit zeigt, dass wir uns mit dieser Thematik innerhalb der Koalition ganz dezidiert und ganz offen beschäftigt haben und dass es da nicht mehr um die Frage von Begrifflichkeiten geht. Wenn ich aus der Präambel des Koalitionsvertrags zitieren darf: „Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD als Parteien, die in und aus der Bürgerrechtsbewegung der DDR hervorgegangen sind, ebenso wie für die Partei DIE LINKE ist die Aufarbeitung der“ – und man höre – „SED-Diktatur in all ihren Facetten weder überflüssig noch rückwärts gewandt. Dabei geht es um eine demokratische Kultur von morgen. Für eine Aufarbeitung in die Gesellschaft hinein ist es von Bedeutung, festzuhalten: Die DDR war eine Diktatur, kein Rechtsstaat. Weil durch unfreie Wahlen bereits die strukturelle demokratische Legitimation staatlichen Handelns fehlte, weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit in der DDR ein Ende haben konnte, wenn einer der kleinen oder großen Mächtigen es so wollte, weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit für diejenigen verloren waren, die sich nicht systemkonform verhielten, war die DDR in der Konsequenz ein Unrechtsstaat. Daraus erwächst eine besondere Verantwortung.“

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Ich bin stolz darauf, dass eine solche Aussage in diesem Koalitionsvertrag von diesen drei Parteien festgeschrieben ist.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen an diesem Tag derer gedenken, die am 17. Juni 1953 auf die Straße gegangen sind. Wir wollen der Opfer und natürlich auch der Angehörigen gedenken, die das alles mit ertragen mussten. Wir wollen an den 17. Juni erinnern, an die Streiks, an die Erhebungen von Arbeitern und damit an das Infragestellen des SED-Regimes bzw. der DDR. Dieser Aufstand wurde mit sowjetischer Hilfe blutig niedergeschlagen. Ich glaube schon, dass wir es den Menschen, der Zukunft und der jungen Generation schuldig sind, darüber zu reden, die Aufarbeitung auch umzusetzen, in Schulen, in Gedenkstätten noch vieles weiter zu verstärken, aber auch diesen Tag als einen besonderen Gedenktag zu wissen.

(Abg. Pelke)

Das will ich an dieser Stelle sagen: Man kann über weitere Gedenktage diskutieren. Ich habe Ihnen auch gesagt, dass ich durchaus über den 9. November in all seiner Unterschiedlichkeit hätte weiter reden können. Aber auf der anderen Seite bin ich auch sehr froh darüber, dass wir uns jetzt, nachdem wir uns auf den 8. Mai festgelegt haben, auf den 17. Juni besinnen, um an die Opfer der ehemaligen DDR zu erinnern. Ich glaube, das ist ein ganz wesentlicher Punkt, auf den wir uns hier einigen. Ich sage Ihnen auch ganz deutlich: Unabhängig davon, ob es noch um weiteres Gedenken, Erinnerungen oder wesentliche Aspekte geht, hätte ich mir schon gewünscht, und ich glaube, es wäre ein ganz wesentliches Zeichen gewesen, auch hinsichtlich dessen, was Sie ganz offenkundig, Herr Walk, und auch Ihre Fraktionskollegen wollen, wenn Sie auch diesem 17. Juni, das heißt diesem Antrag, dann hier heute in Gemeinsamkeit zugestimmt hätten. Ich hätte mir das sehr gewünscht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Aber Birgit, bei aller Freundschaft, das hättet Ihr schon vor Monaten machen können und unserem Antrag zustimmen!)

Ja, ja.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Mohring, Abgeordnete Pelke hat das Wort.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Natürlich, Mike, das hatte ich aber auch ganz am Anfang geschildert. Ich habe geschildert, warum wir uns dann so entschieden haben. Es ist doch nicht die Frage: Wer hat es zuerst gemacht? Wir können jetzt über die Frage eines Feiertags in der ehemaligen Bundesrepublik oder über den jetzigen Gedenktag, den wir haben wollen, diskutieren. Es ist so, wenn du in die Geschichte zurückschaust – das wollte ich nämlich auch noch an dieser Stelle erwähnt haben, das ist das, wo ich ein bisschen irritiert war, bei dem, was Herr Dittes gesagt hat, was die Instrumentalisierung dieses Feiertags zu bundesrepublikanischen Zeiten angeht –, dass schon am 3. Juli 1953, also gut zwei Wochen nach dem Aufstand, mit den Stimmen aller Parteien, außer der KPD, die es damals noch in der Bundesrepublik gegeben hat, das Gesetz über den Tag der Deutschen Einheit verabschiedet wurde. Das war eben „der“ Gedenktag, der 17. Juni, der auch jahrelang Feiertag gewesen ist. Auch das ist ein wesentlicher Aspekt. Seinerzeit, das will ich nur auch noch einmal erwähnen, gab es bis Ende der 50er-, bis Mitte der 60er-Jahre in der ehemaligen BRD eine Beteiligung an diesem Feiertag von teilweise insgesamt über einer Million Menschen jährlich. Das ist für

mich nur deshalb so wichtig, weil ich denke, dass wir diesen Feiertag und den 8. Mai vernünftig mit Erinnerungskultur ausfüllen müssen, und ich glaube, wir sollten uns jetzt erst mal mit diesen beiden Gedenktagen beschäftigen. Möglicherweise gibt es irgendwann noch die Variante, über weitere Dinge zu sprechen.

Ich persönlich würde mich sehr freuen, auch im Namen meiner Fraktion, wenn wir hier eine große Zustimmung insgesamt in diesem Hause bekämen, was den 17. Juni angeht. Ich glaube, wir sind es den Menschen, wir sind es den Opfern, wir sind es den Angehörigen, wir sind es auch der Zukunft schuldig. Lassen Sie mich noch mit einem Zitat enden – wenn ich es jetzt auf die Schnelle finde –, das bereits Willy Brandt gesagt hat, dass diejenigen, die seinerzeit diesen Aufstand durchgeführt haben, keine Verlierer, sondern Vorreiter waren und man ihnen zu Dank verpflichtet ist. Da will ich mich anschließen und hoffe auf Zustimmung zu unserem gemeinsamen Antrag im Sinne einer guten Erinnerung an die Opfer des DDR-Regimes. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Das Wort hat nun Abgeordneter Brandner, Fraktion der AfD.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass wir heute wieder mal die Gelegenheit haben, uns über die deutsche Geschichte und über die Frage auszutauschen, wie mit ihr umgegangen wird. Bei allem Lob, was Frau Pelke grade Herrn Dittes hat zuteil werden lassen, muss ich sagen: Genau so, wie Herr Dittes das gemacht hat, sollte man es nicht tun. Den Klassiker natürlich, Herr Dittes, von hier vorn zu sagen, die Verbrechen der Nationalsozialisten dürften weder verharmlost noch relativiert werden, können wir unterschreiben. Sie sagen aber hier vorn genau das Gegenteil von dem, was sie tagtäglich draußen tun. Jeder, der draußen nicht vollständig auf ihrer ideologischen Linie ist, den beleidigen sie, den beschimpfen sie, den lassen sie zusammenschlagen, den lassen sie als Nazi beschimpfen. Genau damit relativieren sie jeden Tag die unsäglichen und einzigartigen Verbrechen der Nationalsozialisten. Das ist unerträglich. – Schön, dass Sie rausgehen, Herr Dittes.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, nachdem im vergangenen Jahr mit den Stimmen der Regierungsparteien der 8. Mai zum Gedenktag erhoben worden war, stellte sich schnell die Frage, ob das Gedenken an die braune sozialistische Diktatur und deren Ende

(Abg. Brandner)

nicht einseitig und unvollständig bliebe, wenn nicht auch zumindest der roten sozialistischen Diktatur und deren Opfern gedacht würde. Diese Überlegung nahm die CDU zum Anlass, den 17. Juni als Gedenktag für die Opfer der SED-Diktatur und darüber hinaus noch einen ganzen Strauß weiterer Gedenktage zu fordern, den 18. März, den 25. Oktober und den 9. November – wir haben das hier schon mehrfach gehört. Das war dann aber nicht nur uns von der AfD-Fraktion etwas zu viel, sondern auch der Regierungskoalition, die ja inzwischen nicht nur einen von der AfD entsorgten Abtrünnigen – versüßt mit 3.100 Euro mehr im Monat, deshalb musste es auch ganz schnell gehen, glaube ich – in ihren Reihen begrüßen kann, sondern auch unser Wort von der „Gedenktagsinflation“ übernommen hat. Ich lese da die TLZ vom 19.04.2016, wo die Herren Hey und Adams zitiert werden: „keine ‚Inflation der Gedenktage‘“ und „Es macht keinen Sinn, Gedenktage inflationär“ zu behandeln. Ich muss sagen, da haben Sie dazu gelernt; AfD wirkt, sage ich wieder einmal.

Meine Damen und Herren, dann hatten sich die Rammelow-Koalitionäre sehr holprig und alles andere als harmonisch – Frau Scheringer-Wright ist ja doch da bei diesem Thema, ich dachte, Sie wären gar nicht da – und zum zweiten Mal nach der Posse über das Abgeordnetenüberprüfungsgesetz, als Sie in Sachen Parlamentsunwürdigkeit vollständig gegen Ihren eigenen Antrag gestimmt haben, mit einem neuen Antrag zu Wort gemeldet. Der fordert nun das, was die AfD von Anfang wollte, nämlich den 17. Juni als weiteren einzigen Gedenktag einzuführen. Dafür vielen Dank, meine Damen und Herren – Sie sehen: AfD wirkt.

(Beifall AfD)

Unsere Position zu dem Ganzen war von Anfang an klar, was man zu den Positionen von allen anderen – ich muss es sagen – Altparteien nicht sagen kann. Wir sehen es heute am Änderungsantrag der CDU, dieses Herumgeeier und das Getanze um den heißen Brei. Wir als AfD stehen einem staats-offiziellen Gedenkwesen grundsätzlich skeptisch gegenüber und halten zudem die Art und Weise, wie und als was der 8. Mai als Gedenktag eingeführt wurde, für äußerst problematisch. Denn dieser 8. Mai 1945 wurde und wird von der Thüringer Linkskoalition einseitig und ideologisch instrumentalisiert. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse in diesem Parlament ließ sich dieser gedenkpolitische Sündenfall leider nicht verhindern. Auch deshalb ist es historisch und geschichtspolitisch angemessen, einen Gedenktag mit Blick auf die Diktatur der Nationalen Front und der roten Sozialisten in der DDR einzurichten. Und da liegt in der Tat der 17. Juni in Gedenken an den Volksaufstand von 1953 auf der Hand und dieser Tag war ja sogar schon einmal sogar ein Feiertag. In diesem Sinne habe ich mich hier im Plenum bereits wiederholt geäußert und zu-

gleich betont, dass die AfD-Fraktion eine Gedenktagsinflation ablehnt. Inflation bedeutet Entwertung und bei zu vielen Gedenktagen wenden sich die Bürger bald gelangweilt ab.

(Beifall AfD)

Kleiner Applaus muss auch mal sein.

Auch die Herren Hey und Adams und heute auch Dittes und damit wohl auch der Rest der linken Einheitsfraktion und nun auch der CDU sehen das ja Gott sei Dank inzwischen so, ich hatte bereits darauf hingewiesen. Übrigens findet sich das Argument der AfD, dass ein inflationäres Verhalten bezüglich Gedenktagen nicht gut ist, auch in den Stellungnahmen des Anhörungsverfahrens, das durchgeführt wurde. Die Stiftung Ettersberg hat darauf hingewiesen, dass eine zu große Anzahl von Gedenktagen das Gedenken zu einem leeren Ritual verkommen lasse.

Also soll es nun nach unserer ursprünglich singulären und inzwischen hier ja nach fast aller Auffassungen, wenn man von ein paar verirrten und verwirrten ewig Gestrigen auf Ihrer Seite absieht, beim zusätzlichen Gedenken an den 17. Juni 1953 bleiben, aber damit ist es dann auch aus Sicht der AfD-Fraktion genug. Wir haben ja auch als bundesweiten Feiertag noch den 3. Oktober und auch ansonsten jederzeit die Möglichkeit, außerhalb von offiziellen Gedenktagen historischen Ereignissen zu gedenken, wie wir es zum Beispiel am 25. Oktober hier in Thüringen stets angemessen tun.

Meine Damen und Herren, wenn eine echte Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte gewünscht ist, ist es viel wichtiger, dass in den Schulen ein vernünftiger Geschichtsunterricht praktiziert wird. Bekanntlich sind die einschlägigen Kenntnisse von Schülern über die DDR, aber auch etwa über das Dritte Reich oder die Weimarer Republik im Allgemeinen recht dürftig, was entsprechende Unterlagen immer wieder belegen und beklagen. Ich hatte darauf bereits in der ersten Lesung des Regierungsantrags hingewiesen und möchte diesen Punkt hier in Erinnerung rufen: Wir brauchen einen guten Geschichtsunterricht. Das bedeutet auch, dass wir weniger Zeitgeistpädagogik und Sozialkompetenztraining brauchen, sondern soliden und pluralen Geschichtsunterricht, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Denn nur ein solcher kann sich kritisch und anschaulich mit der Vergangenheit auseinandersetzen, wie wir es uns wünschen. Denn wer und was wir sind, lernen wir ja aus der Geschichte. Und ohne differenziertes Geschichtsbewusstsein werden wir anfällig für ideologische Welterklärungen. Das kann niemand wollen, wenn es auch leider – ich schaue mal nach links – hier und da geschieht.

(Abg. Brandner)

Meine Damen und Herren, das Stichwort Geschichtsbewusstsein führt mich noch einmal zurück zum Ablauf des parlamentarischen Verfahrens zu diesen Gedenktagen. An sich hätte es ja für die Regierungskoalition von Anfang an nahe liegen müssen, neben dem 8. Mai auch den 17. Juni in den Blick zu nehmen, hatten sich doch die rot-rot-grünen Koalitionäre in ihrem Vertrag recht deutlich auf die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit verständigt und sich zu ihr bekannt. Als es dann aber konkret daran ging, ergriff Links-Grün rasch die Besessenheit von der Hitlerdiktatur und man hatte nur noch den 8. Mai im Blick und sah sonst nichts mehr. Immerhin hat dann aber die von der AfD dominierte parlamentarische Debatte zur Kurskorrektur bei großen Teilen von Rot-Rot-Grün geführt. An dieser Stelle vielen Dank. Auch da sehen Sie wieder: AfD wirkt, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

An dieser Stelle muss ich noch einmal ein bisschen in die Historie gehen und an die letzte Debatte anknüpfen. Frau Pelke, Sie hatten ja vorhin auch noch mal Willy Brandt erwähnt. Es bleibt nämlich aus der historischen Perspektive ein sehr fragwürdiger Vorgang, wenn die SPD heute wieder einmal – und ich komme gleich dazu – gemeinsame Sache mit denjenigen macht, die die gewaltsame Niederschlagung des Volksaufstandes 1953 in der DDR und die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED zu verantworten hatten. Denn es ist die SPD, die heute mit der umbenannten SED eine Thüringer Landesregierung stellt, und das auch noch zu allem Übel unter einem Ministerpräsidenten, der eben dieser Partei, die sich jetzt Die Linke nennt, angehört und diese Koalition dominiert. Bei den Linken ist man ja mit der Sache, wenn man der Presse glauben kann, nicht so ganz im Reinen. Wir sind daher gespannt, ob die Linksfraktion auch heute einheitlich nach der Pfeife ihrer Führung tanzt und einstimmig dem Koalitionsantrag zustimmen wird. Also ich muss sagen, meine Spannung, die steigt von Minute zu Minute.

Aber nun noch mal zu Ihrer SPD. Wenn wir am 17. Juni der Opfer der SED-Diktatur gedenken, dann waren unter diesen Opfern ja auch viele gestandene Sozialdemokraten. Die SED versäumte damals übrigens nicht, als für den Aufstand Verantwortliche neben den CDU-Politikern Adenauer und Kaiser auch die Sozialdemokraten Ollenhauer und Reuter zu benennen, und das sollen nach Ansicht der SED – heute Die Linke – die schlimmsten Faschisten gewesen sein. In der SED-Propaganda war der Aufstand ein faschistisches Komplott, von Westdeutschland gesteuert. In einem ZK-Beschluss Ihrer Partei, Herr Blechschmidt, Herr Dittes, Herr Kuschel, Frau Scheringer-Wright und Frau Leukefeld, vom 21.06.1953 heißt es: „In Westberlin wurden von den Kaiser und Reuter systematisch Kriegsverbrecher, Militaristen und kriminelle Ele-

mente in Terrororganisationen vorbereitet und ausgerüstet. Zu den alten faschistischen Morderfahrungen kamen noch zusätzlich die Methoden der amerikanischen Gangster. So wurde der faschistische Auswurf wieder großgezogen. Neben den ausländischen Kriegstreibern tragen Adenauer, Ollenhauer, Kaiser und Reuter die volle Verantwortung für das Blut, das bei der Niederschlagung des faschistischen Abenteuers geflossen ist.“ So weit der ZK-Beschluss vom 21. Juni 1953 Ihrer Partei, Herr Blechschmidt.

Hier hören Sie wieder den alten kommunistischen Kampfruf „Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten.“

(Beifall AfD)

Die waren nach Auffassung Ihrer heutigen Koalitionspartner, liebe SPD, auch noch die schlimmsten Faschisten, so wie wir heute von der AfD. Wir können das nachvollziehen. Dabei war die SPD selbst schon vor 1953 durch die Zwangsvereinigung mit der KPD im Jahr 1946 Opfer der Kommunisten geworden. Nun sitzen in Thüringen die Erben der – wie Die Linke meint – Faschisten Ollenhauer und Reuter mit den Erben der Täter, den Ulbrichts und den Honeckers, in einer Regierung. Fata viam invenit. Frau Marx, ich hoffe, Sie verstehen, was ich damit meinte.

Vor diesen historischen Tatsachen sollte man im Zusammenhang mit dem 17. Juni nicht die Augen verschließen und auch nicht davor, dass die SPD der alten Bundesrepublik im Laufe der 1980er-Jahre geneigt war, ohne Not der SED-Diktatur Zugeständnisse zu machen. Neben der geforderten Schließung der Zentralen Erfassungsstelle für DDR-Verbrechen in Salzgitter, wo sich im Übrigen nun eine Erfassungsstelle für Verbrechen und Straftaten gegen die AfD etabliert, gab es zunehmende Distanzierung vom Ziel der deutschen Einheit. Einer der Antreiber war dabei Oskar, und zwar der aus dem Saarland – hier steht „Saraland“. Ich weiß nicht, ist auch ein Freud'scher Versprecher dann: „Oskar aus dem Saraland“. – Also einer der Antreiber dabei war Oskar aus dem Saarland. Trauriger Tiefpunkt dieses Prozesses war dann das beschämende SPD-SED-Papier von 1987, mit dem die SPD die SED-Diktatur noch in der Spätphase stützte, so ähnlich wie heute in Thüringen; Geschichte wiederholt sich scheinbar doch.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Was ist denn das für ein historischer Unsinn?)

Meine Damen und Herren, zu diesem Zeitpunkt stand man in der SPD-West dem Schicksal der in der DDR drangsalierten Deutschen weitestgehend desinteressiert und ablehnend gegenüber. Die DDR und die in ihr eingesperrten Menschen störten das rosarote Weltbild der SPD und ihrer Funktionäre. Wie sonst hätte Willy Brandt – Frau Pelke, den Sie

(Abg. Brandner)

hier gerade so positiv herausgestellt haben – dazu kommen können, 1988 über die Wiedervereinigung als „Lebenslüge der zweiten deutschen Republik“ zu lamentieren? War das die geschichtliche Lehre, die die SPD aus dem Jahr 1953 gezogen hatte?

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Das fragen wir uns!)

Die Quittung bekam dann die SPD-Ost bei der Volkskammerwahl 1990: gerade mal knapp über 20 Prozent. Man hatte mit mehr gerechnet, aber Hand aufs Herz, meine Damen und Herren von der SPD: Heute 20 Prozent, das wäre für Sie, glaube ich, Anlass für ein Großfeuerwerk, oder?

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, der Aufstand in der DDR im Juni 1953 war eine Erhebung des gesamten Volkes gegen eine Diktatur. Auch insoweit lag Herr Dittes falsch. Das Volk wollte nicht mehr von Sozialisten gleich welcher Farbe schikaniert und ausgebeutet werden.

(Beifall AfD)

Wenn wir daran erinnern, rufen wir ins Gedächtnis, dass die SED-Herrschaft keine legitime Volksherrschaft oder gar keine Republik und schon gar keine demokratische Republik war. Es war ein undemokratisches Unterdrückungs-, Repressions- und Drangsalierungskonstrukt von Moskaus Gnaden.

(Beifall AfD)

Dieses Konstrukt – jetzt schlagen wir den Bogen zu heute – definierte sich lediglich als demokratisch, so, wie Sie es von ganz links bis zur SPD auch heute immer wieder gern tun, wenn sie sich hier vorn hinstellen – Herr Wolf ist Meister in dieser Kategorie – und immer von den demokratischen Fraktionen im Thüringer Landtag reden, um andere auszugrenzen, nämlich die AfD. Herr Wolf und alle anderen, genau damit zeigen Sie, dass der DDR-Geist hier in den deutschen und demokratischen Ramelow-Fraktionen weiterwabert.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Wissen Sie, was das für ein Geist ist, wenn Sie von Altparteien reden?)

Meine Damen und Herren, wir betrauern die Opfer der Ereignisse von 1953 und wir bekennen, dass diese Ereignisse den Deutschen in der DDR zur Ehre gereichen. Hier bereits kam unter vielen Opfern der Freiheitswille zum Ausdruck, der sich dann leider erst in einem zweiten Anlauf, nämlich knapp 40 Jahre später, durchzusetzen vermochte, nämlich im Herbst 1989. Der Wille zur Freiheit und Einheit hat letztendlich obsiegt und wir haben allen Grund, uns hierüber zu freuen und den Opfern unsere Dankbarkeit zu bezeugen. Daher ist eine Ergänzung des Thüringer Feiertagsgesetzes, die den

17. Juni als Gedenktag einführen will, angemessen und wird von uns unterstützt.

Jetzt haben wir natürlich zur Auswahl, wie wir abstimmen können. Wir haben auf der einen Seite den Regierungsentwurf und die Beschlussempfehlungen des Innen- und Kommunalausschusses und auf der anderen Seite nach langem Rumgeeier und Lamentieren von der CDU heute mal wieder einen Änderungsantrag bekommen. Wir haben es in der Fraktion diskutiert und werden aufgrund der klaren Formulierungen und der eindeutigen Formulierungen dem Entwurf von Rot-Rot-Grün in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innen- und Kommunalausschusses zustimmen. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Brandner, Ihre Aussage, „wer nicht ihrer Meinung ist, den lassen sie zusammenschlagen“, ist dem Haus nicht angemessen. Wenn Sie das hier wirklich so pausenlos formulieren, will ich Ihnen sagen: Wir werden das als Präsidium nicht mehr durchgehen lassen, dass Sie solche Formulierungen hier tätigen.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Das ist richtig so, jawohl!)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Abgeordnete Rothe-Beinlich das Wort.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich ausdrücklich bedanken bei der Abgeordneten Birgit Pelke, bei Herrn Walk und auch bei Herrn Dittes. Das war bis dahin wirklich eine – wie ich finde – sachliche Debatte, so wie sie auch diesem Thema angemessen ist. Ich werde jetzt drei Namen benennen, weil sie beispielhaft für den 17. Juni stehen. Es handelt sich um drei Männer aus dem ehemaligen Bezirk Gera. Alfred Diener war 26 Jahre, Autoschlosser, Vater eines Sohnes und wurde infolge der Aufstände des 17. Juni am 18. Juni 1953 in Weimar hingerichtet. Alfred Walter war 33 Jahre alt, Bäcker, Vater eines Sohnes. Er ist kurz vor Mitternacht am 17. Juni 1953 im Krankenhaus in Weida infolge der Niederschlagung der Aufstände des 17. Juni gestorben. Horst Walde, 27 Jahre, Fertigputzer, Vater von vier Kindern, starb am 12. November 1954 nach anderthalb Jahren im Zuchthaus Waldheim. Die Biografien der meisten Toten des Aufstands und die Umstände, unter denen sie ums Leben kamen, sind bis heute kaum bekannt. Ihre Nennung soll ein Versuch sein,

(Abg. Rothe-Beinlich)

die Toten vor dem Vergessen zu bewahren und ihnen und ihren Angehörigen und Freunden auf diese Weise späte Gerechtigkeit wiederfahren zu lassen. Wer es nachlesen möchte, es gibt eine Internetseite www.17juni53.de, da finden sich die Namen der Aufständischen, deren Tod im Zusammenhang mit dem 17. Juni steht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ja heute schon vieles gesagt worden. Richtig ist, die Koalitionsfraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen haben sich sehr bewusst entschieden, einen Gesetzentwurf für einen einzelnen, aber wichtigen, bedeutsamen Gedenktag hier im Thüringer Landtag einzubringen. Wir haben uns bewusst entschieden, uns an dieser Stelle eben nicht auf ein Quartett von Gedenktagen einzulassen, sondern diesen Gedenktag singulär stehen zu lassen, weil er für uns eine vielfache Bedeutung hat. Uns geht es nicht nur allein um die Bedeutung des 17. Juni, dem Arbeiteraufstand, sondern tatsächlich um die Bedeutung als Gedenktag an das SED-Unrecht in all seinen Facetten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist hier auch schon ausgeführt worden, wie sich die schriftliche Anhörung für uns dargestellt hat. Herr Walk hat das ausführlich getan, Frau Marx hat das als Berichterstatterin getan, Frau Pelke ist darauf eingegangen, Herr Dittes ist auch darauf eingegangen, ich will es auch noch einmal sagen: Das Vorhaben, einen Gedenktag am 17. Juni einzuführen, wurde einhellig begrüßt. Es wurde mit Nachdruck begrüßt, allerdings auch ganz klar mit benannt, dass dieser Gedenktag für Demokratie, Zivilcourage und vieles mehr auch mit Leben gefüllt werden muss. Darüber werden wir reden müssen, wie wir diesen Gedenktag erfahrbar machen, auch und gerade für die kommenden Generationen. Das ist ein Bildungsauftrag, das ist ein Erinnerungsauftrag, das ist ein Auftrag an uns alle, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, liebe Birgit Pelke, dass wir heute – und ja, ich benutze jetzt auch diesen Begriff, auch und gerade nach der letzten Rede – als demokratische Fraktionen in diesem Haus gemeinsam diesen Gedenktag beschließen, denn ich glaube, wir sind uns in der Sache eigentlich einig. Begriffshaarspaltereien tun hier aus unserer Sicht jedenfalls tatsächlich nichts zur Sache. Im Gegenteil, ich würde es als eine Ausrede werten, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wenn Sie sagen, Sie können unserem Gesetzentwurf nur nicht zustimmen, weil wir von SED-Unrecht und nicht von SED-Diktatur sprechen. Ich will Ihnen begründen, warum wir uns für die Begrifflichkeit SED-Unrecht entschieden haben. Diktatur mag die politikwissenschaftlich korrekte

Beschreibung sein. Diktatur wurde im Übrigen auch von der DDR selbst gern verwandt als Diktatur des Proletariats. Manche nutzen diese zynische – wie ich es finde – Beschreibung nach wie vor, wenn Sie zurückblicken auf alles, was ja „vielleicht doch nicht so schlecht“ war. In der Debatte um die Frage des Unrechtsstaats hat sich Gregor Gysi auch einmal sehr bezeichnend geäußert. Er sagte nämlich: „Die DDR war zwar eine Diktatur ohne demokratische Kontrolle und kein Rechtsstaat. Es gab in ihr auch Unrecht, sie war aber kein Unrechtsstaat.“ Wir haben diese Debatte umfänglich hier in Thüringen geführt. SED-Unrecht haben wir als Begrifflichkeit gewählt, weil sie aus unserer Sicht über die reine Diktaturbeschreibung hinausgeht. Sie umfasst nämlich auch eine moralische Beschreibung und diese moralische Beschreibung halten wir für wichtig an einem solchen Gedenktag, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das SED-Unrecht benennt also auch die Träger der Diktatur und ist damit für uns weiter gehend. Ich hoffe tatsächlich, dass Sie sich dieser Lesart anschließen können, meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU.

Wir haben diesen Gedenktag 17. Juni heute hier auf der Tagesordnung in zweiter Beratung und ich glaube es steht uns gut zu Gesicht, nachdem wir uns sehr bewusst zunächst für einen Gedenktag 8. Mai entschieden haben. Ich sage es auch noch einmal ganz deutlich, da bin ich ganz dicht bei Stefan Dittes: Es darf niemals eine Relativierung durch Gleichsetzung geben, genauso wenig wie eine Anbiederung, meine sehr geehrten Damen und Herren. Den 17. Juni singulär zu stellen ist eine Wertschätzung aus meiner Sicht, ist eine Aufwertung, wird der Bedeutung gerecht, die dieser Tag für uns hat, als Tag, an dem wir erinnern wollen – das ist hier schon ausgeführt worden – an Menschen wie Matthias Domaschk, der in Stasigefangenschaft ums Leben kam, an all die, die Widerstand geleistet haben gegen das SED-Unrecht, an diejenigen, die, wie es in unserer Präambel des Koalitionsvertrags auch beschrieben ist, ihr Leben eben nicht frei leben konnten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will hier nicht alles wiederholen, was richtigerweise schon ausgeführt wurde. Für uns ist der 17. Juni zentral, für uns ist er nicht beliebig, deswegen haben wir uns bewusst für diese Form des Gesetzentwurfs entschieden. Und ich hoffe auf Ihre Zustimmung, zumindest aus den Reihen von CDU, SPD, Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Namens meiner Fraktion beantragen wir namentliche Abstimmung zu unserem Gesetzentwurf. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Rothe-Beinlich)**Vizepräsident Höhn:**

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Gibt es weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten? Das kann ich nicht erkennen. Gibt es den Wunsch seitens der Landesregierung nach einer Rede? Das ist auch nicht der Fall. Dann schließe ich die Aussprache und wir kommen jetzt zu den Abstimmungen. Zunächst über den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU in der Drucksache 6/1212 in der Neufassung. Es gibt die Wortmeldung von Herrn Emde.

Abgeordneter Emde, CDU:

Herr Präsident, ich möchte gern die getrennte Abstimmung zu den Absätzen 1 bis 5 aus dem § 2 a beantragen.

Vizepräsident Höhn:

Das heißt, jeden einzelnen Absatz. Dann treten wir in die Abstimmung ein. Also, wer dem Gesetzentwurf der CDU in der Drucksache ... Herr Abgeordneter Emde.

Abgeordneter Emde, CDU:

Herr Präsident, ich möchte noch ergänzen: Ich möchte die namentliche Abstimmung dazu beantragen.

Vizepräsident Höhn:

Da muss ich jetzt noch einmal nachfragen, Herr Kollege: Die namentliche Abstimmung zu allen Einzelabstimmungen?

(Zuruf Abg. Emde, CDU: Ja!)

Da habe ich das jetzt richtig verstanden.

Dann treten wir jetzt in folgende Abstimmung ein: zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Feiertagsgesetzes, der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU in Drucksache 6/1212, und es geht um die Ziffer 2, § 2 a Abs. 1. Ich bitte die Schriftführer, die Stimmkarten einzusammeln.

Hatten alle die Gelegenheit, Ihre Stimme abzugeben? Wenn Sie die Freundlichkeit besäßen, dass der Präsident das auch noch tun kann! Danke schön. Dann schließe ich die Abstimmung. Ich bitte um Auszählung.

Wir haben ein Ergebnis zur Abstimmung über den § 2 a Abs. 1 des Gesetzentwurfs der CDU-Fraktion. Es wurden 83 Stimmen abgegeben. Mit Ja stimmten 32, mit Nein 51 (namentliche Abstimmung siehe Anlage 1). Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur nächsten Abstimmung, die Abstimmung über den Absatz 2. Nach Rücksprache mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der

CDU-Fraktion hat sich diese Abstimmung erübrigt, weil es dazu schon eine eigene Gesetzgebung gibt.

Damit treten wir in die Abstimmung zu § 2 a Abs. 3 des Gesetzentwurfs ein. Da bitte ich wiederum die Schriftführer um das Einsammeln der Stimmkarten.

Hatten alle Kollegen die Gelegenheit, ihre Stimme abzugeben? Das ist offenkundig der Fall. Ich bitte um Auszählung.

Wir haben ein Ergebnis der Abstimmung zu § 2 a Abs. 3 des Gesetzentwurfs der CDU-Fraktion. Es wurden 84 Stimmen abgegeben. Mit Ja stimmten 34, mit Nein 43 und es gab 7 Enthaltungen (namentliche Abstimmung siehe Anlage 2). Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung von § 2 a Abs. 4 des Gesetzentwurfs der CDU-Fraktion. Auch hier ist namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte, die Stimmkarten einzusammeln.

Ich gehe davon aus, dass alle die Gelegenheit hatten, ihre Stimme abzugeben. Das ist der Fall. Dann bitte ich um die Auszählung.

Wir haben ein Ergebnis zur Abstimmung von § 2 a Abs. 4 des Gesetzentwurfs der CDU. Es wurden 83 Stimmen abgegeben. Mit Ja stimmten 33; es gab 50 Neinstimmen (namentliche Abstimmung siehe Anlage 3). Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Die nächste beantragte namentliche Abstimmung ist die zum § 2 a Abs. 5 des Gesetzentwurfs der CDU. Dazu bitte ich wieder die Schriftführer, die Stimmkarten einzusammeln.

Hatten alle die Gelegenheit, ihre Stimme abzugeben? Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann bitte ich um Auszählung.

Es gibt ein Ergebnis zur Abstimmung zum § 2 a Abs. 5 des Gesetzentwurfs der CDU. Es wurden 83 Stimmen abgegeben. Mit Ja stimmten 31 und mit Nein 52. Damit ist dieser Antrag abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 4).

Ich rufe noch mal die Abstimmung zum Gesetzentwurf der CDU in der Drucksache 6/1212 in seiner Gesamtheit unter Berücksichtigung der eben abgestimmten Einzelanträge zum § 2 a auf. Wer dem Gesetzentwurf der CDU seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der CDU-Fraktion und des Abgeordneten Gentele. Die Gegenstimmen bitte. Die Gegenstimmen kommen aus den Reihen der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und AfD. Gibt es Stimmenthaltungen? Wo? Entschuldigung. Die Stimmenthaltung kommt vom Abgeordneten Krumpe. Damit ist dieser Gesetzentwurf abgelehnt.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen zum Gesetzentwurf der Fraktionen Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Uns liegt ein Änderungs-

(Vizepräsident Höhn)

antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 6/2061 vor. Mir wurde angezeigt, dass die Abstimmung über diesen Antrag in namentlicher Abstimmung erfolgen soll. Bleibt es dabei?

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU; Abg. Mohring, CDU: Ja!)

Das wird bejaht. Ich bitte die Schriftführer, die Stimmkarten einzusammeln.

Hatten alle die Gelegenheit, ihre Stimme abzugeben? Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich bitte um Auszählung.

Wir haben ein Ergebnis zur Abstimmung über den Änderungsantrag in der Drucksache 6/2061. Es wurden 84 Stimmen abgegeben. Mit Ja stimmten 34 Abgeordnete, mit Nein 43 und es gab 7 Enthaltungen (namentliche Abstimmung siehe Anlage 5). Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt direkt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktionen Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 6/1769, da die Beschlussempfehlung des Innen- und Kommunalausschusses die Annahme des Gesetzentwurfs empfiehlt. Auch hier ist mir namentliche Abstimmung angezeigt worden. Ich bitte die Schriftführer, die Stimmkarten einzusammeln.

Hatten alle die Gelegenheit, ihre Stimme abzugeben? Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich bitte um Auszählung.

Meine Damen und Herren, es gibt ein Ergebnis zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktionen Die Linke, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 6/1769 in zweiter Beratung. Es wurden 84 Stimmen abgegeben. Mit Ja stimmten 83 Abgeordnete, mit Nein 1 Abgeordneter (namentliche Abstimmung siehe Anlage 6). Damit ist dieser Gesetzentwurf angenommen.

Es gibt jetzt den Wunsch des Abgeordneten Mohring nach einer persönlichen Erklärung zum Abstimmungsverhalten. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Herr Präsident, ich möchte diese Erklärung zum Abstimmungsverhalten auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen abgeben. Wir haben mit Ja gestimmt, weil wir die Einführung des Gedenktags des 17. Juni wichtiger finden als die Debatten am Ende, wer es zuerst eingebracht hat und wer welche semantische Erklärung am Ende nachliefert.

Ich will aber gern darauf hinweisen: Wir haben im Laufe dieser Wahlperiode dreimal einen Antrag zur Einführung des 17. Juni als Gedenktag gestellt. Dreimal hat die Mehrheit dieses Hauses diesen Antrag abgelehnt. Wir haben eine Menge moralische Erklärungen gehört, dass man doch möchte, dass

die CDU zustimmt. Wir haben das getan, weil uns die Einführung und das Gedenken an den Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 wichtiger war. Aber ich glaube, dem Haus steht auch gut zu Gesicht, wenn man nicht darauf wartet, bis man endlich selbst einen Antrag schreibt, sondern wenn es um die Sache geht, um das Gedenken aus der Geschichte unseres gemeinsamen Landes, dass man das dann auch in den Mittelpunkt stellt und nicht so lange wartet, bis man zum eigenen Antrag kommt. Deswegen haben wir mit Ja gestimmt.

(Beifall CDU, SPD, AfD)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Wir kommen jetzt zur Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen.

Ach, Entschuldigung, Frau Abgeordnete Scheringer-Wright, ich nehme an, das ist ein Antrag auf persönliche Erklärung zum Abstimmungsverhalten. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Abgeordnete Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE:

Gegen diesen Gesetzentwurf, gegen dieses Gesetz zu stimmen habe ich mir nicht leicht gemacht. Ich weiß, dass auch in der DDR Unrecht geschehen ist und dieses verurteile ich. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass Unrecht nie unwidersprochen bleiben darf. Daher muss auch in der DDR geschehenes Unrecht, verursacht durch die SED oder durch wen auch immer, aufgearbeitet werden. Das gilt umso mehr, wenn Tote zu beklagen sind. Jeder Mensch, der gewaltsam zu Tode gebracht wird, ist einer zuviel. Aufarbeitung ist also notwendig. Die Frage ist, wie dies geschieht.

Im heute beschlossenen zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Feiertagsgesetzes wird der 17. Juni 1953 in eine Reihe mit dem 8. Mai 1945 gestellt. Das bedient Geschichtsklitterung. Der 8. Mai 1945 ist der Tag der Befreiung vom Faschismus, der Tag, an dem der grauenhafte zweite Weltkrieg mit mehr als 50 Millionen Toten sein Ende in Europa fand, der Tag, an dem der Völkermord an 6 Millionen europäischen Juden beendet wurde. Dieser Tag ist etwas historisch Einmaliges und es ist illegitim, die Befreiung vom Holocaust, der industriellen Massenvernichtung von Menschen, mit anderen historischen Ereignissen in eine Reihe zu stellen. Es wird immer üblicher – man sieht es an der AfD, aber man sieht es auch an der CDU –, von erster, nämlich Faschismus-Diktatur, und zweiter, nämlich DDR-Diktatur, zu sprechen. Das hebt das faschistische Deutschland und die DDR auf eine Stufe. Das wiederum ist massive Geschichtsfälschung. Vor diesem Hintergrund befürchte ich gerade mit Blick auf den wachsenden Rechtspopulis-

(Abg. Dr. Scheringer-Wright)

mus eine Verniedlichung der Diktatur der Nationalsozialisten.

Noch einmal zurück zum 17. Juni 1953: Dieser Tag kann nicht ohne den Kontext des Kalten Krieges bewertet werden. Zum Beispiel wurde nach der Ablehnung der Stalin-Note 1952 durch die Adenauergeführte Bundesregierung und die Westalliierten die Remilitarisierung der BRD und deren Einbindung in die NATO vorangetrieben. Das vertiefte die Spaltung Deutschlands. Gegen diese Vertiefung der Spaltung regte sich massiver Widerstand auch im Westen, so zum Beispiel am 11. Mai 1952 in Essen.

(Unruhe CDU)

Trotz Demonstrationsverbots wollten sich mehr als 30.000 Jugendliche nicht vertreiben lassen. Die Demonstration wurde gewaltsam aufgelöst. Der FDJler Philipp Müller wurde erschossen und eine ganze Reihe von Jugendlichen wurde verhaftet. Meine Mutter zum Beispiel kam als 17-Jährige sieben Monate in Einzelhaft. Bis heute ist sie nicht rehabilitiert. Solche Zusammenhänge und Wechselwirkungen fließen in die offizielle Aufarbeitung der jüngeren Geschichte nicht ein,

Vizepräsident Höhn:

Frau Abgeordnete, einen kleinen Augenblick. Das Redezeitbudget für persönliche Erklärungen liegt nach unserer Geschäftsordnung bei 3 Minuten. Die haben wir schon überschritten. Deshalb muss ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Ich glaube, es ist alles dokumentiert, was man schon immer hören wollte!)

Abgeordnete Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE:

auch nicht bei diesem Gedenktag 17. Juni. Eigentlich müsste es an diesem Tag um Widerstand und die Aufforderung zur Widerständigkeit gehen. Danke.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Gegen wen? Gegen Ramelow!)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Jetzt schau ich noch einmal in die Runde, damit ich auch niemanden mit dem Wunsch nach einer persönlichen Erklärung übersehe. Herr Abgeordneter Fiedler.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Ihr könnt Euch alle aufregen, wenn man so etwas anhören muss. Ich habe am Ende dem 17. Juni zugestimmt. Da geht es mir genauso wie vielen anderen. Es ist mir wichtiger, dass des 17. Juni gedacht wird und dass das überhaupt in dem Hohen Hause

hier zu einem guten Ende kommt, als ein einzelnes Wort oder eine Erklärung, die hier abgegeben wird.

(Beifall CDU)

Die sind unter der Gürtellinie, die müssen den echten Ossi zum Grausen bringen.

(Beifall CDU, DIE LINKE, AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Jetzt unternehme ich einen erneuten Versuch, zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen in der Drucksache 6/1769 in der Schlussabstimmung zu kommen. Wer diesem Gesetz seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. Danke schön. Die Gegenstimmen, bitte. Bei einer Gegenstimme und der Zustimmung aller anderen Abgeordneten des Hauses ...

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD; Abg. Möller, AfD: Nein!)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Ich mache schon den Rucksack auf!)

Bei einer Gegenstimme und der Zustimmung aller anderen Abgeordneten dieses Hauses ist dieser Gesetzentwurf angenommen und ich schließe diesen Tagesordnungspunkt.

Bevor ich jetzt die Sitzung schließe, meine Damen und Herren, gibt es noch den Wunsch des Abgeordneten Höcke nach einer Erklärung außerhalb der Tagesordnung gemäß § 33 unserer Geschäftsordnung. Herr Höcke, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Höcke, AfD:

Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete, sehr verehrte Besucher auf der Tribüne! Wir haben in den letzten anderthalb, zwei Stunden sehr intensiv über die Fehlversuche des 20. Jahrhunderts diskutiert und uns ausgetauscht – das ist wichtig und das ist richtig.

Für den Himmelfahrtstag ist in meinem Heimatort Bornhagen eine Demonstration von linksextremen Gruppen angekündigt und ich möchte gerne zu diesem Sachverhalt hier und heute kurz Stellung beziehen.

Sehr verehrte Kollegen Abgeordnete, das Leben kann man kurz und bündig kategorisieren: Es gibt eine private Sphäre und es gibt eine öffentliche Sphäre. Teil der öffentlichen Sphäre ist die politische Sphäre. In einem voll entwickelten und funktionsfähigen demokratischen Rechtsstaat hat der Einzelne die Möglichkeit, zu wählen, in welcher Sphäre er sich aufhalten möchte. In einem voll entwickelten demokratischen Rechtsstaat kann auch der Politiker entscheiden, wann er sich wo aufhält.

(Abg. Höcke)

Ich weiß, dass ich ein Politiker bin, der eine sehr deutliche Rede pflegt, hier im Hohen Haus und auch – und das ist mein Bürgerrecht und das ist in meinen Augen der Situation in unserem Land geschuldet – auf der Straße im Rahmen von Demonstrationen, das weiß ich. Ich bin auch bereit, dafür, dass ich austeilen darf, im Rahmen des Möglichen einzustecken. Diese Bereitschaft habe ich und das muss ich akzeptieren und das akzeptiere ich auch.

Ich selbst, meine Fraktion hier im Thüringer Landtag und für meine Partei kann ich das ebenfalls sagen: Wir sehen aufgrund der Lage in diesem Land die Notwendigkeit, die Worte zu wählen, wie wir sie wählen, und manchmal auch in einer Deutlichkeit auszusprechen, wie wir sie aussprechen. Was wir niemals tun würden, sind Demonstrationen vor Privathäusern von Politikern, gleich welcher Couleur.

(Beifall CDU, SPD, AfD)

Ich muss, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete, ertragen, wenn Journalisten durch mein Dorf ziehen und meine Nachbarn zu meiner Person befragen; das muss ich ertragen.

(Zwischenruf aus dem Hause: Selber schuld!)

Ich finde es nicht sehr stilvoll, wenn man jemanden, der eine persönliche Erklärung abgibt, unterbricht.

Ich will es nicht ertragen, dass Journalisten ungefragt meinen Hof betreten und dort mit vorgehaltener Kamera meine Kinder fragen, wo denn ihr Papa sei.

Ich will es nicht ertragen, dass die Mitbewohner meines Heimatdorfs ihre Kirmes absagen wollen, weil sie in Sorge sind, dass in Bornhagen am Himmelfahrtstag, am sogenannten Vatertag, eine Zerstörungssorgie von linksextremen Kräften praktiziert wird, wie sie in Hamburg und Leipzig alljährlich am 1. Mai zu beobachten ist.

Ich will es auch nicht ertragen, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete, dass die Mitbürger meines Dorfs, dass aber vor allem auch meine Familie, meine Frau und meine Kinder für meine politische Überzeugung in Sippenhaft genommen werden. Ich stehe zu meiner politischen Überzeugung ohne Wahrheitsanspruch. Ich nötige niemandem meine politische Überzeugung auf, auch wenn ich natürlich im Rahmen der mir gegebenen Möglichkeiten des Parlamentarismus und der Demokratie für meine politischen Überzeugungen werbe. Dieser Zustand ist im Augenblick in meinen Augen nicht mehr der eines voll entwickelten und lebendigen demokratischen Rechtsstaats. Ich bin in großer Sorge, dass wir einen Weg beschreiten können, den wir uns alle nicht wünschen.

Ich möchte abschließend – wenn der Innenminister Herr Dr. Poppenhäger heute hier wäre, würde ich ihn auch persönlich darum bitten – die Polizei bitten, dass sie das staatliche Gewaltmonopol mit der notwendigen Härte zu hundert Prozent durchsetzt. Ich möchte in diesem Kontext allen Kollegen Dank sagen, egal welcher Partei und welcher Fraktion sie angehören, und ich möchte auch den Regierungsmitgliedern danken, die sich in den letzten Tagen ganz eindeutig auf die Seite des demokratischen Rechtsstaats gestellt haben. Vielen Dank.

(Beifall CDU, AfD)

Vizepräsident Höhn:

Damit schließe ich die Sitzung für den heutigen Tag. Wir sehen uns morgen pünktlich um 9.00 Uhr zur Fortsetzung der Plenarsitzung.

Ende: 19.04 Uhr

Anlage 1

Namentliche Abstimmung in der 46. Sitzung am
20. April 2016 zum Tagesordnungspunkt 1 aZweites Gesetz zur Änderung des Thüringer
Feiertagsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 6/1212 - Neufassung -
hier: Artikel 1 Nr. 2 § 2 a Abs. 1

1. Adams, Dirk	nein	49. Lieberknecht, Christine (CDU)	ja
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		50. Liebetrau, Christina (CDU)	ja
2. Becker, Dagmar (SPD)	nein	51. Lukasch, Ute (DIE LINKE)	nein
3. Berninger, Sabine (DIE LINKE)	nein	52. Lukin, Dr. Gudrun (DIE LINKE)	nein
4. Blechschmidt, André (DIE LINKE)	nein	53. Malsch, Marcus (CDU)	ja
5. Brandner, Stephan (AfD)	nein	54. Martin-Gehl, Dr. Iris (DIE LINKE)	nein
6. Bühl, Andreas (CDU)	ja	55. Marx, Dorothea (SPD)	nein
7. Carius, Christian (CDU)	ja	56. Matschie, Christoph (SPD)	nein
8. Dittes, Steffen (DIE LINKE)	nein	57. Meißner, Beate (CDU)	ja
9. Emde, Volker (CDU)	ja	58. Mitteldorf, Katja (DIE LINKE)	nein
10. Engel, Kati (DIE LINKE)		59. Mohring, Mike (CDU)	ja
11. Fiedler, Wolfgang (CDU)	ja	60. Möller, Stefan (AfD)	nein
12. Floßmann, Kristin (CDU)	ja	61. Mühlbauer, Eleonore (SPD)	nein
13. Geibert, Jörg (CDU)	ja	62. Muhsal, Wiebke (AfD)	nein
14. Gentele, Siegfried (fraktionslos)	ja	63. Müller, Anja (DIE LINKE)	nein
15. Grob, Manfred (CDU)	ja	64. Müller, Olaf	
16. Gruhner, Stefan (CDU)	ja	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
17. Hande, Ronald (DIE LINKE)	nein	65. Pelke, Birgit (SPD)	nein
18. Harzer, Steffen (DIE LINKE)	nein	66. Pfefferlein, Babett	nein
19. Hausold, Dieter (DIE LINKE)	nein	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
20. Helmerich, Oskar (SPD)	nein	67. Pidde, Dr. Werner (SPD)	nein
21. Henfling, Madeleine	nein	68. Primas, Egon (CDU)	
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		69. Reinholz, Jürgen (fraktionslos)	
22. Henke, Jörg (AfD)		70. Rosin, Marion (SPD)	nein
23. Hennig-Wellsow, Susanne	nein	71. Rothe-Beinlich, Astrid	nein
(DIE LINKE)		(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
24. Herold, Corinna (AfD)	nein	72. Rudy, Thomas (AfD)	nein
25. Herrgott, Christian (CDU)	ja	73. Schaft, Christian (DIE LINKE)	nein
26. Hey, Matthias (SPD)	nein	74. Scherer, Manfred (CDU)	ja
27. Heym, Michael (CDU)	ja	75. Scheringer-Wright, Dr. Johanna	nein
28. Höcke, Björn (AfD)	nein	(DIE LINKE)	
29. Höhn, Uwe (SPD)	nein	76. Schulze, Simone (CDU)	ja
30. Holbe, Gudrun (CDU)	ja	77. Skibbe, Diana (DIE LINKE)	nein
31. Holzapfel, Elke (CDU)	ja	78. Stange, Karola (DIE LINKE)	nein
32. Huster, Mike (DIE LINKE)	nein	79. Tasch, Christina (CDU)	ja
33. Jung, Margit (DIE LINKE)	nein	80. Taubert, Heike (SPD)	nein
34. Kalich, Ralf (DIE LINKE)	nein	81. Thamm, Jörg (CDU)	ja
35. Kellner, Jörg (CDU)	ja	82. Tischner, Christian (CDU)	ja
36. Kießling, Olaf (AfD)	nein	83. Voigt, Dr. Mario (CDU)	ja
37. Kobelt, Roberto	nein	84. Walk, Raymond (CDU)	ja
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		85. Walsmann, Marion (CDU)	ja
38. König, Katharina (DIE LINKE)	nein	86. Warnecke, Frank (SPD)	nein
39. Korschewsky, Knut (DIE LINKE)	nein	87. Wirkner, Herbert (CDU)	ja
40. Kowalleck, Maik (CDU)	ja	88. Wolf, Torsten (DIE LINKE)	nein
41. Kräuter, Rainer (DIE LINKE)	nein	89. Worm, Henry (CDU)	ja
42. Krumpe, Jens (fraktionslos)	nein	90. Wucherpennig, Gerold (CDU)	
43. Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	nein	91. Zippel, Christoph (CDU)	ja
44. Kummer, Tilo (DIE LINKE)			
45. Kuschel, Frank (DIE LINKE)	nein		
46. Lehmann, Annette (CDU)	ja		
47. Lehmann, Diana (SPD)	nein		
48. Leukefeld, Ina (DIE LINKE)			

Anlage 2

**Namentliche Abstimmung in der 46. Sitzung am
20. April 2016 zum Tagesordnungspunkt 1 a****Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer
Feiertagsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 6/1212 - Neufassung -
hier: Artikel 1 Nr. 2 § 2 a Abs. 3

1. Adams, Dirk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein	46. Lehmann, Annette (CDU)	ja
2. Becker, Dagmar (SPD)	nein	47. Lehmann, Diana (SPD)	nein
3. Berninger, Sabine (DIE LINKE)	nein	48. Leukefeld, Ina (DIE LINKE)	
4. Blechschmidt, André (DIE LINKE)	nein	49. Lieberknecht, Christine (CDU)	ja
5. Brandner, Stephan (AfD)	Enthaltung	50. Liebetrau, Christina (CDU)	ja
6. Bühl, Andreas (CDU)	ja	51. Lukasch, Ute (DIE LINKE)	nein
7. Carius, Christian (CDU)	ja	52. Lukin, Dr. Gudrun (DIE LINKE)	nein
8. Dittes, Steffen (DIE LINKE)	nein	53. Malsch, Marcus (CDU)	ja
9. Emde, Volker (CDU)	ja	54. Martin-Gehl, Dr. Iris (DIE LINKE)	nein
10. Engel, Kati (DIE LINKE)		55. Marx, Dorothea (SPD)	nein
11. Fiedler, Wolfgang (CDU)	ja	56. Matschie, Christoph (SPD)	nein
12. Floßmann, Kristin (CDU)	ja	57. Meißner, Beate (CDU)	ja
13. Geibert, Jörg (CDU)	ja	58. Mitteldorf, Katja (DIE LINKE)	nein
14. Gentele, Siegfried (fraktionslos)	ja	59. Mohring, Mike (CDU)	ja
15. Grob, Manfred (CDU)	ja	60. Möller, Stefan (AfD)	Enthaltung
16. Gruhner, Stefan (CDU)	ja	61. Mühlbauer, Eleonore (SPD)	nein
17. Hande, Ronald (DIE LINKE)	nein	62. Muhsal, Wiebke (AfD)	Enthaltung
18. Harzer, Steffen (DIE LINKE)	nein	63. Müller, Anja (DIE LINKE)	nein
19. Hausold, Dieter (DIE LINKE)	nein	64. Müller, Olaf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
20. Helmerich, Oskar (SPD)	nein	65. Pelke, Birgit (SPD)	nein
21. Henfling, Madeleine (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein	66. Pfefferlein, Babett (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
22. Henke, Jörg (AfD)	ja	67. Pidde, Dr. Werner (SPD)	nein
23. Hennig-Wellsow, Susanne (DIE LINKE)	nein	68. Primas, Egon (CDU)	
24. Herold, Corinna (AfD)	Enthaltung	69. Reinholz, Jürgen (fraktionslos)	
25. Herrgott, Christian (CDU)	ja	70. Rosin, Marion (SPD)	nein
26. Hey, Matthias (SPD)	nein	71. Rothe-Beinlich, Astrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
27. Heym, Michael (CDU)	ja	72. Rudy, Thomas (AfD)	Enthaltung
28. Höcke, Björn (AfD)	Enthaltung	73. Schaft, Christian (DIE LINKE)	nein
29. Höhn, Uwe (SPD)	nein	74. Scherer, Manfred (CDU)	ja
30. Holbe, Gudrun (CDU)	ja	75. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (DIE LINKE)	nein
31. Holzapfel, Elke (CDU)	ja	76. Schulze, Simone (CDU)	ja
32. Huster, Mike (DIE LINKE)	nein	77. Skibbe, Diana (DIE LINKE)	nein
33. Jung, Margit (DIE LINKE)	nein	78. Stange, Karola (DIE LINKE)	nein
34. Kalich, Ralf (DIE LINKE)	nein	79. Tasch, Christina (CDU)	ja
35. Kellner, Jörg (CDU)	ja	80. Taubert, Heike (SPD)	nein
36. Kießling, Olaf (AfD)	Enthaltung	81. Thamm, Jörg (CDU)	ja
37. Kobelt, Roberto (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein	82. Tischner, Christian (CDU)	ja
38. König, Katharina (DIE LINKE)	nein	83. Voigt, Dr. Mario (CDU)	ja
39. Korschewsky, Knut (DIE LINKE)	nein	84. Walk, Raymond (CDU)	ja
40. Kowalleck, Maik (CDU)	ja	85. Walsmann, Marion (CDU)	ja
41. Kräuter, Rainer (DIE LINKE)	nein	86. Warnecke, Frank (SPD)	nein
42. Krumpe, Jens (fraktionslos)	ja	87. Wirkner, Herbert (CDU)	ja
43. Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	nein	88. Wolf, Torsten (DIE LINKE)	nein
44. Kummer, Tilo (DIE LINKE)		89. Worm, Henry (CDU)	ja
45. Kuschel, Frank (DIE LINKE)	nein	90. Wucherpfennig, Gerold (CDU)	

91. Zippel, Christoph (CDU)

ja

Anlage 3

**Namentliche Abstimmung in der 46. Sitzung am
20. April 2016 zum Tagesordnungspunkt 1 a****Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer
Feiertagsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 6/1212 - Neufassung-

hier: Artikel 1 Nr. 2 § 2 a Abs. 4

1. Adams, Dirk	nein	49. Lieberknecht, Christine (CDU)	ja
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		50. Liebetrau, Christina (CDU)	ja
2. Becker, Dagmar (SPD)	nein	51. Lukasch, Ute (DIE LINKE)	nein
3. Berninger, Sabine (DIE LINKE)	nein	52. Lukin, Dr. Gudrun (DIE LINKE)	nein
4. Blechschmidt, André (DIE LINKE)	nein	53. Malsch, Marcus (CDU)	ja
5. Brandner, Stephan (AfD)	nein	54. Martin-Gehl, Dr. Iris (DIE LINKE)	nein
6. Bühl, Andreas (CDU)	ja	55. Marx, Dorothea (SPD)	nein
7. Carius, Christian (CDU)	ja	56. Matschie, Christoph (SPD)	nein
8. Dittes, Steffen (DIE LINKE)	nein	57. Meißner, Beate (CDU)	ja
9. Emde, Volker (CDU)	ja	58. Mitteldorf, Katja (DIE LINKE)	nein
10. Engel, Kati (DIE LINKE)		59. Mohring, Mike (CDU)	ja
11. Fiedler, Wolfgang (CDU)	ja	60. Möller, Stefan (AfD)	nein
12. Floßmann, Kristin (CDU)	ja	61. Mühlbauer, Eleonore (SPD)	nein
13. Geibert, Jörg (CDU)	ja	62. Muhsal, Wiebke (AfD)	nein
14. Gentele, Siegfried (fraktionslos)	ja	63. Müller, Anja (DIE LINKE)	nein
15. Grob, Manfred (CDU)	ja	64. Müller, Olaf	
16. Gruhner, Stefan (CDU)	ja	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
17. Hande, Ronald (DIE LINKE)	nein	65. Pelke, Birgit (SPD)	nein
18. Harzer, Steffen (DIE LINKE)	nein	66. Pfefferlein, Babett	nein
19. Hausold, Dieter (DIE LINKE)	nein	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
20. Helmerich, Oskar (SPD)	nein	67. Pidde, Dr. Werner (SPD)	nein
21. Henfling, Madeleine	nein	68. Primas, Egon (CDU)	
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		69. Reinholz, Jürgen (fraktionslos)	
22. Henke, Jörg (AfD)		70. Rosin, Marion (SPD)	nein
23. Hennig-Wellsow, Susanne	nein	71. Rothe-Beinlich, Astrid	nein
(DIE LINKE)		(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
24. Herold, Corinna (AfD)	nein	72. Rudy, Thomas (AfD)	nein
25. Herrgott, Christian (CDU)	ja	73. Schaft, Christian (DIE LINKE)	nein
26. Hey, Matthias (SPD)	nein	74. Scherer, Manfred (CDU)	ja
27. Heym, Michael (CDU)	ja	75. Scheringer-Wright, Dr. Johanna	nein
28. Höcke, Björn (AfD)	nein	(DIE LINKE)	
29. Höhn, Uwe (SPD)	nein	76. Schulze, Simone (CDU)	ja
30. Holbe, Gudrun (CDU)	ja	77. Skibbe, Diana (DIE LINKE)	nein
31. Holzapfel, Elke (CDU)	ja	78. Stange, Karola (DIE LINKE)	nein
32. Huster, Mike (DIE LINKE)	nein	79. Tasch, Christina (CDU)	ja
33. Jung, Margit (DIE LINKE)	nein	80. Taubert, Heike (SPD)	nein
34. Kalich, Ralf (DIE LINKE)	nein	81. Thamm, Jörg (CDU)	ja
35. Kellner, Jörg (CDU)	ja	82. Tischner, Christian (CDU)	ja
36. Kießling, Olaf (AfD)	nein	83. Voigt, Dr. Mario (CDU)	ja
37. Kobelt, Roberto	nein	84. Walk, Raymond (CDU)	ja
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		85. Walsmann, Marion (CDU)	ja
38. König, Katharina (DIE LINKE)	nein	86. Warnecke, Frank (SPD)	nein
39. Korschewsky, Knut (DIE LINKE)	nein	87. Wirkner, Herbert (CDU)	ja
40. Kowalleck, Maik (CDU)	ja	88. Wolf, Torsten (DIE LINKE)	nein
41. Kräuter, Rainer (DIE LINKE)	nein	89. Worm, Henry (CDU)	ja
42. Krumpe, Jens (fraktionslos)	ja	90. Wucherpennig, Gerold (CDU)	
43. Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	nein	91. Zippel, Christoph (CDU)	ja
44. Kummer, Tilo (DIE LINKE)			
45. Kuschel, Frank (DIE LINKE)	nein		
46. Lehmann, Annette (CDU)	ja		
47. Lehmann, Diana (SPD)	nein		
48. Leukefeld, Ina (DIE LINKE)			

Anlage 4

**Namentliche Abstimmung in der 46. Sitzung am
20. April 2016 zum Tagesordnungspunkt 1 a**
**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer
Feiertagsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 6/1212 - Neufassung -
hier: Artikel 1 Nr. 2 § 2 a Abs. 5

1. Adams, Dirk	nein	49. Lieberknecht, Christine (CDU)	ja
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		50. Liebetrau, Christina (CDU)	ja
2. Becker, Dagmar (SPD)	nein	51. Lukasch, Ute (DIE LINKE)	nein
3. Berninger, Sabine (DIE LINKE)	nein	52. Lukin, Dr. Gudrun (DIE LINKE)	nein
4. Blechschmidt, André (DIE LINKE)	nein	53. Malsch, Marcus (CDU)	ja
5. Brandner, Stephan (AfD)	nein	54. Martin-Gehl, Dr. Iris (DIE LINKE)	nein
6. Bühl, Andreas (CDU)	ja	55. Marx, Dorothea (SPD)	nein
7. Carius, Christian (CDU)	ja	56. Matschie, Christoph (SPD)	nein
8. Dittes, Steffen (DIE LINKE)	nein	57. Meißner, Beate (CDU)	ja
9. Emde, Volker (CDU)	ja	58. Mitteldorf, Katja (DIE LINKE)	nein
10. Engel, Kati (DIE LINKE)		59. Mohring, Mike (CDU)	ja
11. Fiedler, Wolfgang (CDU)	ja	60. Möller, Stefan (AfD)	nein
12. Floßmann, Kristin (CDU)	ja	61. Mühlbauer, Eleonore (SPD)	nein
13. Geibert, Jörg (CDU)	ja	62. Muhsal, Wiebke (AfD)	nein
14. Gentele, Siegfried (fraktionslos)	nein	63. Müller, Anja (DIE LINKE)	nein
15. Grob, Manfred (CDU)	ja	64. Müller, Olaf	
16. Gruhner, Stefan (CDU)	ja	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
17. Hande, Ronald (DIE LINKE)	nein	65. Pelke, Birgit (SPD)	nein
18. Harzer, Steffen (DIE LINKE)	nein	66. Pfefferlein, Babett	nein
19. Hausold, Dieter (DIE LINKE)	nein	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
20. Helmerich, Oskar (SPD)	nein	67. Pidde, Dr. Werner (SPD)	nein
21. Henfling, Madeleine	nein	68. Primas, Egon (CDU)	
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		69. Reinholz, Jürgen (fraktionslos)	
22. Henke, Jörg (AfD)		70. Rosin, Marion (SPD)	nein
23. Hennig-Wellsow, Susanne	nein	71. Rothe-Beinlich, Astrid	nein
(DIE LINKE)		(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
24. Herold, Corinna (AfD)	nein	72. Rudy, Thomas (AfD)	nein
25. Herrgott, Christian (CDU)	ja	73. Schaft, Christian (DIE LINKE)	nein
26. Hey, Matthias (SPD)	nein	74. Scherer, Manfred (CDU)	ja
27. Heym, Michael (CDU)	ja	75. Scheringer-Wright, Dr. Johanna	nein
28. Höcke, Björn (AfD)	nein	(DIE LINKE)	
29. Höhn, Uwe (SPD)	nein	76. Schulze, Simone (CDU)	ja
30. Holbe, Gudrun (CDU)	ja	77. Skibbe, Diana (DIE LINKE)	nein
31. Holzapfel, Elke (CDU)	ja	78. Stange, Karola (DIE LINKE)	nein
32. Huster, Mike (DIE LINKE)	nein	79. Tasch, Christina (CDU)	ja
33. Jung, Margit (DIE LINKE)	nein	80. Taubert, Heike (SPD)	nein
34. Kalich, Ralf (DIE LINKE)	nein	81. Thamm, Jörg (CDU)	ja
35. Kellner, Jörg (CDU)	ja	82. Tischner, Christian (CDU)	ja
36. Kießling, Olaf (AfD)	nein	83. Voigt, Dr. Mario (CDU)	ja
37. Kobelt, Roberto	nein	84. Walk, Raymond (CDU)	ja
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		85. Walsmann, Marion (CDU)	ja
38. König, Katharina (DIE LINKE)	nein	86. Warnecke, Frank (SPD)	nein
39. Korschewsky, Knut (DIE LINKE)	nein	87. Wirkner, Herbert (CDU)	ja
40. Kowalleck, Maik (CDU)	ja	88. Wolf, Torsten (DIE LINKE)	nein
41. Kräuter, Rainer (DIE LINKE)	nein	89. Worm, Henry (CDU)	ja
42. Krumpe, Jens (fraktionslos)	nein	90. Wucherpennig, Gerold (CDU)	
43. Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	nein	91. Zippel, Christoph (CDU)	ja
44. Kummer, Tilo (DIE LINKE)			
45. Kuschel, Frank (DIE LINKE)	nein		
46. Lehmann, Annette (CDU)	ja		
47. Lehmann, Diana (SPD)	nein		
48. Leukefeld, Ina (DIE LINKE)			

Anlage 5

Namentliche Abstimmung in der 46. Sitzung am 20. April 2016 zum Tagesordnungspunkt 1 b**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Feiertagsgesetzes (Gesetz zur Einführung eines Gedenktages für die Opfer des SED-Unrechts)**

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 6/1769 -

hier: Änderungsantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 6/2061 -

1. Adams, Dirk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein	42. Krumpe, Jens (fraktionslos)	ja
2. Becker, Dagmar (SPD)	nein	43. Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	nein
3. Berninger, Sabine (DIE LINKE)	nein	44. Kummer, Tilo (DIE LINKE)	
4. Blechschmidt, André (DIE LINKE)	nein	45. Kuschel, Frank (DIE LINKE)	nein
5. Brandner, Stephan (AfD)	Enthaltung	46. Lehmann, Annette (CDU)	ja
6. Bühl, Andreas (CDU)	ja	47. Lehmann, Diana (SPD)	nein
7. Carius, Christian (CDU)	ja	48. Leukefeld, Ina (DIE LINKE)	
8. Dittes, Steffen (DIE LINKE)	nein	49. Lieberknecht, Christine (CDU)	ja
9. Emde, Volker (CDU)	ja	50. Liebetrau, Christina (CDU)	ja
10. Engel, Kati (DIE LINKE)		51. Lukasch, Ute (DIE LINKE)	nein
11. Fiedler, Wolfgang (CDU)	ja	52. Lukin, Dr. Gudrun (DIE LINKE)	nein
12. Floßmann, Kristin (CDU)	ja	53. Malsch, Marcus (CDU)	ja
13. Geibert, Jörg (CDU)	ja	54. Martin-Gehl, Dr. Iris (DIE LINKE)	nein
14. Gentele, Siegfried (fraktionslos)	ja	55. Marx, Dorothea (SPD)	nein
15. Grob, Manfred (CDU)	ja	56. Matschie, Christoph (SPD)	nein
16. Gruhner, Stefan (CDU)	ja	57. Meißner, Beate (CDU)	ja
17. Hande, Ronald (DIE LINKE)	nein	58. Mitteldorf, Katja (DIE LINKE)	nein
18. Harzer, Steffen (DIE LINKE)	nein	59. Mohring, Mike (CDU)	ja
19. Hausold, Dieter (DIE LINKE)	nein	60. Möller, Stefan (AfD)	Enthaltung
20. Helmerich, Oskar (SPD)	nein	61. Mühlbauer, Eleonore (SPD)	nein
21. Henfling, Madeleine (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein	62. Muhsal, Wiebke (AfD)	Enthaltung
22. Henke, Jörg (AfD)	ja	63. Müller, Anja (DIE LINKE)	nein
23. Hennig-Wellsov, Susanne (DIE LINKE)	nein	64. Müller, Olaf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
24. Herold, Corinna (AfD)	Enthaltung	65. Pelke, Birgit (SPD)	nein
25. Herrgott, Christian (CDU)	ja	66. Pfefferlein, Babett (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
26. Hey, Matthias (SPD)	nein	67. Pidde, Dr. Werner (SPD)	nein
27. Heym, Michael (CDU)	ja	68. Primas, Egon (CDU)	
28. Höcke, Björn (AfD)	Enthaltung	69. Reinholz, Jürgen (fraktionslos)	
29. Höhn, Uwe (SPD)	nein	70. Rosin, Marion (SPD)	nein
30. Holbe, Gudrun (CDU)	ja	71. Rothe-Beinlich, Astrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
31. Holzapfel, Elke (CDU)	ja	72. Rudy, Thomas (AfD)	Enthaltung
32. Huster, Mike (DIE LINKE)	nein	73. Schaft, Christian (DIE LINKE)	nein
33. Jung, Margit (DIE LINKE)	nein	74. Scherer, Manfred (CDU)	ja
34. Kalich, Ralf (DIE LINKE)	nein	75. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (DIE LINKE)	nein
35. Kellner, Jörg (CDU)	ja	76. Schulze, Simone (CDU)	ja
36. Kießling, Olaf (AfD)	Enthaltung	77. Skibbe, Diana (DIE LINKE)	nein
37. Kobelt, Roberto (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein	78. Stange, Karola (DIE LINKE)	nein
38. König, Katharina (DIE LINKE)	nein	79. Tasch, Christina (CDU)	ja
39. Korschewsky, Knut (DIE LINKE)	nein	80. Taubert, Heike (SPD)	nein
40. Kowalleck, Maik (CDU)	ja	81. Thamm, Jörg (CDU)	ja
41. Kräuter, Rainer (DIE LINKE)	nein	82. Tischner, Christian (CDU)	ja

83. Voigt, Dr. Mario (CDU)	ja	90. Wucherpfennig, Gerold (CDU)	
84. Walk, Raymond (CDU)	ja	91. Zippel, Christoph (CDU)	ja
85. Walsmann, Marion (CDU)	ja		
86. Warnecke, Frank (SPD)	nein		
87. Wirkner, Herbert (CDU)	ja		
88. Wolf, Torsten (DIE LINKE)	nein		
89. Worm, Henry (CDU)	ja		

Anlage 6

**Namentliche Abstimmung in der 46. Sitzung am
20. April 2016 zum Tagesordnungspunkt 1 b****Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer
Feiertagsgesetzes (Gesetz zur Einführung
eines Gedenktages für die Opfer des
SED-Unrechts)**Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 6/1769 -

1. Adams, Dirk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja	45. Kuschel, Frank (DIE LINKE)	ja
2. Becker, Dagmar (SPD)	ja	46. Lehmann, Annette (CDU)	ja
3. Berninger, Sabine (DIE LINKE)	ja	47. Lehmann, Diana (SPD)	ja
4. Blechschmidt, André (DIE LINKE)	ja	48. Leukefeld, Ina (DIE LINKE)	
5. Brandner, Stephan (AfD)	ja	49. Lieberknecht, Christine (CDU)	ja
6. Bühl, Andreas (CDU)	ja	50. Liebetrau, Christina (CDU)	ja
7. Carius, Christian (CDU)	ja	51. Lukasch, Ute (DIE LINKE)	ja
8. Dittes, Steffen (DIE LINKE)	ja	52. Lukin, Dr. Gudrun (DIE LINKE)	ja
9. Emde, Volker (CDU)	ja	53. Malsch, Marcus (CDU)	ja
10. Engel, Kati (DIE LINKE)		54. Martin-Gehl, Dr. Iris (DIE LINKE)	ja
11. Fiedler, Wolfgang (CDU)	ja	55. Marx, Dorothea (SPD)	ja
12. Floßmann, Kristin (CDU)	ja	56. Matschie, Christoph (SPD)	ja
13. Geibert, Jörg (CDU)	ja	57. Meißner, Beate (CDU)	ja
14. Gentele, Siegfried (fraktionslos)	ja	58. Mitteldorf, Katja (DIE LINKE)	ja
15. Grob, Manfred (CDU)	ja	59. Mohring, Mike (CDU)	ja
16. Gruhner, Stefan (CDU)	ja	60. Möller, Stefan (AfD)	ja
17. Hande, Ronald (DIE LINKE)	ja	61. Mühlbauer, Eleonore (SPD)	ja
18. Harzer, Steffen (DIE LINKE)	ja	62. Muhsal, Wiebke (AfD)	ja
19. Hausold, Dieter (DIE LINKE)	ja	63. Müller, Anja (DIE LINKE)	ja
20. Helmerich, Oskar (SPD)	ja	64. Müller, Olaf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
21. Henfling, Madeleine (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja	65. Pelke, Birgit (SPD)	ja
22. Henke, Jörg (AfD)	ja	66. Pfefferlein, Babett (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
23. Hennig-Wellsow, Susanne (DIE LINKE)	ja	67. Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
24. Herold, Corinna (AfD)	ja	68. Primas, Egon (CDU)	
25. Herrgott, Christian (CDU)	ja	69. Reinholz, Jürgen (fraktionslos)	
26. Hey, Matthias (SPD)	ja	70. Rosin, Marion (SPD)	ja
27. Heym, Michael (CDU)	ja	71. Rothe-Beinlich, Astrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
28. Höcke, Björn (AfD)	ja	72. Rudy, Thomas (AfD)	ja
29. Höhn, Uwe (SPD)	ja	73. Schaft, Christian (DIE LINKE)	ja
30. Holbe, Gudrun (CDU)	ja	74. Scherer, Manfred (CDU)	ja
31. Holzapfel, Elke (CDU)	ja	75. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (DIE LINKE)	nein
32. Huster, Mike (DIE LINKE)	ja	76. Schulze, Simone (CDU)	ja
33. Jung, Margit (DIE LINKE)	ja	77. Skibbe, Diana (DIE LINKE)	ja
34. Kalich, Ralf (DIE LINKE)	ja	78. Stange, Karola (DIE LINKE)	ja
35. Kellner, Jörg (CDU)	ja	79. Tasch, Christina (CDU)	ja
36. Kießling, Olaf (AfD)	ja	80. Taubert, Heike (SPD)	ja
37. Kobelt, Roberto (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja	81. Thamm, Jörg (CDU)	ja
38. König, Katharina (DIE LINKE)	ja	82. Tischner, Christian (CDU)	ja
39. Korschewsky, Knut (DIE LINKE)	ja	83. Voigt, Dr. Mario (CDU)	ja
40. Kowalleck, Maik (CDU)	ja	84. Walk, Raymond (CDU)	ja
41. Kräuter, Rainer (DIE LINKE)	ja	85. Walsmann, Marion (CDU)	ja
42. Krumpe, Jens (fraktionslos)	ja	86. Warnecke, Frank (SPD)	ja
43. Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	ja	87. Wirkner, Herbert (CDU)	ja
44. Kummer, Tilo (DIE LINKE)		88. Wolf, Torsten (DIE LINKE)	ja

89. Worm, Henry (CDU)	ja
90. Wucherpfennig, Gerold (CDU)	
91. Zippel, Christoph (CDU)	ja